

Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Hermann Weber

„Asymmetrie“ bei der Erforschung des Kommunismus
und der DDR-Geschichte?

Probleme mit Archivalien, dem Forschungsstand und bei den Wertungen

Klaus Schroeder/Jochen Staadt

Zeitgeschichte in Deutschland vor und nach 1989

Stefan Wolle

Herrschaft und Alltag

Die Zeitgeschichtsforschung auf der Suche
nach der wahren DDR

B 26/97

20. Juni 1997

Hermann Weber, Dr. phil., geb. 1928; emer. ord. Professor für Politische Wissenschaft und Zeitgeschichte an der Universität Mannheim; sachverst. Mitglied der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“ des Deutschen Bundestages.

Veröffentlichungen zur Geschichte, Politik und Theorie des Kommunismus, des Sozialismus und der Arbeiterbewegung, u. a.: Schein und Wirklichkeit in der DDR, Stuttgart 1958; Ulbricht fälscht Geschichte, Köln 1964; Die Wandlung des deutschen Kommunismus, 2 Bde., Frankfurt/M. 1969; Geschichte der DDR, München 1985; Aufbau und Fall einer Diktatur, Köln 1991; Die Gründung der KPD, Berlin 1993; Die DDR 1945–1990, München 1993; (Hrsg. zus. mit Ingrun Drechsler, Bernd Faulenbach, Martin Gutzeit und Markus Meckel) Getrennte Vergangenheit – gemeinsame Zukunft. Dokumente der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur“, München 1997; (Mithrsg.) Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung, Berlin 1993 ff.

Klaus Schroeder, Dr. rer. pol. habil., geb. 1949; Privatdozent und wissenschaftlicher Angestellter am Fachbereich Politische Wissenschaft der Freien Universität Berlin; Leiter der Arbeitsstelle Politik und Technik sowie des Forschungsverbundes SED-Staat an der Freien Universität Berlin.

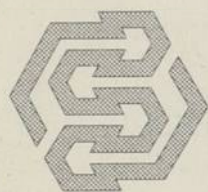
Veröffentlichungen u. a.: (Hrsg.) Geschichte und Transformation des SED-Staates. Beiträge und Analysen, Berlin 1994; (zus. mit Walter Heering) Transformationsprozesse in ostdeutschen Unternehmen. Akteursbezogene Studien zur ökonomischen und sozialen Entwicklung in den neuen Bundesländern, Berlin 1995; (zus. mit Ulrich Hartmann und Stephan Herten) Land in Sicht. Die Fusion von Berlin und Brandenburg, Berlin 1996.

Jochen Stadt, Dr. phil., geb. 1950; wissenschaftlicher Assistent am Fachbereich Politische Wissenschaft der Freien Universität Berlin, Mitarbeiter des Forschungsverbundes SED-Staat an der FU Berlin.

Veröffentlichungen u. a. zur DDR-Literatur der siebziger Jahre, zur Studenten- und Jugendbewegung in der Bundesrepublik Deutschland der sechziger Jahre, zur geheimen Westpolitik der SED in den sechziger Jahren; in Kürze erscheint: Dem Westen zugewandt. Die Deutschlandpolitik der SED in den siebziger und achtziger Jahren.

Stefan Wolle, Dr. phil., geb. 1950; Studium der Geschichte in Berlin, bis 1990 Mitarbeiter der Akademie der Wissenschaften der DDR; seit 1997 Mitarbeiter des Hannah-Arendt-Institutes für Totalitarismusforschung der TU Dresden.

Veröffentlichungen u. a.: Wladimir der Heilige. Rußlands erster christlicher Herrscher, Berlin 1990; (zus. mit Armin Mitter) Ich liebe Euch doch alle! Befehle und Lageberichte des MfS. Januar bis November 1989, Berlin 1990; (Hrsg. zus. mit Armin Mitter und Bernd Florath) Die Ohnmacht der Allmächtigen. Geheimdienste und politische Polizei in der modernen Gesellschaft, Berlin 1992; (zus. mit Armin Mitter) Untergang auf Raten. Unbekannte Kapitel der DDR-Geschichte, München 1993; (Hrsg. zus. mit Armin Mitter und Ilko-Sascha Kowalcuk) Der Tag X – 17. Juni 1953, Berlin 1995.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 53111 Bonn.

Redaktion: Dr. Klaus W. Wippermann (verantwortlich), Dr. Katharina Belwe, Dr. Ludwig Watzal, Hans G. Bauer.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62–65, 54290 Trier, Tel. 06 51/9 79 91 86, möglichst Telefax 06 51/9 79 91 53, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von 7,— zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden.

Hermann Weber

„Asymmetrie“ bei der Erforschung des Kommunismus und der DDR-Geschichte?

Probleme mit Archivalien, dem Forschungsstand und bei den Wertungen

Auch fast acht Jahre nach dem Zusammenbruch der SED-Diktatur bleibt die Art und Weise umstritten, wie die Geschichte der DDR aufzuarbeiten ist. Die Auseinandersetzung mit der jüngsten Vergangenheit wird durch schwere Alltagsprobleme belastet, soziale Schwierigkeiten sowie Gleichgültigkeit oder Apathie drohen – beim einzelnen wie in der Öffentlichkeit – die Realitäten der zugrundegegangenen SED-Diktatur zu verdrängen. Zum Vergleich: Im Jahre acht nach dem Weltkriegsende, 1953, war die terroristische NS-Diktatur sowohl durch den „Kalten Krieg“ als auch durch das „Wirtschaftswunder“ schon weitgehend beiseite geschoben¹.

Doch das darf kein Grund dafür sein, heute ähnlich über die jüngste Geschichte einfach hinwegzugehen. Denn dieses Verhalten nach 1945 hatte Verwerfungen im Denken und Handeln der Individuen wie in der öffentlichen Meinung verursacht; in manchen Bereichen wurden „die Nazis wieder gesellschaftsfähig“². So war es erst die nächste Generation, die seit den sechziger und siebziger Jahren Aufklärung fordert über die Verbrechen der NS-Diktatur. Bis heute ist die Thematik keineswegs „bewältigt“.

Daraus sollte jetzt die Lehre gezogen werden, keinerlei Verdrängung zu dulden. Das öffentliche Geschichtsbild hat politisch-moralischen Einfluß auf die Gesellschaft. Es trägt wesentlich dazu bei, in welchem Licht die Gegenwart wie die Zukunft gesehen werden. Eine rasche, tiefgreifende und umfassende Aufarbeitung, eine Auseinandersetzung mit dem Kommunismus und Stalinismus, mit der gesamten Nachkriegsgeschichte des geteilten Deutschland ist notwendig. Dies kann und muß sich direkt an die Diskussionen über die NS-Diktatur anschließen, denn ohne das barbarische Hitler-Regime hätte es keine SED-Diktatur gegeben:

Erst wegen des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion kam dann im Gefolge des Krieges die Rote Armee als Besatzung nach Deutschland. Und nur dadurch konnte in der SBZ/DDR der Stalinismus übertragen werden.

Voraussetzung der politischen Aufarbeitung ist die wissenschaftliche Erforschung der DDR-Geschichte. Das heißt selbstverständlich nicht, daß die wissenschaftliche Forschung zuerst und die politisch-moralische Aufarbeitung danach erfolgen kann. Natürlich muß beides gleichzeitig geschehen. Eine Auseinandersetzung mit der Geschichte setzt aber fundiertes Wissen voraus, soll diese nicht ins Emotionale ableiten oder gar zum politischen Instrument verkommen.

Solche Gefahr besteht, wenn die Wissenschaft nicht die Grundlagen erforscht. Denn sie kann erklären, um was es eigentlich geht, welche Fakten offenzulegen und zu berücksichtigen sind. Kenntnislücken müssen geschlossen, Strukturen untersucht, Verantwortlichkeiten benannt, Ursachen sowie Folgen der SED-Diktatur aufgeklärt werden. Wissenschaftliche Analysen dienen auch der Versachlichung – tragen also dazu bei, daß die Aufarbeitung nicht in die Irre geht, Legendenbildung ebenso wie Verdrängung keine Chance haben.

Heute ist die Wissenschaft weiter als im erwähnten „Vergleichsjahr“ 1953. Die Erforschung der NS-Gewaltherrschaft hatte damals gerade erst begonnen. Seit 1952 untersuchte das Institut für Zeitgeschichte in München (1949/50 als Institut für Geschichte der nationalsozialistischen Zeit gegründet) das Unrechtssystem. Doch obwohl wir gegenwärtig viel besser dastehen mit zahlreichen Forschungen zur DDR-Geschichte³, reicht das

³ Derzeit gibt es über 800 Forschungsprojekte zur DDR-Geschichte. Vgl. dazu Deutscher Bundestag (Hrsg.), Forschungsprojekte zur DDR-Geschichte. Ergebnisse einer Umfrage des Arbeitsbereichs DDR-Geschichte im Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung der Universität Mannheim, bearb. von Thomas Reimann unter Mitarbeit von Ralf Eicher und Stefan Wortmann, Bonn 1994. Fortgeführt von Ulrich Mählert, Aktuelles aus der DDR-

¹ Vgl. grundsätzlich jetzt Norbert Frei, Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit, München 1996.

² So die Überschrift eines Essays von Ulrich Herbert, in: Die Zeit vom 10. Januar 1997, S. 34.

noch nicht aus. Die Ansicht mancher Historiker und Bildungspolitiker, über die DDR werde momentan eher zuviel als zuwenig geforscht, ist falsch. Im Gegenteil, es sind intensivere Anstrengungen nötig, eine stärkere Förderung der Forschung zu 40 Jahren DDR-Geschichte ist notwendig, um bei diesem Aufarbeitungsprozeß erfolgreich voranzukommen.

Günstige Voraussetzungen erleichtern inzwischen die weitere Forschung: Der Archivzugang ist allgemein möglich und es existiert bereits ein beachtlicher Forschungsstand. Dennoch sind mancherlei Probleme zu erkennen. Auf einige soll hier hingewiesen werden, wobei die wenigen knappen Beispiele aus der jüngsten Zeit keinen allgemeinen Überblick geben, aber Trends und Tendenzen verdeutlichen können.

Möglichkeiten und „Schieflagen“ des Archivzugangs

Zeithistoriker befinden sich generell in einer schwierigen Situation, denn Archivalien sind im allgemeinen erst nach 30 oder gar 50 Jahren der Forschung zugänglich. Insofern ist die wissenschaftliche Aufarbeitung der DDR-Geschichte in einer weitaus besseren Position: Ihr stehen im wesentlichen die relevanten Akten zur Verfügung. Mit der Öffnung der DDR-Archive nach der deutschen Vereinigung, insbesondere mit der Schaffung der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR beim Bundesarchiv (SAPMO)⁴ wurde für die DDR-Hinterlassenschaften die übliche 30-Jahre-Sperrfrist aufgehoben. Die Wissenschaftler erhielten die einmalige Gelegenheit, die Entwicklung und die Verhältnisse der DDR von Anfang bis Ende auch anhand ihrer internen Dokumente zu analysieren. Allerdings sind noch nicht alle Akten erschlossen. Damit die Forschung sämtliche Quellen benutzen kann, ist die rasche Erschließung von Archivalien und Nachlässen mit Nachdruck zu fordern.

Vor allem aber mußte schon mehrfach auf eine „Schieflage“ beim Zugang zu den Archiven hingewiesen werden. Insbesondere bei der Diskussion der Deutschlandpolitik der siebziger und achtziger

Forschung. Ein Newsletter, in: Deutschland Archiv, 1994 ff. Vgl. auch im Internet: <http://www.mzes.uni-mannheim.de/ddr-forschung/einleitu.html>.

⁴ Sie besteht nach Überwindung mancherlei Schwierigkeiten seit 1993; vgl. dazu Hermann Weber, Die DDR 1945–1990, München 1993, S. 120 ff.

Jahre erwies sich diese Asymmetrie als eher hinderlich bzw. problematisch: Derzeit ist das Geschehen archivalisch nur aus den Quellen der DDR zu bearbeiten. Während fast alle dortigen Akten bis 1989/90 offen sind, gilt für sämtliche westdeutschen Unterlagen weiterhin die 30-Jahre-Sperrfrist. Wenn sich aber die Forschung von Mitte der sechziger Jahre ab allein mit den östlichen Quellenbeständen begnügen muß, wird die Aufarbeitung erschwert. Deshalb die Forderung: „Auch alle westdeutschen Akten der Forschung zugänglich machen.“⁵ Auf dieses Problem hatte die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ bereits in ihrem Bericht von 1994 verwiesen. Es solle geprüft werden, „ob auch für die Bestände westlicher Archive eine vorzeitige Aufhebung der 30-Jahre-Sperrfrist möglich ist. Schon jetzt droht sich eine bedenkliche Asymmetrie der Forschung zu verfestigen.“⁶

Nachdrücklich bleibt weiterhin darauf zu bestehen⁷, daß der Wissenschaft die Einsicht insbesondere in Überlieferungen der Parteien, des Bundeskanzleramtes, des Auswärtigen Amtes und des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen oder des Verfassungsschutzes und des BND für die Zeit bis 1989/90 gestattet wird.

Das gilt auch für die noch immer schwer zugänglichen russischen Archivalien⁸. Die Geschichtsschreibung über den Kommunismus, über die Komintern und den Bolschewismus benötigt dringend die Dokumente aus den russischen Archiven. Aber auch die Geschichte der SBZ/DDR, vor allem deren Anfänge, ist ohne Kenntnis der sowjetischen Akten nur fragmentarisch zu schreiben. Die Rolle der allmächtigen Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) bis 1949 kann in den Details erst durch Einsicht in deren

⁵ So die Überschrift meines Artikels in: Das Parlament vom 17. Juni 1994.

⁶ Vgl. Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (9 Bände in 18 Teilbänden), Hrsg. Deutscher Bundestag, Baden-Baden 1995, Bd. 1, S. 680. Vgl. auch: Getrennte Vergangenheit – gemeinsame Zukunft. Ausgewählte Dokumente, Zeitzeugenberichte und Diskussionen der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ des Deutschen Bundestages 1992–1994 in vier Bänden, Hrsg. Ingrun Drechsler u. a., München 1997, Bd. IV, S. 134.

⁷ Vgl. dazu Bernd Faulenbach/Markus Meckel/Hermann Weber (Hrsg.), Die Partei hatte immer recht. Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur, Essen 1994, S. 47 ff.

⁸ Vgl. ebd., S. 52 ff.; Jan Foitzik, Zur Situation in Moskauer Archiven, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 1993, Berlin 1993, S. 299 ff.

(in verschiedenen russischen Archiven verstreuten) Akten analysiert werden⁹. Und der tatsächliche Spielraum der SED-Führung gegenüber den Herrschern im Kreml während der einzelnen Phasen der DDR-Geschichte ist nur anhand der sowjetischen Dokumente eindeutig darzustellen. Nach anfänglichen großen Erwartungen auf weitreichende Offenlegung der sowjetischen Archivalien nimmt in jüngster Zeit eher die Skepsis zu; es gibt z.T. sehr negative Erfahrungen¹⁰.

Eine zusätzliche Erschwernis könnte sich hier ergeben: Inzwischen haben einige deutsche Institutionen Kopien russischer Akten (z.T. in erheblichem Umfang) erhalten. Falls diese nicht in Quelleneditionen veröffentlicht werden, sondern nur dem internen Gebrauch dienen, bleibt auch hier nach den Kriterien für den allgemeinen Zugang der Forschung zu fragen. Jedenfalls muß eine weitere Schieflage verhindert werden. Sie könnte entstehen, wenn diese verfilmten oder kopierten Akten lediglich Mitarbeitern der entsprechenden Institutionen zur Verfügung stehen. Da die Kopien mit öffentlichen Mitteln erworben wurden, müssen sie der Forschung ebenso zugänglich sein wie die Materialien in anderen Archiven.

Die Bedeutung der Archivalien

Gesicherte wissenschaftliche Feststellungen sind erst aufgrund der Einsicht in diverse Dokumente zu treffen. Verifizierung oder Falsifizierung bestimmter Aussagen setzen die Analyse mehrerer historisch relevanter Quellen voraus. Bleiben dem Forscher aber Unterlagen verschlossen, schadet dies der Wahrheitsfindung. Und gerade dies muß für die Wissenschaft Anlaß genug sein, immer wieder auf die Öffnung sämtlicher Archive zu drängen.

Die Möglichkeit, nach dem Zusammenbruch der DDR Einsicht in die schriftliche Hinterlassenschaft der SED-Diktatur zu nehmen, hatte rasch eine Flut von Veröffentlichungen in den Medien, aber auch in der Wissenschaft ausgelöst. Dabei vermittelte die Publizierung früher geheimgehal-

tener Dokumente durchaus neue Erkenntnisse¹¹. Doch erfolgten anfangs auch „Schnellschüsse“. Es mangelte manchen Herausgebern an der nötigen Sorgfalt, an detaillierten Kenntnissen und an Ausgewogenheit. Immerhin half die Arbeit mit den nun zugänglichen Quellen auch, Legenden und Fälschungen von DDR-Historikern nachzuweisen und zu berichtigen. Allerdings war die Meinung über den Nutzen der Bestände in den östlichen Archiven durchaus kontrovers. Sie reichte von der Behauptung der „Lügenhaftigkeit“ aller DDR-Akten bis zum blinden Vertrauen in die „originäre“ Richtigkeit des (oft auch banalen) Inhalts der Hinterlassenschaft von SED und des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS).

Die Diskussion über die Akten des MfS beschäftigt ständig die Medien. Obwohl inzwischen gründliche Analysen zum MfS vorliegen¹², blieb der Wert der 200 km Stasi-Unterlagen umstritten. Da sich das Interesse hauptsächlich auf die spektakulären IM-Berichte konzentrierte, rückte die alltägliche DDR-Wirklichkeit in ein falsches Licht. Zwar hat etwa der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes, Joachim Gauck, immer wieder darauf verwiesen, daß viele Bürger das Ansinnen der Stasi zur Mitarbeit abgelehnt hatten und nur eine winzige Minderheit der Bevölkerung in der DDR Stasi-Spitzel war. Dies geriet jedoch vielfach aus dem Blick – ebenso, daß sich auch zahlreiche Westdeutsche als Agenten des MfS betätigt hatten¹³.

Neben personenbezogenen Unterlagen, vor allem den berüchtigten IM-Berichten, traten die Sachakten, Lageberichte usw. in den Hintergrund, doch deren uneingeschränkter Zugang bleibt für die Forschung unerläßlich. Deshalb sind alle Forderungen nach „Schließung“ zurückzuweisen. Allerdings darf die Erforschung der DDR-Geschichte nicht eingeeengt werden auf die „Aktivitäten“ des MfS, das „Schild und Schwert“ der SED. Dies ergäbe ein verzerrtes Bild der DDR-Geschichte, brächte ebenfalls „Asymmetrie“.

Am Ende der Arbeit der 1. Enquete-Kommission des Bundestages zur SED-Diktatur betonte der SPD-Abgeordnete Markus Meckel – 1990 letzter Außenminister der nunmehr freien DDR –, durch

⁹ Erste wichtige Untersuchungen mit Quellenmaterial zur SMAD bestätigen deren entscheidende Rolle. Vgl. Norman M. Naimark, *Die Russen in Deutschland. Die sowjetische Besatzungszone 1945–1949*, Berlin 1997; Jan Foitzik (Bearb.), *Inventar der Befehle des Obersten Chefs der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) 1945–1949*, München 1995.

¹⁰ Vgl. z. B. Hindernislauf bei der Erforschung der „weißen Flecken“, in: *Der Tagesspiegel* vom 25. Februar 1997.

¹¹ Vgl. z. B. Armin Mitter/Stefan Wolle (Hrsg.), *Ich liebe euch doch alle. Befehle und Lageberichte des Ministeriums für Staatssicherheit, Januar – November 1989*, Berlin 1990.

¹² Vgl. die Wissenschaftliche Reihe des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR: *Analysen und Dokumente*, Berlin 1995 ff.; Karl Wilhelm Fricke, *MfS intern*, Köln 1991.

¹³ Vgl. z. B. *Frankfurter Rundschau* vom 30. März 1995 und vom 11. Oktober 1996 (Dokumentation).

sie sei für viele deutlich geworden, „daß DDR-Geschichte nicht gleich Stasi-Geschichte ist“. Damit gab er auch den Historikern den Hinweis, zu unterscheiden zwischen dem SED-System und dem in der Diktatur gelebten Leben. Gewiß müßten sich die Bürger nach der eigenen Verantwortung fragen lassen: „Doch ist ein Leben in der Diktatur nicht einfach ein falsches Leben. Das Leben in der DDR war normaler, als es für viele heute vom Westen aus möglich erscheint.“¹⁴ Dies hat die Forschung zu berücksichtigen. So notwendig weiterhin die Untersuchung der Herrschaftsstrukturen und ihrer Sicherung in der SED-Diktatur ist, gilt es doch auch den Alltag und die Sozialgeschichte verstärkt einzubeziehen, neue Fragestellungen einer sozialwissenschaftlichen Zeitgeschichtsanalyse zu finden, um genauere Einsicht zu bekommen¹⁵.

Ost-West-Gegensatz der Geschichtsschreibung

Gegenwärtig ist allerdings auch Tendenzen einer Nostalgie, die teilweise in Kreisen früherer DDR-Historiker anzutreffen sind, entgegenzutreten. Über ein falsches Geschichtsbild wird hier versucht, die SED-Diktatur zu verharmlosen: entweder durch Abschieben aller Verantwortlichkeiten auf die Sowjetunion oder aber mit der Behauptung, der Kalte Krieg habe die schlimme Unterdrückung in der DDR der fünfziger Jahre verursacht. Daran ist u. a. erkennbar, daß der jahrzehntelange Unterschied zwischen der Geschichtsschreibung in Ost und West über den Kommunismus und speziell die DDR noch nachwirkt. Die sogenannte Parteilichkeit bedeutete für kommunistische Historiker immer, daß sie die politische Linie der herrschenden Partei in der Vergangenheit und Gegenwart zu rechtfertigen hatten. Auch die Qualität einzelner Arbeiten wurde seinerzeit nicht nur vom „handwerklichen“ Können der Historiker, sondern ebenso von deren Parteinähe oder von dogmatischen Agitationsabsichten bestimmt. Mit ihrem Legitimationsauftrag instrumentalisierten, ja verfälschten sie die Zeitgeschichte, um „Beweise“ für das Axiom der stalinistischen Ideologie zu liefern, daß die Partei „immer recht“ habe. Das beschädigte die Historio-

14 Materialien der Enquete-Kommission (Anm. 6), Bd. 1, S. 799 ff.

15 Vgl. Clemens Burrichter/Gerd-Rüdiger Stephan, Die DDR als Untersuchungsgegenstand einer Historischen Sozialforschung, in: Deutschland Archiv, 29 (1996) 3, S. 444 ff.

graphie, die zur Hofgeschichtsschreibung wurde, und hat nun negative Nachwirkungen für die Aufarbeitung¹⁶.

Die zahlreichen Veröffentlichungen aus dem Umfeld der PDS reichen von fundierten empirischen Untersuchungen bis zu apologetischen Schriften¹⁷. Zu den letzteren gehört natürlich ein Großteil der Memoiren, die geradezu den Buchmarkt überschwemmen. Das geht von den Rechtfertigungsversuchen früherer SED-Politbüro-Größen wie Hermann Axen, Kurt Hager, Alfred Neumann, Günter Mittag usw. bis zu denen damaliger MfS-Leute.

Ein besonders ärgerliches Beispiel sogenannter „Forschung“ sei hier erwähnt: eine Kollektivarbeit von ehemaligen MfS-Offizieren über den illegalen „Nachrichtendienst der KPD“¹⁸. Wie sie im Vorwort schreiben, hatten sie ihre „Aktstudien“ bereits „im Rahmen der Traditionspflege und Geschichtsaufarbeitung im MfS in Form von Forschungsberichten niedergelegt“. Tatsächlich aber haben sie an der berüchtigten Stasi-Hochschule Texte verfaßt, die dazu dienten, seinerzeit den Stasi-Angehörigen „Lehren“ für die Praxis zu vermitteln. Daß ehemalige MfS-Offiziere heute quasi ihre Stasi-Lehrbücher – früher als „Geheime Verschlusssache“ eingestufte „Forschungsberichte“ – ausschlichten und wenig verändert veröffentlichen, kann einem fast die Sprache verschlagen. Es werden seitenweise Darstellungen geboten, die wörtlich – sogar im Jargon – ihren damaligen „Stasi-Forschungsberichten“ entstammen. Dazwischen neu eingefügt sind – oft im Widerspruch zu beibehaltenen Aussagen – etliche Passagen mit kritischer Einschätzung der KPD. Doch der Forschungsstand wird nur sporadisch aufgenommen.

Wie tief noch immer Momente von Rechtfertigung der Geschichte der DDR und speziell der SED bei manchen ehemaligen SED-Historikern verinnerlicht sind, bewiesen sie mit der Schaffung einer „Gegen“-Enquete-Kommission zur Bundestags-Enquete-Kommission oder ihren Beiträgen 1996 in der Diskussion zum 50. Jahrestag der Zwangsver-

16 Vgl. Rainer Eckert/Bernd Faulenbach, Halbherziger Revisionismus. Zum postkommunistischen Geschichtsbild, München 1996.

17 Bis 1997 sind über 40 „Hefte zur DDR-Geschichte“ von den Vereinen Gesellschaftswissenschaftliches Forum und Helle Panke gedruckt worden. Die PDS-Linke Liste im Bundestag gab sechs Bände „Ansichten zur Geschichte der DDR“ heraus. Auch andere Vereine, wie z. B. der Luisenstädtische Bildungsverein, veröffentlichten entsprechende Publikationen.

18 Vgl. Bernd Kaufmann u. a., Der Nachrichtendienst der KPD 1919–1937, Berlin 1993.

einigung der SPD mit der KPD¹⁹. Dabei zeigte sich aber auch, daß einige frühere DDR-Historiker nach dem Studium der Akten nun doch Distanz zur SED-Parteilichkeit entwickelt haben. Vor allem Andreas Malycha trug durch eine Quellenedition zu neuen Einsichten bei²⁰. Ebenso hat der bekannte Historiker Rolf Badstübner in die Diskussion differenzierende Überlegungen eingebracht²¹. Dagegen halten etliche andere – wie beispielsweise Hans-Joachim Krusch – strikt an der altgewohnten Parteilichkeit fest, versuchen krampfhaft, überholte Positionen zu retten²².

Doch jüngere Historiker aus der DDR, vor allem aus dem Umfeld des Unabhängigen Historikerverbandes, haben sich inzwischen in die gesamtdeutsche Forschungslandschaft fest integriert und sind mit kritischen Arbeiten zur DDR-Geschichte hervorgetreten²³. Daher ist zu erwarten, daß der frühere Ost-West-Gegensatz zwischen der SED-Historiographie, die die DDR verherrlichte, und der pluralistischen westlichen Wissenschaft, die die DDR kritisch untersuchte, zunehmend an Bedeutung verliert.

Streitkultur

Nunmehr treten andere Probleme und „Fronten“ auf. Spürbar veränderte sich die Streitkultur innerhalb der Wissenschaft. Harte Auseinandersetzungen in der Sache sind unter Forschern unumgänglich. Doch war es nur die kommunistische Geschichtsschreibung, die als Legitimationsinstru-

ment der Diktatur mit ihrer „Parteilichkeit“ auch immer zu persönlichen Injurien gegriffen hat. In der gesamtdeutschen Forschung zur DDR-Geschichte und zum Kommunismus hat sich allerdings neben der notwendigen inhaltlichen Debatte jetzt auch ein Mißklang eingeschlichen. Der immer härtere „Verteilungskampf“ um Ressourcen und Stellen führte zu personalisierten Auseinandersetzungen, wobei eine übersteigerte Profilierungssucht zu erkennen ist.

Kürzlich wurde beispielsweise in einer Habilitationsschrift die bisherige, von fast allen westlichen Historikern vertretene These, die KPD habe in der Weimarer Republik einen Wandlungsprozeß (Bolschewisierung, Stalinisierung) durchlaufen, mit recht dürftigen Argumenten in Frage gestellt. Nach dem Motto „Hoppla, 'jetzt komm' ich“ wurde sogar jeder, der sich bisher mit der Geschichte der KPD befaßte, in einem Rundumschlag arrogant attackiert. Dabei wimmelt es von Adjektiven wie absurd, falsch, fragwürdig, spekulativ, unzulässig und unwissend²⁴.

Mit ähnlich „harten Bandagen“ wurde die alte westdeutsche DDR-Forschung von einigen anderen angegriffen. Der Vorwurf, die westdeutsche DDR-Forschung habe die SED-Diktatur verharmlost oder gar geschönt, ist in dieser generalisierenden Form falsch und zurückzuweisen. Die große Zahl der bis heute gültigen Forschungsergebnisse darf und kann nicht einfach negiert werden²⁵. Gerade von der historischen DDR-Forschung der Bundesrepublik sind ohne Zugang zu östlichen Archiven wichtige und kritische Untersuchungen zur Entwicklung der SED-Diktatur erarbeitet worden²⁶. Jedenfalls gab es (abgesehen von der margi-

19 Vgl. dazu Bernd Faulenbach/Heinrich Potthoff, Sozialdemokraten und Kommunisten nach Nationalsozialismus und Krieg, Essen 1997, sowie die Erklärung der Historischen Kommission der PDS in: Lothar Bisky u. a. (Hrsg.), Die PDS – Herkunft und Selbstverständnis, Berlin 1996, S. 379 ff.

20 Vgl. Andreas Malycha, Auf dem Weg zur SED. Die Sozialdemokratie und die Bildung einer Einheitspartei in den Ländern der SBZ. Eine Quellenedition, Bonn 1995; ders., Partei von Stalins Gnaden? Die Entwicklung der SED zur Partei neuen Typs 1946 bis 1950, Berlin 1996.

21 Vgl. z. B. Die Gründung der SED vor 50 Jahren, Hrsg. Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin 1996 (mit Beiträgen von Werner Müller, Rolf Badstübner und Peter Schulz).

22 Vgl. Hans-Joachim Krusch, Irrweg oder Alternative? Vereinigungsbestrebungen der Arbeiterparteien 1945/46, Bonn 1996.

23 Vgl. Rainer Eckert/Ilko-Sascha Kowalczyk/Isolde Stark (Hrsg.), Hure oder Muse? Klio in der DDR. Dokumente und Materialien des Unabhängigen Historiker-Verbandes, Berlin 1994. Vgl. auch die von Armin Mitter und Stefan Wolle herausgegebene Reihe: Forschungen zur DDR-Geschichte, u. a. Bd. 6: Ulrike Poppe/Rainer Eckert/Ilko-Sascha Kowalczyk (Hrsg.), Zwischen Selbstbehauptung und Anpassung. Formen des Widerstandes und der Opposition in der DDR, Berlin 1995.

24 Vgl. Klaus Michael Mallmann, Kommunisten in der Weimarer Republik. Sozialgeschichte einer revolutionären Bewegung. Mit einem Vorwort von Wilfried Loth, Darmstadt 1996.

25 Vgl. zu dieser Problematik die Beiträge von Rüdiger Thomas und Johannes Kuppe in: Heiner Timmermann (Hrsg.), DDR-Forschung. Bilanz und Perspektiven, Berlin 1995, S. 13 ff.

26 An der damals mühsamen „Kärnerarbeit“ haben sich ja nur relativ wenige Historiker beteiligt, der „Boom“ kam erst mit dem Aktenzugang. Übrigens gab es für die Frühphase der SBZ/DDR durchaus auch interne Akten, etwa im Nachlaß von Jakob Kaiser im Bundesarchiv Koblenz oder Akten im Ostbüro der SPD in Bonn, doch das war natürlich die Ausnahme. Für die KPD der Weimarer Republik standen dagegen durch die Polizei-Überwachung einerseits und die von oppositionellen Gruppen andererseits veröffentlichten Materialien auch Quellen zur Verfügung, so daß etwa die internen Rundschreiben der Führung zusammengetragen und veröffentlicht werden konnten. Vgl. Die Generallinie. Rundschreiben des ZK der KPD an die Bezirke 1929–1933. Bearbeitet von Hermann Weber unter Mitwirkung von Johann Wachtler, Düsseldorf 1981.

nenen Publizistik der DKP) keine von der SED gesteuerte Schönfärbung.

Auch die heutige Behauptung, in der Wissenschaft sei die Totalitarismustheorie geopfert worden, es sei deswegen zur Verharmlosung der SED-Diktatur gekommen, ist eine leichtfertige, pauschale Vereinfachung. Beispielsweise habe ich wie andere die DDR immer als totalitäres Regime beschrieben. Für den Historiker ist die Totalitarismuskonzeption indes nicht besonders hilfreich, weil mit ihr im allgemeinen historische Wandlungen im Kommunismus ebensowenig zu erklären sind wie beispielsweise die Rolle der Opposition. Daher ist nicht zu akzeptieren, wenn derzeit verkündet wird, nur die Totalitarismustheorie habe die einzig richtige Einschätzung gegeben, alles andere seien Fehlinterpretationen gewesen.

Die DDR-Forschung war vielfältiger, als die jetzigen Angriffe auf sie erkennen lassen. Diese pluralistische Wissenschaft mußte unter schwierigen Bedingungen arbeiten, und bei aller Selbstkritik haben viele ihrer Ergebnisse Bestand. Wissenschaftliche Leistungen wie Fehler sind eben komplexer und daher differenzierter zu beurteilen, als eine simple Verschwörungstheorie weismachen will. Deshalb sollten wir uns hüten, dem aktuellen „Zeitgeist“ der Vereinfachung nachzugeben.

Auch bei dieser Kritik spielten außerwissenschaftliche Faktoren, wie etwa Verteilungskämpfe, eine Rolle; diese Debatten ließen manchmal „die Forschung selbst fast als Nebensache erscheinen“²⁷. Auffallend ist, daß dabei manch einer, der sich zuvor nie mit der DDR befaßt hatte (also auch keine Fehler machen konnte) die Feder führte. Inzwischen haben verschiedene Seiten aber signalisiert, daß diese Form der Auseinandersetzung von einem neuen Ansatz abgelöst werden muß, um, wie Manfred Wilke es nannte, „die vielbeschworene innere Einheit zu befördern“²⁸. Da zunehmend jüngere Wissenschaftler über die DDR-Geschichte forschen, könnten solche Diskussionen in Zukunft unbefangener und sachlicher werden²⁹. Es bleibt zu hoffen, daß sich die wissenschaftlichen Debatten wieder auf die Inhalte konzentrieren und in zivilisierter Form vollziehen.

27 Vgl. Ilse Spittmann, Das zweite Leben der DDR-Forschung, in: Deutschland Archiv, 27 (1994) 5, S. 459 ff.

28 Internationales Kolloquium zur DDR- und Deutschlandforschung in Otzenhausen, in: Das Parlament vom 13. Dezember 1996.

29 Vgl. den Hinweis von Robert Grünbaum, Aufarbeitung der SED-Diktatur, in: Deutsche Studien, 33 (1996) 130, S. 117.

Blinde Aktengläubigkeit

Weit bedenklicher erscheint ein anderes Problem das ebenfalls modische Trends bedient (und wohl auch mit der erwähnten Profilierungssucht zu tun hat). Bei blinder Aktengläubigkeit lassen Forscher oft die einfachsten Selbstverständlichkeiten und sogar wissenschaftliche Standards ihres Faches vermissen. Sensationeller Enthüllungen wegen wird vergessen, daß mit neu zugänglichen Akten erst recht quellenkritisch zu arbeiten ist. Für die Wissenschaft wichtig ist Gediegenheit statt Sensationshascherei. Doch wird von manchen Forschern der Wert von bisher unbekanntem Archivalien generell überschätzt – obwohl über Strukturen und Methoden kommunistischer Herrschaft vieles längst bekannt war.

An einem historischen Ereignis ist zu zeigen, daß aus früher verschlossenen Dokumenten heute nicht unbedingt wesentlich Neues ans Licht kommt. So war die Forschung etwa über den letzten Parteitag der KPD in der Weimarer Republik, über den 12. Parteitag im Juni 1929, recht gut informiert; es lag ja ein damals gedrucktes Protokoll vor³⁰. Aber eine Geheimsitzung, die sogenannte „geschlossene Sitzung“ des Parteitages, war darin nicht dokumentiert. Deren Protokoll lagert im SED-Archiv³¹. Doch was geht daraus Überraschendes hervor? Der Fund ist enttäuschend. Thälmanns „Geheimrede“ war ein bloßer Aufguß seiner bereits öffentlich vorgetragenen Ausführungen. Kippenbergers Informationen über den illegalen Apparat der Partei enthielten nicht mehr, als längst in der (illegalen) KPD-Zeitschrift „Oktober“ zu lesen war. Und selbst die Wahl der Mitglieder des ZK war so geheim, daß deren Namen im „Geheimprotokoll“ nicht aufgeführt sind. In seinem internen Kassenbericht schließlich hatte Parteikassierer Arthur Golke die Delegierten beschwindelt, denn über die finanzielle Unterstützung aus Moskau sagte er nicht ein Wort. Auch ohne Einsicht in dieses „Geheimprotokoll“ war die Forschung zur KPD-Geschichte durch Auswertung anderer Dokumente schon viel weiter vorangekommen³².

30 Protokoll der Verhandlungen des 12. Parteitages der KPD (Sektion der Kommunistischen Internationale), Berlin-Wedding, 9.–16. 6. 1929, Berlin 1929 (1972 erschien ein Nachdruck).

31 Vgl. SAPMO, ZPA, I 1/1/26.

32 Selbstverständlich ist vor allem in den Akten des Komintern-Archivs unbekanntes Material über deren Kaderpolitik, die damalige Anleitung der Sektionen und über die Säuberungen zu finden; auf diesem Gebiet ist die Forschung

Solche generelle Erkenntnis bleibt bei der Begeisterung über den freien Zugang zu den kommunistischen Archivalien meist unbeachtet. Natürlich soll die Bedeutung der Quellen nicht heruntergespielt werden. Sie beweisen authentisch die Methoden der stalinistischen Diktatur bis ins Detail. Auf den Wert der Akten für die Wissenschaft wurde ja bereits hingewiesen. Und inzwischen gibt es eine Vielzahl von wichtigen Publikationen über die Geschichte des Kommunismus und der DDR, die sich auf Archivmaterial stützen. Über bestimmte Bereiche (Opposition, Verfolgung, Kirche, Jugend usw.) liegen sehr gute, quellengesättigte Untersuchungen vor. Darüber braucht hier nicht referiert zu werden. Zu nennen sind ebenso Quelleneditionen aus speziellen Archivbeständen. Dadurch wurden insbesondere über die Frühphase der SBZ/DDR³³ neue Einzelheiten bekannt und Wissenslücken geschlossen.

Doch der hohe Standard von Quelleneditionen, gesetzt vor allem von der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, wird häufig noch nicht erreicht. Editionen, die jetzt allgemein zugängliche Archivalien abdrucken, sind nur dann sinnvoll, wenn sie durch Register erschlossen sind und der Text selbst gut aufbereitet wird. Überdies ist nach der Relevanz der veröffentlichten Quellen zu fragen. Eine Dokumentation heißt beispielsweise „Entscheidungen der SED 1948“³⁴. Sie enthält aber lediglich die Protokolle des Parteivorstandes der SED, obwohl die „Entscheidungen“ damals im Zentralsekretariat fielen oder von der SMAD getroffen wurden. Von der Dramatik der Stalinisierung der SED 1948 dringt so in diesen Sitzungsprotokollen kaum etwas durch, über den Prozeß der tatsächlichen Entscheidungsfindung geht daraus nichts hervor.

Durch Mängel bei der Publikation gehen sogar interessante Details verloren oder sind gar nicht erkennbar. So wurden aus dem Protokoll der Sitzung des Parteivorstands vom 15. September 1948 ausgerechnet jene Passagen nicht wörtlich abgedruckt, in denen Wilhelm Pieck seine „Ergebenheit“ gegenüber Stalin äußerte und erklärt hatte,

in den letzten Jahren auch gut vorangekommen. Vgl. dazu Brigitte Studer, Verschleierungstaktik als Herrschaftspraxis. Erkenntnis am Beispiel des Kominternarchivs, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 1995, Berlin 1995, S. 306 ff.

³³ Vgl. Günter Braun, Die Geschichte der Sowjetischen Besatzungszone im Spiegel der Forschung, in: ebd., S. 275 ff.

³⁴ Vgl. Thomas Friedrich u. a. (Hrsg.), Entscheidungen der SED 1948. Aus den Stenographischen Niederschriften der 10. bis 15. Tagung des PV der SED, Berlin 1995.

der gerade verstorbene Shdanow bleibe Vorbild bei der Aufgabe der SED, der Schaffung eines „neuen demokratischen, friedlichen und sozialistischen Großdeutschland“(!)³⁵. Solch „Leckerbissen“ fehlt in diesem Band, weil nur auf den Abdruck des Beileidstelegramms in „Neues Deutschland“ verwiesen wird, das Piecks „Ausrutscher“ jedoch nicht enthielt.

Bei den zahlreichen informativen Veröffentlichungen bisher unbekannter Dokumente in Zeitschriften gibt es hin und wieder ebenfalls Ungereimtheiten. So wird beim Referieren von Akten nicht verdeutlicht, in welchem konkreten Zusammenhang sie entstanden, wer sie verfaßte, an wen sie sich richteten usw. Auch werden seinerzeitige Auffassungen einfach als feststehende Tatsache übernommen. Beispielsweise wird in einer interessanten Darstellung über SMAD und SED in Berlin 1946 aus russischen Akten über „Fraktionen“ in der SED, über „Gruppierungen“ referiert. Aufgeführt sind darin: „die Moskauer, die Spanische, die Buchenwald-, die Sachsenhausen-, die Mauthausen-, die Waldheim- und die Auschwitz-Gruppe“³⁶. Als Beleg für diese Mitteilung wird nur eine Moskauer Archivnummer angegeben³⁷. Offenbar nimmt der Autor aber ernst, daß die zufällig zwischen 1933 und 1945 in der Emigration oder in Lagern gemeinsam lebenden Kommunisten nach 1945 „Gruppierungen“ oder gar Fraktionen bildeten. Er unterläßt es, solch fast absurde Konstruktion quellenkritisch zu hinterfragen.

Der Autor geht sogar noch über die Aussagen des Berichts hinaus und schreibt: „Daneben existierten auch Vereinigungen des Nationalkomitees Freies Deutschland, der alten Illegalen oder der englischen Emigranten. Wahrscheinlich gab es daneben noch wesentlich mehr Gruppierungen, die jedoch schon von ihrer zahlenmäßigen Stärke her nicht den Einfluß der oben genannten erreichen konnten.“

Ein anderes Beispiel: In der russischen Zeitschrift „Istoritscheskij Archiw“ ist ein Brief des „Aktivi-

³⁵ SAPMO, ZPA, IV, 2/1/52, S. 3 ff.

³⁶ Alexandr Haritonow, Unter Aufsicht. SED und SMAD in Berlin 1946, in: Deutschland Archiv, 29 (1996) 6, S. 898.

³⁷ So wie früher ärgerlicherweise aus dem SED-Parteiarchiv von SED-Historikern nur die Registriernummern angegeben wurden, ohne daß kenntlich war, welche Akten konkret gemeint waren, so nun auch hier: „Fond 17, Kat. 128, Akte 147, S. 52“. Tatsächlich handelt es sich hierbei um den Bericht des sächsischen SED-Funktionärs Fritz Große, der in Deutsch im Berliner Parteiarchiv (SAPMO IV 2/11/129) vorliegt. Inzwischen ist der Bericht auch ausführlich kommentiert und eingeleitet im Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 1996 abgedruckt (S. 215 ff.).

sten“ in der Geheimorganisation der KPD, Karl Friedberg, an Stalin vom März 1933 abgedruckt³⁸. In der Einleitung und den Fußnoten³⁹ dazu zeigt sich, daß der Herausgeber Babitschenko das Wesentliche über die Person des Briefschreibers Friedberg nicht kennt. Er behauptet, Friedberg habe als „Partei“-Pseudonym den Namen Karl Gröhl benutzt, tatsächlich war es jedoch umgekehrt. Und er meint, angeblich verliere sich alsbald seine Spur.

Diese Version entsteht, weil sich Babitschenko als Gewährsleute auf eben jene oben genannten Stasi-Offiziere und deren Buch über den „Nachrichtendienst“ der KPD stützt, das schlecht recherchiert ist. Obwohl Gröhl der erste Leiter dieses KPD-„Nachrichtendienstes“ war, er 1933 emigrierte, aus der KPD austrat („Schluß mit dem Stalinismus“) und ab 1946 in Westdeutschland arbeitete, haben sie sich nicht kundig gemacht, und so mußte ihnen „entgehen“, daß Gröhl-Friedberg als Karl Retzlaw bis 1976 in der Bundesrepublik lebte und hier sogar seine Erinnerungen veröffentlichte.

Schon darin hatte Retzlaw seinen (jetzt in russischer Sprache veröffentlichten) Brief an Stalin erwähnt⁴⁰. Auch hier die Frage: Wie kann bei Unkenntnis entscheidender Tatsachen ein historisches Dokument richtig eingeordnet werden, und warum solche „Schnellschüsse“?

Problematisch ist es auch, wenn aus relativ kleinen Quellenbeständen sehr weitreichende Schlüsse gezogen werden. Die bekannte Diskussion um die These von Wilfried Loth, der aus den im SED-Archiv aufbewahrten Notizen von Pieck ableitete, daß Ulbricht die Gründung der DDR gewissermaßen gegen den Willen Stalins durchgesetzt habe, war dafür symptomatisch.

38 Vgl. Istoritscheskij Archiw, 4 (1996) 3, S. 203 ff. Ich danke Carsten Tessmer für den Hinweis auf dieses Dokument.

39 Dort finden sich Ungenauigkeiten; so wird von Neubauer behauptet, er habe aktiv in der illegalen Organisation der KPD im Bezirk Berlin-Brandenburg Widerstand gegen Hitler geleistet; tatsächlich leitete er eine Thüringer Gruppe. Es fehlt der Hinweis, daß die erwähnte Erna Martens (Mertens) das Pseudonym der bekannten Kaderfunktionärin Grete Wilde war, die 1937 verhaftet wurde und 1943 im Gulag ums Leben kam.

40 Vgl. Karl Retzlaw, Spartakus. Aufstieg und Niedergang. Erinnerungen eines Parteiarbeiters, Frankfurt/M. 1971, S. 361. Gröhl-Retzlaw ist auch nicht 1901 geboren. Zu seinem 100. Geburtstag (10. 2. 1996) kam gerade eine Broschüre heraus: Peter Bernhardt (Hrsg.), Der Sozialismus ist human, ist demokratisch oder er ist gar nicht. Zum 100. Geburtstag des Sozialisten Karl Retzlaw, Frankfurt/M. 1996.

Selbst politische Instrumentalisierungen wurden mit Archivalien „belegt“. Hier sei auf die Angriffe gegen Herbert Wehner verwiesen. Durch neue Aktenfunde in Moskau kam es 1993 zu einer Diskussion über Wehners Rolle bei den stalinistischen Säuberungen in der Sowjetunion der dreißiger Jahre. Nach einer wissenschaftlichen Publikation⁴¹ beschuldigten die Medien Herbert Wehner massiv. Die Auswirkungen der Säuberungen – etwa die Tatsache, daß Stalin mehr Spitzenpolitiker der KPD umbringen ließ als Hitler – gerieten wegen dieser Personalisierung in den Hintergrund. Im Wahlkampf 1994 steigerten sich die Vorwürfe gegen Wehner zu einer Schlammschlacht. Jetzt kamen auch unbekannte Akten zur Sprache: Angeblich waren im Januar 1994 im Archiv des früheren MfS „brisante“, belastende Unterlagen gegen den Politiker entdeckt worden. Gleichzeitig veröffentlichte Frau Seebacher-Brandt in ihrem Privatkrieg gegen die SPD Schnipselchen aus dem Nachlaß von Willy Brandt. Es wurde gar eine Abhängigkeit Wehners von der SED konstruiert.

Doch mit der Publizierung von Brandts Aufzeichnungen und vor allem, nachdem die Gauck-Behörde zwei Ordner mit Stasi-Material über Wehner vorlegte⁴², brach die Kampagne zusammen. Von den Anschuldigungen, er habe die „Sache der anderen Seite“ betrieben, blieb nach der Einsichtnahme in die Unterlagen nichts übrig. Daraus ging nämlich hervor, daß gerade Wehner für die SED lange Zeit als „Hauptfeind“ galt⁴³.

Allerdings war dies nicht der einzige Versuch, durch einseitige Auswahl, parteiische Bewertung, ja Umbewertung von Bruchstücken aus Archivalien die Vergangenheit politisch zu „nutzen“. Im Wahljahr 1994 wurde auch die Geschichte der Deutschlandpolitik der Brandt-Scheel-Regierung ähnlich instrumentalisiert.

41 Vgl. Reinhard Müller, Die Akte Wehner. Moskau 1937 bis 1941, Berlin 1993.

42 Vgl. BStU, ZA, SdM 1856, Bd. 1 und 2.

43 Vgl. Dieter Dowe (Hrsg.), Herbert Wehner (1906–1990) und die deutsche Sozialdemokratie. Gesprächskreis Geschichte der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 1996; Hermann Weber, Der ewige Kommunist?, in: Karsten Rudolph/Christl Wickert, Geschichte als Möglichkeit. Festschrift für Helga Grebing, Essen 1995, S. 401 ff. Ende Mai gab es erneut eine Verleumdungskampagne gegen Wehner, ausgelöst durch unbewiesene Behauptungen des Stasi-Spionagechefs Markus Wolf. Die hier beschriebene Debatte wurde dabei erst gar nicht berücksichtigt. Für die Instrumentalisierung war offenbar gleichgültig, daß es sich um einen „alten Hut“ handelte.

Quellenkritische Arbeit

Aber neben den Akten existieren auch andere Quellen, und es gibt einen Forschungsstand. Hinzu kommt die Überlegung, daß gerade bei der Bearbeitung früher so strikt geheimgehaltener Dokumente der kommunistischen Diktaturen noch über die übliche Quellenkritik hinauszugehen ist⁴⁴. Hier ist nicht nur der historische Kontext zu berücksichtigen, dürfen Dokumente selbstverständlich nicht aus dem Zusammenhang gerissen werden. Zu bedenken ist auch, ob die Hinterlassenschaft – etwa von Verfolgungsbehörden – nicht oft mehr über die Strukturen der Diktatur, über deren Mechanismen und Hierarchien aussagen als über den eigentlichen Gegenstand selbst. Was galt als sammlungswürdig, was wurde aus Geheimhaltungsgründen vernichtet oder (wie etwa telefonische Anweisungen oder Instrukteur-Aufträge) erst gar nicht schriftlich festgehalten?

Daher muß die Wertung der Akten von der Provenienz der Quellen abhängen. So ist bei Protokollen aus Führungsgremien, in denen deren Positionen fixiert wurden, eher von einem größeren Wahrheitsgehalt auszugehen als bei Niederschriften, mit denen Gruppen oder Personen bei übergeordneten Instanzen ihre eigene Bedeutung oder Erfolge nachzuweisen suchten. Erst recht sind subjektive Berichte, individuelle Einschätzungen und Vermerke anderen Quellen prüfend gegenüberzustellen. Darüber hinaus bleibt eine wahrscheinliche Voreingenommenheit aufgrund der Interessen oder ideologischen Überzeugungen der jeweiligen Verfasser kritisch zu hinterfragen. Obwohl dies alles selbstverständlich scheint, wird in jüngster Zeit in Arbeiten über den Kommunismus und über die DDR solche Vorgehensweise nicht immer praktiziert.

Offenbar wird beim Stolz über neue Quellenfunde so manche Binsenwahrheit vergessen, die zum Handwerkszeug des Historikers gehört und bereits im Proseminar gelehrt wird. Die quellenkritische Sicht verlangt doch, daß gerade bei Teilbeständen von Akten unbedingt die Rahmenbedingungen zu beachten sind. Archivalien sind mit anderen be-

reits gedruckten Quellen abzugleichen und gegebenenfalls durch Befragungen von Zeitzeugen zu ergänzen.

Es erstaunt schon, wenn heute in Beiträgen zwar Dutzende von Archivbelegen, aber keine Hinweise auf gedruckte Quellen zu finden sind. Gerade gedruckte Protokolle u.ä. machen doch deutlich, was die Führung jeweils veröffentlicht wissen wollte. Und beim Vergleich mit den archivierten Originalen sind darüber hinaus Kürzungen oder gar Manipulationen festzustellen und zu beurteilen. Bei den Wertungen mögen monokausale Erklärungen für komplexe Vorgänge in der Öffentlichkeit „gefragt“ sein, der Historiker hat tunlichst die kritische Differenzierung vorzunehmen, hat anstelle simpler Schwarzweißmalerei auch die „Grautöne“, die „Zwischentöne“ nicht zu vernachlässigen. Aus Archivalien allein entsteht noch kein zutreffendes Geschichtsbild; Quellen können eben nicht „aus eigener Kraft historische Erkenntnisse konstituieren“⁴⁵.

Doch anstatt die herkömmliche Sicht mit Fakten aus den Quellen anzureichern, bisherige Darstellungen zu verifizieren oder zu falsifizieren, werden nicht selten ausgefallene Behauptungen verbreitet. An mehr Sachlichkeit statt spektakulärer „Enthüllungen“, weniger Aufgeregtheit und mehr Redlichkeit ist zu erinnern. Wenn der Kontext, d. h. die Zeitumstände und die Begrenztheit spezieller Überlieferungen, ungenügend berücksichtigt werden, kommt es zu Überinterpretationen, die von den Akten nicht gedeckt werden.

Rückfall hinter den Forschungsstand

Gravierender ist in diesem Zusammenhang aber eine andere bedenkliche Tatsache. Die Manie, aus Archivalien überraschende und „neue“ Thesen zu konstruieren, negiert bisherige Forschungen. Dabei wird der Forschungsstand kaum noch wahrgenommen, und so fallen eben manche „Quellen“-Untersuchungen hinter bereits erreichte fundierte Ergebnisse zurück. Dies ist offenbar ein Trend in der gegenwärtigen Kommunismus-Forschung⁴⁶.

45 Hans Günter Hockerts, *Zeitgeschichte*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 29/30/93, S. 10.

46 Allerdings nicht nur in der Kommunismus-Forschung, wie die Debatte um Goldhagen bewies. Vgl. dazu Dieter

44 Vgl. dazu Heinrich Potthoff, *Zum Umgang mit Akten eines diktatorischen Systems*, in: *Deutschland Archiv*, 27 (1994) 4, S. 337 ff.; Hermann Weber, *Zum Umgang mit DDR-Archivalien*, in: *Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung* 1994, Berlin 1994, S. 165 ff., und ebd. 1995, Berlin 1995, S. 232 ff.

Kürzlich wurden Briefe Stalins an Molotow veröffentlicht⁴⁷, die sehr interessant sind. Im „einführenden Kommentar“ zum Briefband verliert sich der amerikanische Kommunismusforscher Lars T. Lih indes nicht nur in Nebensächlichkeiten. Er strapaziert außerdem seine These vom „antibürokratischen Szenario“, das er bei Stalin entdeckt haben will. Wenn Lih die Einschätzung Stalins als „engagierten gewissenhaften (!) Führer“ nicht „unbegründet“ findet, in ihm gar eine Mischung von „Manipulation und Aufrichtigkeit“ sieht, ist das verblüffend. Denn die bisherige Forschung beurteilt Stalin zu Recht ganz anders. Und auch in diesen Briefen Stalins an Molotow ist seine bekannte Machtbesessenheit und Rachsucht, sind seine Intrigen nachzulesen.

Lihs Behauptung, die abgedruckten Briefe würden „eine Revision unserer Sicht des Führungskampfes nach Lenins Tod“ nahelegen, ist abwegig. Aus dem eng begrenzten Quellenmaterial (es sind ja nur Briefe Stalins an seinen Paladin Molotow, und diese lediglich aus dem Zeitraum 1925 bis 1934, also vor den „Säuberungen“!) ist dies nicht zu belegen⁴⁸, erst recht spricht der Forschungsstand dagegen⁴⁹. Stalin gelangte als Chef des Parteiapparates zur Machtfülle. Er verstand es, andere auszunutzen, Parteiführer gegeneinander auszuspielen, im Hintergrund die Fäden zu ziehen und daraus zu profitieren. Die Einschätzung Stalins ist erheblich weiter gediehen, als es die Einführung zu diesem Briefband glauben machen möchte⁵⁰.

Ähnlich spektakulär aufgemacht erschien jetzt ein Buch über den „unbekannten Lenin“⁵¹. Die Entdeckungen im „Geheimarchiv“ sollen Lenin heute sensationell entlarven. Doch aus den Dokumenten, in der Hauptsache Briefe aus den Jahren 1903 bis 1922, ergibt sich kein neues Lenin-Bild. So interessant einzelne Texte sind, die Tausende und Abertausende bereits veröffentlichter Briefe

Pohl, Die Holocaust-Forschung und Goldhagens Thesen, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 45 (1997) 1, S. 1 ff.

47 Lars T. Lih u.a. (Hrsg.), Stalin. Briefe an Molotow, 1925–1936, Berlin 1996.

48 Ein weit weniger spektakulär verbreiteter Band enthält ebenso interessante Dokumente: J. W. Stalin, Dein Sosso. Briefe, Dokumente und Tagebuchnotizen aus dem Umkreis der Familie, Berlin 1994.

49 Dieser Forschungsstand zu Stalin und der KPdSU-Führung ist jetzt durch ein Standardwerk mit neuen Dokumenten zum Politbüro erweitert worden: Oleg Chlewnjuk, Politbüro, Moskau 1996 (russ.).

50 Erstaunlich daher die positive Rezension dieses und des im folgenden genannten Buches durch einen Sachkenner wie Robert Conquest. Vgl. The New Yorker Review of Books vom 6. März 1997, S. 6 ff.

51 Vgl. The Unknown Lenin. From The Secret Archive, ed. by Richard Pipes, New Haven – London 1996.

Lenins⁵² haben ihn doch längst als Revolutionär, als Machtmenschen, als Realpolitiker wie Ideologen gezeigt; dazu bedurfte es nicht der jetzt weiteren abgedruckten 113 Dokumente.

Zwar mögen einige drastische Beispiele, die Pipes für die Skrupellosigkeit Lenins beibringt, diese besonders kraß belegen, etwa der Aufruf vom 11. August 1918, 100 Kulaken aufzuhängen. Aber im Kern ist nichts überraschend Neues zu finden. Daß Lenin den 1918 vom raschen Untergang im Bürgerkrieg bedrohten Bolschewismus durch drakonische Maßnahmen zu retten suchte, geht aus der seit Jahrzehnten bekannten Korrespondenz hervor. Darin ist etwa zu lesen, daß er am 9. August 1918 die Anweisung gab: „Für den Besitz von Waffen Erschießung, Massenabtransport von Menschewiki“, oder ebenso am 20. August 1918 die Aufforderung, „die Rädelführer der Kulaken zu erhängen“⁵³. Diese Grausamkeiten (übrigens, die Gegenseite im Bürgerkrieg war kaum weniger rabiät) sind keineswegs erst jetzt zu enthüllen. Daher ist zu diesem Abdruck „sensationaler Aktenfunde“ einem Rezensenten zuzustimmen: „Der Hinweis auf die ‚Geheimarchive‘ macht also wieder einmal aus einer Sache etwas Besonderes, die im Grunde doch weitgehend bekannt war.“⁵⁴

So wie der Forschungsstand wegen aufsehenerregender „Aktenfunde“ manchmal gern „vergessen“ wird, so bleiben teilweise auch die zeitgenössischen Darlegungen unberücksichtigt. Beispielsweise wurden 1985 in der Arbeit von F. T. Stöbel auch der „Fall Lohagen“, die Angriffe gegen den Altkommunisten Ernst Lohagen und schließlich seine Absetzung als SED-Landesvorsitzender von Sachsen, thematisiert⁵⁵. Stöbel hatte versucht, aufgrund des damals (auch in Zeitungen) veröffentlichten Materials diesen „Fall“ einzuschätzen. H. Müller-Enbergs ist dann in seinem Buch über Herrstadt darauf noch eingegangen⁵⁶. Inzwischen ist allerdings interessantes Quellenmaterial vorhanden, das den Hintergrund und das Ziel der Kampagne in der SED ebenso wie Ulbrichts Rolle

52 Vgl. Lenin: Briefe, Bd. 1–10, Berlin (Ost) 1967–1976; Leonhard Haas (Hrsg.), Lenins unbekanntes Briefe 1912–1914, Einsiedeln – Zürich 1967.

53 Lenin: Briefe, Bd. 5, Berlin (Ost) 1968, S. 137, 154.

54 Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 27. Januar 1997.

55 Vgl. Frank Thomas Stöbel, Positionen und Strömungen in der KPD/SED 1945–1954, Köln 1985, S. 494 ff. Deutungsversuche für den Fall finden sich bereits in der Literatur der frühen DDR-Forschung, die die gedruckten Quellen auswertete. Vgl. Joachim Schultz, Der Funktionär in der Einheitspartei, Stuttgart 1956, S. 39 ff.

56 Vgl. Helmut Müller-Enbergs, Der Fall Rudolf Herrstadt, Berlin 1991, S. 124 ff.

Themenbereiche

deutlicher macht⁵⁷. In einer „neuen Ulbricht-Biographie“ taucht 1995 der Name Lohagen aber nicht einmal auf⁵⁸. Und selbst in einer gediegeneren, aus den Akten erarbeiteten Untersuchung von 1996 über die Säuberungen in der SED fehlt jeder Hinweis auf den „Fall Lohagen“⁵⁹.

Das Ausblenden des Forschungsstandes und das Außerachtlassen der zeitgenössischen Arbeiten ist auch in manchen der vielen Artikel zu bemängeln, die jetzt anhand der archivalischen Quellen unser Wissen über den Kommunismus und die DDR erweitern können. Das Prinzip des „Windhundrennens“, d. h. der raschen Veröffentlichung eines „Fundes“, um sich zu profilieren und einer eventuellen Publizierung durch andere zuvorzukommen, erklärt die manchmal oberflächliche Kommentierung oder mangelhafte Beachtung des Forschungsstandes. Doch das schadet nicht nur den wissenschaftlichen Standards, sondern letztlich der Zunft und der Aufarbeitung der Geschichte.

Ein besonders drastisches Beispiel für solchen „Schnellschuß“ sei hier erwähnt. Im Moskauer Archiv des russischen Präsidenten wurden Briefe Ernst Thälmanns an Stalin aus dem deutschen Gefängnis 1939 bis 1941 entdeckt. Kaum kommentiert und ohne Anmerkungen publizierte sie eine deutsche Zeitschrift⁶⁰. Erst jetzt hat sie mit zahlreichen Fußnoten erläutert (auf russisch) eine Moskauer Zeitschrift abgedruckt⁶¹. Eine wissenschaftliche Edition war indes durch das Institut für Zeitgeschichte vorgesehen. Doch überstürzt erschien vorher in Berlin eine Broschüre mit diesen Thälmann-Gefängnis-Briefen⁶². Die Herausgeber schrieben ein nichtssagendes Vorwort; es gibt weder einen wissenschaftlichen Apparat, noch eine erklärende Aufschlüsselung der Briefe. Es ist nur zu hoffen, daß solch unprofessioneller Umgang mit Archivalien nicht Schule macht.

Diese kritischen Überlegungen zur Erforschung des Kommunismus und insbesondere der DDR-Geschichte sollen nun allerdings die positive Seite, die insgesamt erfreuliche Aktivität der Wissenschaft sowie die Erfolge der Forschung in jüngster Zeit nicht überdecken. Damit wurden schon jetzt bestimmte Bereiche durch die Auswertung früher in den Archiven verschlossener Akten genauer rekonstruiert und analysiert, wie etwa die konkreten Machtmechanismen, die Praktiken der Geheimpolizei, Methoden und Tätigkeit der Führungsorgane, Umfang und Intentionen der berichtigten Säuberungen usw.

In den einzelnen Ländern der früheren kommunistischen Herrschaftsregime sind indes sowohl der Zugang zu den Archiven, das Interesse an der jeweiligen Thematik als auch die materiellen Möglichkeiten der Wissenschaft recht verschieden. Die DDR-Forschung ist dabei privilegiert, und entsprechend gut sind die generellen Ergebnisse. Allerdings gibt es eine unterschiedliche Schwerpunktsetzung, die auch hier zur Asymmetrie führen kann. Wie schon vor 1989 steht besonders die Frühphase der Entwicklung nach 1945 im Mittelpunkt gegenwärtiger Forschungen⁶³. Inzwischen ist auch die Endphase der DDR auf größeres Interesse gestoßen. Hingegen werden die späten fünfziger, die sechziger und siebziger Jahre noch eher stiefmütterlich behandelt.

Wesentlicher ist die unterschiedliche Bearbeitung der Themenfelder. Schon bei der Aufzählung der Projekte bis Ende 1993⁶⁴ zeigten sich Disproportionen. Untersuchungen zur Kirchen- oder Kulturpolitik, Stasi und zu Verfolgungen, zur Opposition, zum Zusammenbruch und Transformationsprozeß waren zahlreich vertreten. Dies ist aufgrund der Materiallage, des „Neuigkeitswertes“ und des Forschungsstandes kaum verwunderlich. Daran hat sich im Grundsatz auch in den letzten Jahren wenig geändert. Die Bevorzugung vieler dieser Themenfelder war indes zu erwarten⁶⁵. Erfreulicherweise wendet sich die Forschung mittlerweile verstärkt wirtschaftsgeschichtlichen Fragestellungen zu.

57 Darüber wird Ulrich Mählert in Kürze neues Material veröffentlichen in einem Sammelband über innerkommunistische Säuberungen: Hermann Weber/Ulrich Mählert (Hrsg.), Terror. Kommunistische Parteisäuberungen vor und nach dem 2. Weltkrieg, Paderborn (in Vorbereitung).

58 Vgl. Nobert Podewin, Walter Ulbricht. Eine neue Biographie, Berlin 1995.

59 Vgl. Thomas Klein/Wilfriede Otto/Peter Grieder, Visionen. Repression und Opposition in der SED (1949–1989), Frankfurt (Oder) 1996.

60 Vgl. Utopie kreativ, (1996) 67 (Teil 1); (1996) 68 (Teil 2).

61 Vgl. Nojaja i Nowejschaja Istorija, (1996) 6, S. 76 ff. (Teil 1) und (1997) 1, S. 75 ff. (Teil 2).

62 Vgl. Ernst Thälmann: An Stalin. Briefe aus dem Zuchthaus 1939 bis 1941, hrsg. von Wolfram Adolphi und Jörn Schütrumpf, Berlin 1996.

63 Vgl. G. Braun, (Anm. 33).

64 Vgl. Deutscher Bundestag (Anm. 3).

65 Vgl. H. Weber (Anm. 4), S. 187 ff.

Erstaunlich ist nach wie vor das geringe Interesse an der SED sowie den Blockparteien⁶⁶. Auch andere Komplexe sind weiterhin unterbelichtet, vor allem fehlen vergleichende Untersuchungen. Derzeit sind sowohl Vergleiche beider deutscher Diktaturen wie vor allem Vergleiche mit den Diktaturen der kommunistischen Parteien in den Ländern Osteuropas immer noch die Ausnahme⁶⁷.

Obwohl die Sozialgeschichte inzwischen breiter erforscht wird, findet z. B. die Untersuchung der Gründe für systemkonformes oder oppositionelles Verhalten bestimmter sozialer Gruppen zu wenig Beachtung. Gleiches gilt für die bereits erwähnte sozialwissenschaftliche Zeitgeschichtsanalyse⁶⁸. Wegen der bemängelten Schieflage des Archivzugangs fehlen immer noch Analysen zu den konkreten Entscheidungsprozessen der SED-Spitze, nämlich eventuellen Freiräumen und Grenzen

66 Ich danke Ulrich Mählert für die Hinweise. Eine genauere Analyse der Forschung erarbeitet er derzeit für die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“.

67 Inzwischen ist allerdings an der FU Berlin eine Arbeitsstelle „Diktatur und Demokratie“ zur vergleichenden Diktaturforschung gegründet worden. Vgl. Peter Steinbach in: Kirchliche Zeitgeschichte, 9 (1996) 2, S. 397 ff.

68 Vgl. C. Burrichter/G.-R. Stephan (Anm. 15).

gegenüber den sowjetischen Vorgaben. Solche Untersuchungen sind daher in den Forschungsprogrammen kaum aufgeführt. Das trifft ebenso zu für einzelne Phasen der Deutschlandpolitik oder die Außenpolitik der DDR.

Hinzuweisen ist noch auf eine andere Schwachstelle für die Forschung; hier ist das Problem finanzieller Förderung der Forschung in Zeiten leerer Kassen zu nennen. Für die Wissenschaft ist zu hoffen, daß die in der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“ diskutierte „Stiftung“ zur Aufarbeitung der DDR-Geschichte dann auch der Forschungsförderung dient. Eine solche Stiftung könnte durch Projektförderung zusätzliche materielle Hilfe für die Forschungsarbeit vor allem junger Wissenschaftler an den entsprechenden Universitäten und Institutionen leisten.

Trotz der hier vorgetragenen Kritik bleibt doch positiv festzuhalten, daß die historische Erforschung des Kommunismus insgesamt vorankommt. Im Prozeß der Aufarbeitung der DDR-Geschichte kann die Wissenschaft daher Asymmetrien überwinden und somit ihre Forschungsaufgabe erfolgreich erfüllen.

Zeitgeschichte in Deutschland vor und nach 1989

Nach dem Ende des Nationalsozialismus suchten viele Stützen und Gefolgsleute des alten Regimes ihr Heil in der Zukunft; Wiederaufbau stand auf der Tagesordnung. Die beiden deutschen Nachfolgestaaten des „Dritten Reiches“ wie auch Österreich standen vor dem Problem der Integration von Millionen ehemaliger NSDAP-Mitglieder und zahlloser Funktionäre in eine demokratisch zu gestaltende Gesellschaft. Durch die Öffnung der Staats- und Parteiarchive der DDR für die zeitgeschichtliche Forschung konnten inzwischen auch für eine größere Öffentlichkeit jene Kenntnislücken weiter geschlossen werden, die infolge der „antifaschistischen“ DDR-Staatsgeschichtsschreibung mit ihrer beabsichtigten, nicht nur propagandistischen Zwecken dienenden Desinformationspolitik entstanden waren. Vier Jahrzehnte lang waren SED-Historiker auf diesem Terrain damit beschäftigt, auftragsgemäß Parteilegenden quasi wissenschaftlich zu unterfüttern. Heute kann Genaueres u. a. darüber gesagt werden, wie die SED in der SBZ und DDR die Integration von rund 1,5 Millionen NSDAP-Mitgliedern bewältigt hat¹. Einige ehemalige Nationalsozialisten wurden sogar in das Zentralkomitee der SED berufen, gelangten in die Volkskammer oder brachten es bis zum Ministerrang².

Die Geschichtswissenschaft hat sich auf breitem Feld und in unzähligen Detailstudien mit der NS-Zeit, den Verantwortungsträgern, Helfern, Mitläufern, Zuschauern, Opfern sowie auch dem Widerstand in all seinen Ausformungen beschäftigt. Den Verstrickungen des eigenen Faches wurde

indes mit geringerem Forschungsdrang nachgegangen. Götz Aly hat sich daher jüngst mit der Rolle Theodor Schieders (Präsident des Verbandes der Historiker Deutschlands 1967–1972) und Werner Conzes (Präsident des Verbandes der Historiker Deutschlands 1972–1976) als wissenschaftliche Mitdenker nationalsozialistischer „Bevölkerungswissenschaft“ in der Ostforschung auseinandergesetzt und dabei auf erhebliche Defizite in der kritischen Selbstreflexion der eigenen Zunft durch die Historiker hingewiesen³ – ein Defizit, das sich auch auf die Geschichtswissenschaft der DDR bezieht.

Es waren nicht nur Historiker der damals jüngeren Generation, die sich nach 1933 radikalisierten. Auch etablierte und angesehene Vertreter des Faches begrüßten begeistert den „neuen Geist“, der mit dem Machtantritt des Hitler-Regimes durch Deutschland raste. Wilhelm Mommsen etwa sprach am 18. Mai 1933 in einer „Staatsbürgerlichen Sammelvorlesung“ vor Marburger Studenten und erklärte, er fühle sich verpflichtet, sie „zu verantwortlichem, nationalpolitischem Handeln zu erziehen“. Für ihre künftigen Führungsaufgaben empfahl er ihnen, sie sollten „das Wort Adolf Hitlers beherzigen, daß es nicht ankommt auf das, was Sie tun, sondern darauf, wie Sie es tun“ – und würdigte anschließend die öffentlichen Bücherverbrennungen der Nationalsozialisten mit den Worten: „Bei der Schriftenverbrennung in Berlin sagte Minister Goebbels vor der Studentenschaft, das Verbrennen allein genüge nicht; es sei viel schwerer, Neues aufzubauen. Sie wissen ebensogut wie ich, daß wir in allem, was die nationalsozialistische Regierung will, noch im Anfang stehen.“⁴ Solche und schlimmere Reden⁵ – nicht Taten – bewogen die Besatzungsmacht und später das Land Hessen, diesem Historiker eine Rückkehr auf einen verbeamteten Lehrstuhl zu verweigern.

1 Vgl. Ruth-Kristin Rößler (Hrsg.), Entnazifizierungspolitik der KPD/SED 1945–1948, Goldbach 1994. Als Dokument in diesem Buch Wilhelm Piecks handschriftliche Notizen über eine Besprechung am 23. Januar 1946 in Karlshorst: „nominelle Mitglieder der Nazipartei heranziehen . . . , andeuten, daß sie sogar Mitglieder der Partei werden können“, S. 82. Siehe auch Helga A. Welsh, „Antifaschistisch-demokratische Umwälzung“ und politische Säuberung in der sowjetischen Besatzungszone, in: Klaus-Dietmar Henke/Hans Woller (Hrsg.), Politische Säuberungen in Europa. Die Abrechnung mit Faschismus und Kollaboration nach dem Zweiten Weltkrieg, München 1991.

2 Vgl. Ulrich Völke, Ulbrichts willige Vollstrecker, in: Die Woche vom 1. November 1996. Demnach gelangten im Laufe der Zeit 28 NSDAP-Mitglieder in das ZK der SED, 50 in die Volkskammer und 12 in die Position eines Ministers bzw. stellvertretenden Ministers.

3 Vgl. Götz Aly, Macht, Geist, Wahn. Kontinuitäten deutschen Denkens, Berlin 1997, S. 153 ff. Es stelle sich die Frage, schreibt Aly, „wie deutsche Geschichtswissenschaftler die Weltkriegsepoche überhaupt verantwortungsvoll bearbeiten wollen, wenn sie sich der Kritik des eigenen Faches entziehen“.

4 Wilhelm Mommsen, Volk und Staat in der deutscher Geschichte, Frankfurt am Main 1933, S. 21.

5 Vgl. u. a. Wilhelm Mommsen, Politik und Kriegführung, Marburg 1940.

Nach dem Ende der zweiten deutschen Diktatur in diesem Jahrhundert verlor eine Vielzahl regime-treuer Historiker ihre Lehrstühle an den ostdeutschen Universitäten bzw. ihre Forschungsstellen an Akademien oder Instituten. In der Regel war dem ein differenziertes Überprüfungsverfahren vorausgegangen, gegen das von den Betroffenen nicht selten arbeits-, verwaltungs- und verfassungsgerichtliche Bedenken und Widersprüche erhoben wurden, über die nach entsprechenden Verhandlungen durch die zuständigen Organe der Rechtsprechung entschieden wurde. Ähnlich wie nach dem Ende des Nationalsozialismus, als sich manche Täter zu Opfern stilisierten, erklärten sich nun viele, die wegen ihrer Handlungsweisen im Rahmen des totalitären SED-Staates entlassen wurden, auch zu Opfern einer „Siegerjustiz“. Ebenso traten nach der Wiedervereinigung Teile des linken politischen Spektrums der Bundesrepublik mit früher bei ihnen streng verpönten Gedanken an die Öffentlichkeit: Die bisher von ihnen diffamierte politische Integrationsleistung der Adenauer-Ära wurde nunmehr als beispielhaft gewürdigt; sogar das stets verhöhlte Filbingerwort – was früher Recht war, könne heute nicht Unrecht sein – erlebte eine unerwartete Umwertung. Persönlicher Verantwortung für die Mitwirkung in der kommunistischen Diktatur wurde nach 1989 mit nahezu gleichen Argumentationsmustern ausgewichen, wie sie nach 1945 von vielen Funktionsträgern der nationalsozialistischen Diktatur geltend gemacht wurden.

Zeitgeschichte und Politik

Zeitgeschichtliche Forschung steht in einem engen Wechselverhältnis zur Politik. Sie ist allein schon deshalb politisch brisant, weil sie nicht nur nachträgliche Machtkontrolle darstellt, sondern weil sie auch durch die Auswahl des Untersuchungsgegenstandes und den methodischen Zugang Themenfelder besetzen kann, die einen aktuellen politischen Handlungsdruck erzeugen oder verstärken können. Dies gilt um so mehr in politischen und gesellschaftlichen Umbruchphasen, die einhergehen mit einer gewissen Orientierungslosigkeit der Politik. Darüber hinaus berührt die Zeitgeschichte politische Interessenlagen auch insoweit, als hier ein bestimmtes Geschichtsbild bzw. eine vorläufige Geschichtsdeutung gerade der jüngsten Geschichte in aktuelle Politik transformiert werden kann.

Hierbei geht es in erster Linie nicht einmal um Parteipolitik, selbst wenn gerade bei der Aufarbei-

tung der deutschen Teilungsgeschichte die Gefahr einer parteipolitischen Vereinnahmung oder Abgrenzung groß ist, sondern in einem weiteren Verständnis von Politik um die Benennung prioritärer Bereiche, die in das Zentrum politischer Auseinandersetzung gerückt werden sollen. Die zeitgeschichtliche Aufarbeitung der DDR unter dem Blickwinkel einer totalitär verfaßten Parteidiktatur impliziert zum Beispiel andere Ergebnisse und verweist auf andere politische Felder (z. B. Innen- und Außenpolitik) als die Analyse der DDR primär unter dem Gesichtspunkt einer sozialistischen Industriegesellschaft (z. B. Sozial- und Technologiepolitik).

Aber Zeitgeschichte, verstanden als „Geschichte der Mitlebenden“, wirkt noch viel unmittelbarer auf die Akteure in Wissenschaft und Politik ein. Mit ihren Forschungsergebnissen stellt sie auch die Leistungen und Versäumnisse von Politikern und die wissenschaftlichen Erkenntnisse und Beurteilungen von Wissenschaftlern zur Diskussion. Besondere Brisanz erhält dieser Prozeß durch den Systemwechsel und die veränderten politischen, sozialen und wissenschaftlichen Bedingungen nach 1945 und 1989, da der unmittelbare Zugang zu vorher verschlossenen Quellen und die veränderten politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen andere Forschungsperspektiven und zu meist auch abweichende Ergebnisse zeitigen. Besonders Akteure, die gleichermaßen vor wie nach derartigen Umbrüchen agieren, stehen insoweit in der Gefahr, zur Legitimierung der eigenen Vergangenheit eher an Geschichtsverdrängung oder gar -verdunkelung als an einer Erhellung der Vergangenheit interessiert zu sein. Ihre Aussagen als „Zeitzeugen“ sind häufig mit Vorsicht zu genießen.

Für die Zeit nach 1989 und die Aufarbeitung der deutschen Teilungsgeschichte birgt neben der Behandlung ehemals vernachlässigter Themen (MfS, deutsche Einheit etc.) vor allem die wissenschaftliche Untersuchung des deutsch-deutschen Verhältnisses, die Einbindung von auf diesem Feld tätigen Personen in andere als nur akademische Interessenkonstellationen sowie die Beurteilung der DDR insgesamt erheblichen Sprengstoff.

Die deutsche Teilung als Interpretationsrahmen

Es ist nach der friedlichen Revolution von 1989 viel über die Fehleinschätzungen des Mainstreams

bundesdeutscher DDR-Forschung in den siebziger und achtziger Jahren geschrieben und debattiert worden⁶. Weitgehend unbestritten ist inzwischen, daß von den Vertretern dieser Richtung – wie auch von einem Großteil der Medien – in jener Zeit u. a. aus politischen Erwägungen ein entspannteres DDR-Bild in die bundesdeutsche Welt gesetzt wurde, als es der Wirklichkeit entsprach. Die DDR hatte nicht nur ihre Gänsefüßchen – d. h. ihren Unrechtscharakter – verloren, auch als Modernisierungs- bzw. Demokratiemodell wurde sie von vielen mehr oder weniger kritischen Sozialwissenschaftlern angeregt diskutiert.

In den eher sozialdemokratisch orientierten Bereichen der Zeitgeschichtsschreibung hatte sich ein paralleler Prozeß vollzogen, den Christoph Kleßmann und Martin Sabrow in dieser Zeitschrift folgendermaßen beschrieben: „Zwar konnte auch jeder zeitgenössische Beobachter oder Besucher der DDR wissen, daß er es mit einer Parteidiktatur zu tun hatte, aber man sagte das zumindest nicht laut, weil es die zarte Pflanze der angestrebten Normalisierung im Verhältnis beider deutscher Staaten nur zu knicken drohte. Hier hat sich die Perspektive deutlich geändert. Sie zeigt, wie stark Interpretationsgeschichte ihre zeitgebundene politische Dimension besitzt. Den früher eher ungewohnten Diktaturbegriff als Rahmen zu akzeptieren, dürfte ein zentraler Aspekt einer angemessenen Aufarbeitung der jüngsten Vergangenheit sein.“⁷

Was hier eher zurückhaltend umschrieben wird, hat jedoch eine bislang wenig beleuchtete Tiefendimension. Zumindest einer der Autoren, Christoph Kleßmann, war selber recht aktiv an der Hegung der „zarten Pflanze Normalisierung“, an der Herstellung eines Beziehungsgeflechts zwischen Historikern von SED und SPD und ihrem Umfeld beteiligt. Welch hohen Stellenwert gemeinsame Veranstaltungen dieses ost-westlichen Hegerings hatten, war indes vor 1989 weit weniger umstritten als heute.

Am 12. und 13. März 1987 fand im Bonner Erich-Ollenhauer-Haus eine Tagung zum Thema „Erben

Deutscher Geschichte – Bundesrepublik und DDR“ statt. Sie stand im Kontext der seinerzeit laufenden Gespräche zwischen der Grundwertekommission des SPD-Vorstandes und der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, deren Resultat das im August 1987 veröffentlichte gemeinsame SED-SPD-Manifest „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“ war. Unmittelbar nach der Begrüßungsansprache des SPD-Vorsitzenden Willy Brandt sprach auf diesem Historikertreffen Jürgen Kocka, Mitglied der Historischen Kommission beim Parteivorstand der SPD, über „Prinzipielle Unterschiede – gemeinsame Probleme“⁸. Kocka warb für „joint ventures“ im Forschungsbereich“ und erklärte: „Die Historiker in der Bundesrepublik und in der DDR haben heute mehr gemeinsam als vor zehn oder zwanzig Jahren. In vielen Einzelbereichen der empirischen Forschung verfolgt man ähnliche Fragestellungen, benutzt man gleiche Methoden und lernt voneinander.“⁹ Als Zeitzeuge konnte sich Jürgen Kocka später an diese Konferenz und deren Intentionen offenbar nicht mehr erinnern; im Jahre 1993 erklärte er: „Unsere Kontakte mit den DDR-Historikern waren vor 1988/89 fast Null.“¹⁰

Den im Auftrag der SED in der Bundesrepublik kontaktsuchenden Historikern fielen jedenfalls solche westdeutsche Kollegen positiv auf, die sich kritisch zur Frage der Wiedervereinigung äußerten. Hier sah man Ansatzpunkte für eine Kooperation, die für die DDR-Seite von eminent politischer Bedeutung war. Das betraf natürlich gerade auch programmatische Überlegungen, wie sie auf dem SPD-SED-Historikertreffen von 1987 u. a. von Jürgen Kocka vorgetragen wurden: „Zur Begründung des Sinns einer staatlichen Wiedervereinigung taugt die deutsche Geschichte erst recht nicht. Im Gegenteil: Die Existenz mehrerer

8 So der Titel des Vortrages von Jürgen Kocka.

9 Ders., in: Susanne Miller/Malte Ristau (Hrsg.), Erben deutscher Geschichte, DDR-BRD: Protokolle einer historischen Begegnung, Reinbek 1988, S. 26. Vgl. dazu grundsätzlicher: Jürgen Kocka, Sozialgeschichte: Begriff – Entwicklung – Probleme, Göttingen 1986. Kocka bezeichnete es in diesem Text als „im Grunde bedauerlich, wie rasch in den letzten Jahren marxistische Begriffe, Titel und Argumente aus den zeitkritischen Debatten, aus den gängigen Taschenbuchreihen und den sozialwissenschaftlichen Lehrveranstaltungen verschwunden sind“ (S. 150) und prognostizierte unter Hinweis auf „verschiedene Arbeiten von Volkskundlern aus der DDR“: „Wenn es gelingt, marxistische Grundpositionen mit kulturgeschichtlichen Interessen zu verknüpfen und gleichzeitig sozialökonomischen Determinismus zu vermeiden, ist die Chance zur fruchtbaren Verbindung von Sozial- und Kulturgeschichte besonders groß“ (S. 157 f.).

10 Streitgespräch mit Stefan Wolle, in: Wochenpost vom 28. Oktober 1993.

6 Vgl. u. a. Klaus Schroeder/Jochen Staadt, Der diskrete Charme des Status quo. DDR-Forschung in der Ära der Spannungspolitik, Berlin 1992; veröffentlicht auch in: Leviathan, (1993) 1; Jens Hacker, Deutsche Irrtümer. Schönfärber und Helfershelfer der SED-Diktatur im Westen, Berlin-Frankfurt/Main 1992; Wolfgang-Uwe Friedrich, Bürokratischer Totalitarismus. Zur Typologie des SED-Regimes, in: German Studies Review, Fall 1994.

7 Christoph Kleßmann/Martin Sabrow, Zeitgeschichte in Deutschland nach 1989, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 39/96, S. 11.

Staatswesen bzw. Herrschaftsgebiete war der Normalfall deutscher Geschichte, das Projekt der deutschen Nationalstaatsbildung in der Mitte Europas hatte von Anfang an große ‚Kosten‘ und mittelfristig katastrophale Folgen.“¹¹

Es wurde im Verlauf dieser SED-SPD-Historikerkonferenz aber kein sonderlicher Wert darauf gelegt, Argumente für die Existenz einer systemübergreifenden deutschen Nation beizubringen, und es wurde auch kein Wert darauf gelegt, neben der vielbeschworenen „Verantwortungsgemeinschaft“ für den Frieden jener vorsichtig, aber immerhin doch gestellten Frage Jürgen Kockas nachzugehen, ob man „vielleicht ... auch gemeinsame Verantwortung gegenüber anderen Normen menschlichen Zusammenlebens wie Freiheit und Pluralismus, Demokratie und soziale Gerechtigkeit“¹² habe. Die SED-Seite hatte an einer solchen Diskussion aus verständlichen Gründen kein gesteigertes Interesse, und die sozialdemokratisch orientierten Historiker rückten diese Angelegenheit gleichfalls nicht weiter in den Vordergrund, geschweige denn etwa den „Beitrag, den die Kommunisten zur Zerstörung der Weimarer Republik geleistet haben“¹³.

Im Jahre 1988 zog Christoph Kleßmann ein Resümee der „deutschen Nachkriegsgeschichte bis 1970“ und meinte, Adenauers Konzept der Vereinbarkeit von Westorientierung und Wiedervereinigung sei eklatant gescheitert: „Die endgültige Spaltung der Nation in zwei Staaten gehört zur Bilanz der Regierungszeit Konrad Adenauers ebenso wie Walter Ulbrichts.“¹⁴ Auch nach dem Ende des SED-Regimes und der von der Bevölkerung gewählten Wiedervereinigung sprach Kocka hinsichtlich „der deutschen Zweistaatlichkeit“ immer noch von „ihrem zwingenden Charakter und ihrer breiten Akzeptanz auf beiden Seiten“¹⁵. Auf der anderen deutschen Seite, in der DDR, war man sich vor 1989 in dieser Angelegenheit nicht so

sicher. Man hatte durchaus registriert, daß neben der Akzeptanz der deutschen Teilung eine wachsende gegenläufige Tendenz zu verzeichnen war. Es ist auch ohne Schwierigkeiten der zeitgenössischen westlichen Fachliteratur zu entnehmen, daß es sowohl unter den westdeutschen Historikern als auch im Bereich der spezifischen DDR-Forschung über den „zwingenden Charakter“ der deutschen Zweistaatlichkeit erhebliche Differenzen gab. Es war eben nicht nur ein der Historikerkunft entwachsener Bundeskanzler, der in öffentlichen Reden und praktischer Politik von einer nach wie vor offenen deutschen Frage ausging. Man muß diese Position seinerzeit nicht geteilt haben, um sie heute gleichwohl als historische Tatsache zu würdigen.

Zwei im Oktober 1986 als Beobachter der SED zum 36. Historikertag nach Trier angereiste DDR-Historiker, Gerhard Lozek (Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED) und Klaus Vetter (Humboldt-Universität), hatten jedenfalls in dieser Frage eine recht eindeutige Vorstellung vom Frontverlauf in der westdeutschen Geschichtswissenschaft und Politik. Lozek zeichnete verantwortlich für eine 1980 am SED Institut für Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung im „Forschungsbereich bürgerliche Historiographie und geschichtsideologische Auseinandersetzung“ entstandene „Studie zu gegenwärtigen Haupttendenzen der bürgerlichen Historiographie der BRD zur Geschichte des deutschen Volkes, der DDR und der SED“. Diese Studie konstatierte für die westdeutsche Geschichtswissenschaft eine „deutlichere Profilierung konservativer Strömungen einerseits sowie liberaler und sozialreformerischer Strömungen andererseits“; es sei ferner „ein Anwachsen realistischer Geschichtsauffassungen ... hauptsächlich auf dem linken Flügel der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften festzustellen“. Die „Gesellschaft für Deutschlandforschung“ hingegen stufte die SED-Experten als Koordinationszentrum gegen die bis Mitte der siebziger Jahre vorherrschenden „liberalen und sozialreformistischen Kräfte“ ein¹⁶.

Lozek und Vetter besuchten auf dem Historikertag u. a. eine Podiumsdiskussion über die konzeptionellen Vorstellungen für das von der Bundesre-

11 Jürgen Kocka, Prinzipielle Unterschiede – gemeinsame Probleme, in: S. Miller/M. Ristau (Anm. 9), S. 32. Näheres dazu im Briefwechsel zwischen Jürgen Kocka und Klaus Schroeder/Jochen Staadt, abgedruckt in: Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat der FU, (1996) 2, S. 105 ff.

12 J. Kocka (Anm. 11), S. 32.

13 Heinrich August Winkler, Kein Bruch mit Lenin: Die Weimarer Republik aus der Sicht von SED und PDS; in: Rainer Eckert/Bernd Faulenbach (Hrsg.), Halbherziger Revisionismus: Zum postkommunistischen Geschichtsbild, München u. a. 1996, S. 20.

14 Christoph Kleßmann, Zwei Staaten, eine Nation. Deutsche Geschichte 1955–1970, Bonn 1988, S. 469.

15 Jürgen Kocka, Die Geschichte der DDR als Forschungsproblem, Erstveröffentlichung Potsdam 1993, zit. nach: ders., Vereinigungskrise. Zur Geschichte und Gegenwart, Göttingen 1995, S. 86.

16 Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Studie zu gegenwärtigen Haupttendenzen der bürgerlichen Historiographie der BRD zur Geschichte des deutschen Volkes, der DDR und der SED. Schlußfolgerungen für eine offensive Auseinandersetzung, November 1980, Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR beim Bundesarchiv (SAPMO-BArch), DY 30/IV B 2/2024/4, Bestand Büro Kurt Hager.

gierung geplante Deutsche Historische Museum zu Berlin. In ihrem Bericht an die Abteilung Wissenschaft beim ZK der SED hielten sie für bemerkenswert, daß die Sympathie der derzeitigen Leitung des Historikerverbandes „nicht bei den reaktionären konservativen Kräften“ liege. Seit 1949 habe man es „noch nie mit einem solch liberalen und aufgeschlossenen Vorstand zu tun“ gehabt, „die Mehrheit der nichtmarxistischen Historiker der BRD, auch der VHD-Vorstand und einige Mitglieder der Sachverständigenkommission“ stünden, was die Einrichtung des Deutschen Historischen Museums betrifft, „den konservativen Bestrebungen um die Museumsgründung äußerst mißtrauisch und distanziert gegenüber“. Gerade letzteres war sehr bedeutsam für die SED-Beobachter, denn sie hegten die Befürchtung, „die herrschenden konservativen Kreise und die ihnen nahestehenden Historiker wollen Geschichtsdarstellung und Geschichtsbewußtsein rigoros in den Dienst ihrer nationalistischen Zielsetzung vor allem in der sog. Deutschlandpolitik stellen“. Problematisch war für die Beobachter aus der DDR dabei vor allem, daß mit dem geplanten Museum in Berlin „der nationalistische gesamtdeutsche Anspruch nicht aufgegeben, sondern wesentlich verstärkt werden“ sollte¹⁷. DDR-Historiker beurteilten demnach 1986 die westdeutschen Historiker differenzierter, als dies die ersten Historisierungsbemühungen beteiligter westlicher Zeitgenossen erkennen lassen, die sich für ihre Zeitgeschichtsschreibung „die Teilung als Interpretationsrahmen“¹⁸ wählten.

Geschichtswissenschaft als Nebenaußenpolitik

Auf DDR-Seite waren weite Felder der Historiographie primär einer politisch und ideologisch bestimmten Aufgabenstellung unterworfen¹⁹. In

17 Hannes Hörnig, Hausmitteilung an Kurt Hager, Anlage „Bericht über die Teilnahme am 36. Historikertag der BRD vom 8. bis 12. 10. 1986 in Trier“, SAPMO-BArch DY 30/vorl. SED 40128, Bestand Büro Kurt Hager.

18 J. Kocka (Anm. 15), S. 87.

19 Vgl. u. a. Ilko-Sascha Kowalczyk, Die DDR-Historiker und die deutsche Nation, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 39/96, S. 22 ff.; Ulrich Neuhauser-Wespy, Die SED und die Historie. Die Etablierung der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft der DDR in den fünfziger und sechziger Jahren, Bonn 1996; ders., Geschichtswissenschaft unter der SED-Diktatur. Die Durchsetzung der Parteilinie in den fünfziger Jahren, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 39/96, S. 15 ff.

der Außendarstellung der Zunft galt dies erst recht. DDR-Historiker waren bei ihren Auftritten im westlichen Ausland verpflichtet, die Außenpolitik des Regimes zu vertreten. Ein differenziertes Auswahl- und Entsendeverfahren für dienstreisende Wissenschaftler sowie das ausgefeilte Berichtswesen und gegenseitige Kontrollen durch offiziell mitreisende Kollegen und inoffiziell anwesende Beobachter trugen neben der freiwilligen Selbstverpflichtung der „Reisekader“ dazu bei, daß dem weitgehend Genüge getan wurde. Auf seiten der Bundesrepublik erhielten Historiker für ihre Auslandsaufenthalte in der Regel keine besonderen außenpolitischen Verhaltensmaßregeln. Um so erstaunlicher ist es, daß sich westdeutsche Geschichtswissenschaftler nicht nur während ihres Aufenthaltes in einem Gastland wie der DDR den dortigen Gepflogenheiten und Ordnungsvorstellungen unterwarfen – das ist verständlich und schon aus Gründen der Höflichkeit geboten –, sondern auch ihre fachwissenschaftlich selbst zu verantwortenden Interpretationen von Geschichte freiwillig in eine entsprechende „zeitgebundene politische Dimension“²⁰ einordneten. In den siebziger Jahren, als der innenpolitische Streit in der Bundesrepublik um die tatsächlichen oder angeblichen Berufsverbote kreiste, war viel von der „Schere im Kopf“ die Rede. Warum, so ist zu fragen, schritten viele westdeutsche Sozialwissenschaftler und Historiker des linken Spektrums bei ihrem Blick auf die DDR so entschlossen zur Selbstamputation ihres doch an Diktaturen in aller Welt so geschärften Menschenrechts- und Unrechtsbewußtseins?

Kurz vor dem von SED und SPD vereinbarten „Streit der Ideologien“ tobte in der Bundesrepublik der „Historikerstreit“. Hierbei fiel auf, zu welcher harter, zuweilen aber auch hochdifferenzierter Auseinandersetzung mit tatsächlichen oder auch nur befürchteten Versuchen einer Sinnstiftung durch Nationalgeschichte westdeutsche Geschichtswissenschaftler in der Lage waren²¹. Eine auch nur annähernd vergleichsweise Entschlossenheit bzw. Sensibilität einiger Streitbeteiligter gegenüber der umfassend auf parteiliche Sinnstiftung verpflichteten DDR-Geschichtsschreibung hätte den „Streit der Ideologien“ – zumal im Vergleich – tatsächlich zu einer spannenden Angelegenheit werden lassen.

Bei den zahlreichen deutsch-deutschen Historikertreffen in Ost und West tauschten ausgewählte

20 C. Kleßmann/M. Sabrow (Anm. 7), S. 11.

21 Vgl. u. a. „Historikerstreit“. Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der national-sozialistischen Judenvernichtung, München 1987.

Gesprächspartner überwiegend Artigkeiten aus und blieben weit unterhalb des Streitniveaus der bundesdeutschen Geschichtskontroversen. Anlaß zu angemessener Aufregung hätte es indes eigentlich immer wieder gegeben. So etwa im Februar 1985, als DDR-Historiker Kurt Finker auf einer Fachtagung in Passau über „Widerstand und Geschichte des Widerstandes in der Forschung der DDR“ sprach. Finker referierte bei dieser Gelegenheit nicht nur die parteifromme Interpretation der KPD-Volksfrontpolitik seit 1935, er erlaubte sich auch eine dreiste Verharmlosung der zu Millionen von (verschwiegenen und heute weitgehend vergessenen) Opfern führenden kommunistischen Massenmorde jener Zeit. „Über die schädlichen Auswirkungen des Personenkults um Stalin und die damit im Zusammenhang stehenden Verletzungen der Gesetzlichkeit“ sei bereits viel geschrieben und gesagt worden, erklärte Finker, „aber darin besteht doch nicht das Wesentliche der Geschichte der Sowjetunion in den dreißiger Jahren. Die Kommunisten glaubten an die Sowjetunion, das ist wahr, und die Zerschlagung des deutschen Faschismus vor allem durch die Sowjetunion“ habe bewiesen, „daß es kein illusionärer Glaube war, sondern daß er sich auf die realen Tatsachen des sozialistischen Aufbaus stützen konnte“²².

Finker legte in seinem Referat auch die Auswahlkriterien der Sinnstiftung offen, unter denen er und seine DDR-Kollegen, wie er es nannte, „Traditionspflege“ betrieben. „Diese Auswahl geschieht selbstverständlich auch nach politischen Gesichtspunkten im Sinne der Entwicklung des sozialistischen Geschichtsbewußtseins.“²³ Letzteres werde „wesentlich bestimmt durch den politischen Charakter des Staates, trägt also Klassencharakter“²⁴. Besonders bemerkenswert an Finkers Referat war nicht nur sein marxistisch-leninistischer Rekurs, sondern auch die Einordnung der Widerstandskämpfer um Claus Schenk Graf von Stauffenberg als historische Vorboten „einer Art Koalition der Vernunft. Nur eine solche, über politische Klassengrenzen hinausreichende Koalition der Vernunft kann heute den Gefahren der imperialistischen Hochrüstungs- und Konfrontationspolitik wirksam begegnen – darin liegt das Vermächtnis der Gefallenen.“²⁵

22 Kurt Finker, Widerstand und Geschichte des Widerstandes in der Forschung der DDR, in: Deutschland Archiv, 19 (1986) 7, S. 712 f. Vgl. dagegen Ralf Stettner, „Archipel GULag“: Stalins Zwangslager, Terrorinstrument und Wirtschaftsgigant, Paderborn 1996.

23 K. Finker, ebd., S. 710.

24 Ebd., S. 711.

25 Ebd., S. 721.

Finkers Passauer Referat erschien im Juli 1986 als Vorabdruck aus dem Tagungsband in der Zeitschrift „Deutschland Archiv“. Bekannt war der DDR-Historiker in der Bundesrepublik als Biograph Stauffenbergs, als Autor einer Darstellung Moltkes und des Kreisauer Kreises; wenig zu Kenntnis genommen wurde dagegen seine 1981 erschienene und ausfallend dogmatische „Geschichte des Roten Frontkämpferbundes“. Alle diese Bücher enthalten neben der geschichtswissenschaftlichen Analyse immer auch DDR-typische Versuche, die Bundesrepublik in die Tradition der antisowjetischen Konzeption Karl Goerdelers zu rücken und den Grafen von Stauffenberg für die DDR zu reklamieren. Zeitgebunden erfolgten jeweils Überarbeitungen einzelner Interpretationen.

Was 1967 noch klar war – „Der Name Stauffenberg dient dazu, der Bonner Nazigenerationalität ein antifaschistisches Alibi zu verschaffen“²⁶ –, mußte 1977 differenziert werden: „Es wurde schon darauf hingewiesen, daß im Zusammenhang mit der ‚neuen Ostpolitik‘ flexiblere Erscheinungsformen des Antikommunismus sichtbar wurden... Nun sieht sich aber der einfache Bundeswehrosoldat der Situation gegenüber, daß nicht die früheren antinazistischen Oppositionellen, sondern in erster Linie Hitlers Durchhalteoffiziere den Ton angeben, und hieran hat sich unter sozialdemokratischen Ministern nichts geändert.“²⁷ Generell blieb bis zum Nachrüstungsbeschluß der NATO am 12. Dezember 1979 das ideologische Propagandarakter des DDR-Historikers relativ grobschlächtig: „Viele der ehemaligen Kreisauer ordneten sich in Staat und Gesellschaft der imperialistischen westdeutschen Bundesrepublik und Westberlin ein.“²⁸ Nachdem 1980 die „Generale für den Frieden“ in den bündnispolitischen Konzepten der SED-Westpolitik eine Rolle zu spielen begannen, bevorzugte die bislang hartkörnig orientierte marxistisch-leninistische Geschichtswissenschaft recht bald weichzeichnendes Material. Nach zügigem Perspektivwechsel fiel ein wesentlich milderer Blick auf die westdeutschen Erben des militärischen Widerstands.

Seit mit dem Ende des Ostblocks der Frieden nicht mehr durch „hohe Gefechtsbereitschaft und Wirkungsfähigkeit“ von „bewaffneten Kräften der Republik“ geschützt werden muß und die „Erzie-

26 Kurt Finker, Stauffenberg und der 20. Juli 1944, Berlin 1967, S. 313.

27 Ders., Stauffenberg und der 20. Juli 1944, Köln 1977, S. 400 f.

28 Ders., Graf Moltke und der Kreisauer Kreis, Berlin 1978, S. 275.

hung der Werktätigen zur revolutionären Wehrhaftigkeit“ für den Historiker keine „unabdingbare Notwendigkeit“²⁹ mehr ist, hat Finker sich „neu positioniert“, wie man in der DDR zu sagen pflegte, und 1993 und 1994 ums größte bereinigte Ausgaben seiner Stauffenberg- und Moltke-Bücher veröffentlicht³⁰. In die neue „zeitgebundene politische Dimension“ gebracht, nahm beispielsweise Karl-Eduard von Schnitzler nunmehr nach 1945 „am Neuaufbau in West- und Ostdeutschland teil“ – in der 1978er Ausgabe war er noch „aktiv am demokratischen Neuaufbau der DDR“³¹ beteiligt. Über Horst von Einsiedel, der sich nach dem 20. Juli 1944 erfolgreich seiner Verhaftung entziehen konnte und 1945 am Aufbau der Wirtschaftsverwaltung des Berliner Magistrats teilnahm, ist in der 1978er Ausgabe nachzulesen, sowjetische Sicherheitsorgane hätten ihn 1945 „auf Grund seiner Beziehungen zum Geheimdienst der USA“ in Haft genommen, „aus der er nicht zurückkehrte“. 1993 heißt es über von Einsiedels Schicksal: „Die Hintergründe seiner Verhaftung und die Umstände seines Todes konnten bisher nicht aufgeklärt werden.“³² Tatsächlich aber starb Horst von Einsiedel im Jahre 1948 in einem sowjetischen Internierungslager, dem vormaligen KZ Sachsenhausen. Die Desinformationspolitik vormals kommunistischer Geschichtsschreibung scheint sich also noch immer fortzusetzen.

Geschichtswissenschaft als Desinformation

Nun gehört bekanntlich eine auf neue Quellen bzw. Neuinterpretation bekannter Überlieferungen gestützte Revision bisheriger Gewißheiten oder Wertungen zum Beruf des Historikers. Im Falle Kurt Finkers verhält sich die Sache jedoch komplizierter. Er war nämlich neben seinem Beruf als Historiker nicht nur der SED und den bewaffneten Kampfgruppen der Arbeiterklasse verpflichtet, sondern seit 1969 auch Inoffizieller Mitarbeiter (IM „Hans“) des Ministeriums für Staatssicherheit³³. Im Verlauf seiner Westreisen

erfüllte er über viele Jahre auch Sonderaufgaben der von Markus Wolf geleiteten Hauptverwaltung Aufklärung (HVA), insbesondere Aufträge der HVA-Unterabteilung X „Aktive Maßnahmen“ – sprich Desinformation³⁴.

„Bedingt durch seine Forschungen zu Fragen des Widerstandes und der Probleme des 20. Juli 1944 sowie seine 1968 durchgeführte Reise in die BRD hatte ‚Hans‘ eine Reihe Kontakte zu Überlebenden bzw. Nachfahren von Teilnehmern der Bewegung des 20. Juli.“³⁵ Seit 1976 wurde Finker deswegen auch von der HVA beansprucht und auf „die zielgerichtete Bearbeitung von Führungskräften der CDU/CSU in der BRD vorbereitet“. Insbesondere sollte es zunächst darum gehen, „Kontakte zu Hinterbliebenen des Kreises um Stauffenberg aufzunehmen bzw. neu zu beleben. Ziel ist eine Verbindung zu einem Sohn Stauffenbergs, der im Rahmen der CSU für die Deutschland- und Ostpolitik verantwortlich ist.“³⁶ Die SED hatte den ehemaligen Hitlerjungen Kurt Finker zu diesem Zeitpunkt bereits die rückwärtsgewandte Absolution erteilt und ihn in das „Bezirkskomitee der antifaschistischen Widerstandskämpfer“ berufen. Von der HVA erhielt Finker nun auch einen neuen, seiner Aufgabenstellung angemessenen Decknamen, IM „Hans“ wurde geheimdienstlich in den Adelsstand erhoben und zum IM „Baron“ ernannt. Auf „Baron“ gehen diverse überlieferte HVA-Informationen zurück; seine im Westen gesammelten „Erkenntnisse“ wurden etwa als „interne Auswertung“ unter Überschriften wie „Zur

34 Aufgabenstellung der Abteilung X der HVA war: „Organisation ‚politisch-aktiver Maßnahmen‘, insbesondere spezifischer Maßnahmen zur Desinformation und der Aufklärung sowie Bearbeitung von bedeutsamen Medieneinrichtungen und wichtigen Journalisten der Bundesrepublik Deutschland, Lancierung von bearbeiteten Materialien (Dokumente, Briefe, Informationsdienste u. ä.) und (finanzielle) Unterstützung von Publikationen, Einsatz von Einflußagenten.“ Vgl. Anatomie der Staatssicherheit, Die Organisationsstruktur des Ministeriums für Staatssicherheit 1989, bearbeitet von Roland Wiedmann, Abteilung Bildung und Forschung des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Berlin 1995, S. 365.

35 So Oberleutnant Klose, Abteilung XX/3 der Potsdamer Bezirksverwaltung des MfS, in der „Einschätzung IM ‚Hans‘, Reg.-Nummer: XV/2089/69“ vom 25. 1. 1974, Fundstelle: BStU, MfS (Potsd.) AIM 1531/87/I, Bd. 1, Blatt 269.

36 Hauptmann Klose am 10. 2. und 31. 9. 1976, ebd., Bd. 2, Blatt 6 und 23. Neben Klose zeichneten für diese Angelegenheit zwei Offiziere verantwortlich, deren Namen ebensogut einen Gesellschaftsroman zieren könnten: Als Leiter der Potsdamer IXX/3 unterschrieb Oberstleutnant Unrath, für die HVA/X/5 war der Mitarbeiter 550, Hauptmann Wohllebe, zuständig.

29 Ders., Geschichte des Roten Frontkämpferbundes, Berlin 1981, S. 252.

30 Ders., Graf Moltke und der Kreisauer Kreis, Berlin 1993; ders., Der 20. Juli 1944. Militärputsch oder Revolution, Berlin 1994.

31 Ders. (Anm. 28), S. 55 und (Anm. 30), S. 78.

32 Ders. (Anm. 28), S. 278 und (Anm. 30), S. 306.

33 Vgl. Rainer Eckert, Widerstand und Verrat, in: Horch und Guck. Historisch-literarische Zeitschrift des Bürgerkomitees „15. Januar“, (1997) 1, S. 30 ff.

CDU/CSU und der Friedensbewegung in der BRD³⁷ weiterverarbeitet.

Neben einschlägigen, zum Teil auch „bearbeiteten“ Gestapo- und KGB-Akten, mit denen die Abteilung X der HVA in den sechziger Jahren u. a. Kampagnen gegen Bundespräsident Heinrich Lübke, Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger und den SPD-Fraktionsvorsitzenden im Deutschen Bundestag, Herbert Wehner³⁸, angereichert hatte, verfügte man dort auch über Aktenmaterial der Gestapo und andere NS-Überlieferungen zum militärischen Widerstand sowie Fotos der Familie Graf von Stauffenbergs und wartete seit geraumer Zeit „auf die Gelegenheit, mit ihrer Hilfe vielleicht einmal einen gewinnbringenden Kontakt herstellen zu können“³⁹. Mit „Baron“ Finker hatte man jetzt einen Mitarbeiter gewonnen, der gut legendiert für „eine langfristige Aufgabe im Operationsgebiet“ durch „systematische und gründliche Schulung zu Personen- und Regimefragen sowie anderen Details zur Innenpolitik der BRD“⁴⁰ auf seine Einsätze vorbereitet wurde, um solche Kontakte zu realisieren.

Finker berichtete in der Folgezeit seinen geheimen Auftraggebern über seine Besuche bei Angehörigen der von den Nazis ermordeten Mitglieder des militärischen Widerstandes. Für die Desinformationsexperten von zunehmendem Interesse waren ohne Zweifel seine Detailinformationen über politische Kontroversen oder auch familiäre Konflikte, die ihm während seiner persönlichen Gespräche zur Kenntnis gelangten. Auch die vielen Einladungen, die er von westdeutschen Historikern erhielt, hat der Potsdamer „Baron“ seinen Gastgeber schlecht gedankt. Er lieferte seinen Führungsoffizieren detaillierte Einschätzungen über deren interne Querelen, Konkurrenzen, Familienverhältnisse, Karrierepläne etc. und sondierte ihre nachrichtendienstliche Tauglichkeit bzw. Möglichkeiten der Abschöpfbarkeit und Beeinflussung seiner westlichen Ansprechpartner.

Noch wichtiger wurde er allerdings, als die HVA die Aufgabe erhielt, aktiv in die westdeutsche Friedensbewegung hineinzuwirken und Initiativen wie die „Generale für den Frieden“ zu fördern. Die

HVA-Abteilung Aktive Maßnahmen arbeitete im Frühjahr 1983 mit einer vom Historiker Finker verfaßten Studie, in der die Konstellation im Deutschland des Sommers 1939 mit den strategischen Konzeptionen der Reagan-Administration verglichen wurde. Die Botschaft des Machwerk lautete: Ebenso wie seinerzeit Hitler und seine Umgebung glaubten „Reagan und sein Stab diese ihre eigenen Lügen und Wahnvorstellungen selbst“. Henning von Tresckow habe Hitlers Kriegsentscheidung gegen die Sowjetunion als „Vermessenheit eines großen Dilettanten“ bezeichnet. Er und andere hätten damals bewiesen, daß es Generale und Offiziere gab, „denen die Sorge um das Schicksal des Volkes der höchste moralische Wert war. Die ‚Generale für den Frieden‘ von heute haben historische Vorbilder.“ Den politischen Verwendungszweck der Studie vermerkte Hauptmann Klose handschriftlich am 20. April 1983 in unnachahmlichem Stasi-Deutsch: „Einfließen der Erkenntnisse in Friedensbewegung in Westeuropa, besonders in milit. Bereichen, um die bekannten Aktivitäten ‚Generale für den Frieden‘ weiter zu aktivieren.“⁴¹

Westdeutsche Historiker, die sich in einem akademischen Diskurs mit einem DDR-Kollegen wählten, beurteilten die von Finker vertretenen Positionen als „selbstkritische Korrekturen der älteren Forschung von Historikern der DDR“, die eine „wissenschaftliche Auseinandersetzung über zentrale Themen der deutschen Zeitgeschichte möglich“ machten. Die neuen Thesen des DDR-Historikers über den Widerstand des „demokratischen Bürgertums“ wertete man als „anregend“, denn sie unterschieden „sich in vieler Hinsicht von Neubewertungen des konservativen Widerstands in der westdeutschen Geschichtswissenschaft und Publizistik“⁴². Die „Neubewertung“ des konservativen Widerstandes durch Kurt Finker entsprang – für das zeitgenössische westliche Vorverständnis schwerlich faßbar – nicht einem historiographischen, sondern einem erstrangig politischen und zudem geheimdienstlichen Begründungszusammenhang. Es ergab sich so – Annäherung durch Wandel – die absurde Situation, daß ein Teil der westlichen Fachwelt genau dort eine Differenzierung bei der DDR-Historikerschaft vermutete, wo im geheimdienstlichen Auftrag vielmehr eine Differenzierung der westlichen Seite angestrebt wurde, um auf der Ebene der Geschichtswissen-

37 Dieses Papier der HVA/Abt. X/4 vom 17. 12. 1981 findet sich in: BStU, MfS (Potsd.) AIM 1531/87/II Bd. 3, Blatt 383–386.

38 Vgl. u. a. Jochen Staadt, Die SED-Kampagne gegen Herbert Wehner, in: Deutschland Archiv, 27 (1994) 4.

39 Vgl. die Erinnerungen der beiden ehemaligen Oberstleutnants der HVA, Günter Bohnsack und Herbert Brehmer, Auftrag: Irreführung. Wie die Stasi Politik im Westen machte, Hamburg 1992, S. 158 f.

40 Hauptmann Klose (Anm. 36).

41 Der Vermerk und die Studie finden sich in: BStU, MfS (Potsd.) AIM 1531/87/II Bd. 3, Blatt 22 ff.

42 Peter Steinbach, in: Die Mahnung, Zentralorgan demokratischer Widerstandskämpfer und Verfolgten-Organisationen, Nr. 5 vom 1. 5. 1985.

schaft die „Koalition der Vernunft und des Realismus“ mit den „positiven Kräften“ in der westdeutschen Historikerzunft zum Tragen zu bringen⁴³.

Der Spielraum für Interventionsmöglichkeiten der eigenen Geschichtspolitik wurde in internen Einschätzungen von den zuständigen politischen Instanzen im ZK der SED ausgelotet, so im Zusammenhang der Widerstandsforschung nach der internationalen Konferenz anlässlich des 40. Jahrestages des Attentats vom 20. Juli 1944. Kurt Hager, im SED-Politbüro und ZK-Sekretariat für Kultur und Wissenschaft zuständig, erhielt unmittelbar nach dem Ende dieser Veranstaltung eine Analyse seiner Experten. Darin wurde die Konferenz in diejenigen „Bestrebungen in der BRD-Geschichtsideologie eingeordnet“, die bemüht seien, „das Geschichtsbild der BRD flexibler zu gestalten und in Richtung auf eine Integration weiterer progressiver Kräfte auszudehnen. Dabei spielen nach wie vor die sozialreformerischen Historiker die vorwärtstreibende Rolle.“ Es wurde genau registriert, welche Historiker aus SED-Sicht bemüht seien, die Rolle der KPD im Widerstand sachlicher zu beurteilen und welche nicht: „Von Mommsen, Sywottek, Kleßmann, Steinberg und Steinbach, die sich um eine betont sachliche Sicht der KPD bemühten, müssen Hermann Weber und Detlev Peukert abgehoben werden, die scharf und z. T. aggressiv altbekannte Thesen wiederholten.“⁴⁴ Solche Einschätzungen bildeten die Grundlage für weitere koordinierte, differenzierende Missionen von Reisekadern im Westen.

Einladungen, die Kurt Finker in dieser Zeit aus der Bundesrepublik erhielt, übergab er seinen Führungsoffizieren. Von der HVA wurden sie dann dahingehend geprüft, ob sie „operativ bedeutsam“ waren und/oder „aus politischen Gründen wahrge-

nommen werden“⁴⁵ sollten. In seinen Notizen über ein Treffen mit Kurt Finker hielt der zuständige MfS-Offizier fest: „Auf der Grundlage einer Beratung in der HVA macht sich ein intensiver Einsatz des IM im Zusammenhang der Aufarbeitung von Differenzierungsprozessen in bürgerlichen Schichten, Angehörigen und Nachfahren bürgerlicher Widerstandskreise des 3. Reiches notwendig.“⁴⁶ Im Auftrag der HVA nahm Finker dann im Oktober 1984 sogar eine Einladung des Ostkollegs der Bundeszentrale für politische Bildung zu einer Tagung über den „Widerstand gegen den Nationalsozialismus, Auseinandersetzung und Bedeutung in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR“ an. Gut fünf Jahre zuvor hatte er es wegen der „antikommunistischen und Anti-DDR-Stoßrichtung der ‚Bundeszentrale‘“ noch abgelehnt, als „Vorzeigediot“ in einem Sammelband vertreten zu sein⁴⁷, der die Beiträge einer von Christoph Kleßmann in Bielefeld mitveranstalteten Tagung über „Widerstand gegen den Nationalsozialismus“ enthalten sollte⁴⁸.

In seinen Büchern hatte sich Finker darüber empört, daß der militärische Widerstand gegen das Hitler-Regime in der Bundesrepublik mißbraucht würde, um den „herrschenden Kreisen eine antinazistische Legitimation zu verschaffen“. Er nannte es auf die Spitze getriebene Demagogie, daß „auch Stauffenberg in den Kreis solcher Bemühungen einbezogen wird, wenn etwa Bundeswehr-Kasernen die Namen von Stauffenberg, Delp, Leber und Tresckow erhalten haben“⁴⁹. Eberhard Zeller, der mit seinem Buch „Geist der Freiheit“ 1952 ein frühes Standardwerk über den 20. Juli 1944 vorgelegt hatte, wurde von Finker „der politischen Leichenfledderei“⁵⁰ geziehen, weil er in der 5. Auflage seines Buches 1965 die ermordeten Widerstandskämpfer „als Zeugen gegen Unterdrückung und Lüge jenseits der Mauer“ bezeichnet hatte.

43 Kritische Beobachter haben das seinerzeit auch ziemlich genau erkannt. Vgl. Peter Jochen Winters, Die DDR revidiert ihr Geschichtsbild. Henning von Tresckow gewürdigt, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 9. Januar 1986. Winters interpretierte dort einen in der Ost-Berliner „National-Zeitung“ publizierten Artikel zum 85. Geburtstag von Tresckows im Kontext der von Honecker beschworenen „Koalition der Vernunft“.

44 Information an Kurt Hager über die internationale Konferenz in Westberlin zum Thema „Die deutsche Gesellschaft und der Widerstand gegen Hitler. Eine Bilanz nach vierzig Jahren“, in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/1004/2, Bestand Internationale Politik und Wirtschaft. Vgl. Peter Steinbach/Jürgen Schmäddeke (Hrsg.), Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus, München 1985. Dort Hermann Weber, Die Ambivalenz der kommunistischen Widerstandsstrategie bis zur „Brüsseler“ Parteikonferenz, sowie Detlev J. K. Peukert, Volksfront und Volksbewegungskonzept im kommunistischen Widerstand – Thesen.

45 Vermerk des Hauptmann Klose über das Treffen mit IM „Hans“ (Kurt Finker) am 14. September 1984 (Anm. 36), Blatt 92.

46 Ebd., Blatt 91.

47 Schreiben Kurt Finkers an Falk Pingel vom 29. 1. 1979, ebd., Bd. 2, Blatt 192 f.

48 Finker zog in seinem Tagungsbericht das Fazit: „Der Verlauf der Tagung zeigte, daß in der wissenschaftlich-ideologischen Auseinandersetzung durchaus Verbündete zu gewinnen sind“, und empfahl, man müsse „beim Herantreten an diese Personen differenzierter vorgehen, als dies häufig noch geschieht“. Ebd., Blatt 170.

49 K. Finker (Anm. 26), S. 327.

50 Ebd., S. 333. Eberhard Zeller hat jüngst „zur Wiedervereinigung Deutschlands und zum 50. Jahrestag des 20. Juli“ eine beeindruckende Stauffenberg-Biografie vorgelegt. Vgl. Eberhard Zeller, Oberst Claus Graf Stauffenberg. Ein Lebensbild, Paderborn u. a. 1994.

Der Mauerfall rückte das Verfallsdatum der von der DDR-Geschichtswissenschaft formulierten und propagierten „historischen Wahrheiten“ aus der Zukunft in die Gegenwart zurück; er verschob zudem nachhaltig die „zeitgebundene politische Dimension“ auf der westlichen Seite. Heute wird recht viel über die materiellen Kosten der Einheit geklagt; der Preis, der in den vorrevolutionären Zeiten für Historikerkompromisse entrichtet wurde, gerät dabei leicht aus dem Blick. Im Zusammenhang dieses Textes ist das u. a. die Frage, welche Folgen konkret die koordinierte Westpolitik von SED und MfS, in die Agenten wie Finker im Historikergewande eingebunden waren, nun eigentlich zeitigten. Dies mag ein weiteres Beispiel aus der Geschichtsschreibung über den Widerstand verdeutlichen, geht es dabei doch um einen Kernbereich der Selbstlegitimation der SED-Diktatur.

Die Verantwortungsgemeinschaft der Historiker

Am 8. April 1988 erhielt Kurt Hager ein „Gutachten zur Ausstellung Topographie des Terrors – Gestapo, SS und Reichssicherheitshauptamt auf dem ‚Prinz-Albrechts-Gelände‘ in Berlin-West“. Das Gutachten hatte die Frage zu beantworten, ob die Ausstellung in Ost-Berlin gezeigt werden könne. Der Verfasser bescheinigte den für die Ausstellung verantwortlichen West-Berliner Historikern, „daß sie von einem eindeutigen Antifaschismus ausgegangen sind, keinerlei Rechtfertigungen für den Faschismus aufzubringen versuchten und um eine progressive Aufarbeitung der Geschichte der Jahre von 1933 bis 1945“ bemüht seien. Die Bild- und Textdokumentation über politische Gefangene enthalte allerdings neben Kommunisten wie Georgi Dimitroff, Ernst Thälmann, Erich Honecker und Sozialdemokraten wie Rudolf Breitscheid und Julius Leber auch „Personen, die von unserer Geschichtsschreibung nicht zum unmittelbaren Widerstand gerechnet werden“. Aufgeführt wurden u. a. Admiral Wilhelm Canaris sowie „Politiker, die sich besonders im ‚Kalten Krieg‘ gegen die DDR ausgezeichnet hatten“ wie Dahrendorf, Schumacher, Franz Neumann und auch Konrad Adenauer. „Die Darstellung und die Auswahl von Namen ist trotz der genannten ‚problematischen‘ auch für uns annehmbar, wenn wir davon ausgehen, daß die Ausstellung letztlich auf einer nichtmarxistischen Konzeption beruht. Nicht zu akzeptieren ist allerdings

der Text bei Robert Havemann (gegen das Zeigen des Bildes werden keine Einwände erhoben): Es heißt hier: ‚1966 Ausschluß aus der Akademie der Wissenschaften; scharfe Kritik u. a. am Einmarsch von Truppen des Warschauer Paktes in der CSSR 1968; Verlust seiner Arbeitsmöglichkeiten und aller Ämter; bis zu seinem Tode 1982 und Hausarrest.‘ Am Ende des Gutachtens wird als „in Gesprächen mit dem Staat von Berlin-West“ zu prüfen vorgemerkt, „ob Textänderungen bzw. Einschränkungen (Havemann) möglich sind“⁵¹.

Am 1. Februar 1989 nahm das ZK-Sekretariat der SED eine Information von Kulturminister Hoffmann zur Kenntnis, in der mitgeteilt wurde: „In den Verhandlungen des Beauftragten des Ministeriums für Kultur mit dem Westberliner Senat sowie dem Veranstalter, der Westberliner Festspiele GmbH, konnten die politischen Forderungen der DDR durchgesetzt werden. Die Biographien der politischen Persönlichkeiten der DDR, die in der Ausstellung Erwähnung finden, wurden mit der Westberliner Seite abgestimmt.“⁵² Vergleicht man nun den Ausstellungskatalog der 4. Auflage von 1987 und die nahezu identische Fassung der 5. für die Ausstellung in der DDR eingerichteten Auflage von 1989, so klafft tatsächlich am Ende der Biographie von Robert Havemann ein weißer Fleck⁵³. Die Lebensgeschichte des Mannes, der gegen beide deutsche Diktaturen opponierte, endet im Jahre 1966. Seine Widerstandshandlungen gegen die sowjetische Imperialpolitik 1968 und die SED-Diktatur zählten noch im Jahr der Wende für einige West-Berliner Lokalpolitiker und Historiker offenbar zum unwesentlichen Teil ihres Geschichtsbildes. Im Geleitwort der für die DDR gedruckten Katalogausgabe lobte Dr. Ulrich Eckhardt, Intendant der Berliner Festspiele, sich und seine Ost-Berliner Kooperationspartner mit den Worten: „Wir alle haben als faire Partner im Geiste gegenseitigen Vertrauens zusammengearbeitet; er hoffe auf die Weiterfüh-

51 Das Gutachten findet sich in: DY 30/SAPMO-BArch, vorl. SED, 42332/2, Büro Kurt Hager.

52 Protokoll Nr. 11 der Sitzung des Sekretariats des ZK am 1. 2. 1959, SAPMO-BArch, IPA, DY 30/J IV 2/3A/4785.

53 Vgl. Reinhard Rürup (Hrsg.), Topographie des Terrors. Gestapo, SS und Reichssicherheitshauptamt auf dem „Prinz-Albrecht-Gelände“. Eine Dokumentation, Berlin 1987 bzw. Berlin 1989, jeweils S. 163. Jürgen Fuchs verdanken wir den Hinweis auf dieses politische Handelsgeschäft „zum beiderseitigen Nutzen“. Er erhielt auf sein damaliges Protestschreiben an die Ausstellungsmacher keine Antwort. Der in West-Berlin für das Arrangement verantwortliche Senator Volker Hassemer antwortete, als J. Fuchs ihn auf den Vorgang ansprach, ausweichend und erklärte es als Erfolg, daß die Ausstellung überhaupt in Ost-Berlin und Buchenwald gezeigt werden konnte.

zung der Beziehungen „zum gegenseitigen Nutzen“⁵⁴.

Dem „gegenseitigen Nutzen“ war Robert Havemann offenbar nicht nur in Ost-Berlin im Wege. In der Gedenkstätte Deutscher Widerstand, die in den achtziger Jahren ihre bis heute aufrechterhaltene „zeitgebundene politische Dimension“ erhielt, werden zwar die KPD-Führer in der Moskauer Emigration – Walter Ulbricht und Wilhelm Pieck – in Wort und Bild gewürdigt⁵⁵, Robert Havemann existiert in dieser Ausstellung dagegen nicht, auch nicht seine Widerstandsgruppe „Europäische Union“, die jüdischen Bürgern falsche Pässe besorgte, ein Informationsnetz in Behörden unterhielt sowie Kontakte zu Ausländergruppen in Arbeitslagern herstellte, um sie durch Flugblätter zu informieren und vor drohenden Razzien zu warnen⁵⁶. Auch für andere frühere KPD-Funktionäre, die eine wichtige Rolle im Widerstand gegen das NS-Regime gespielt hatten, nach 1945 aber in Konflikt mit der Ulbricht/Honecker-Führung gerieten und deswegen für die DDR-Geschichtsschreibung zu „Unpersonen“ wurden, findet sich in der Gedenkstätte keine Würdigung. Obwohl es in der Ausstellung, deren Standort nur einen kurzen Fußweg von der damals „befestigten“ Grenze einer real existierenden Diktatur entfernt lag, obwohl es in dieser Ausstellung auch um den „Aufstand des Gewissens“ gegen Diktatur und Unfreiheit geht, blieben Männer wie Robert Havemann und Heinz Brandt ausgeblendet. Wievohl beide zu Lebzeiten Befürworter der Ost-West-Entspannung waren, stand ihre historische Rolle als Gegner und Opfer der NS- und SED-Diktatur quer zum ‚verantwortungsgemeinschaft-

lichen‘ Geschichtsbild der achtziger Jahre. Es wird höchste Zeit, daß in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand noch vor dem Ende der neunziger Jahre über einige „zeitgebundene“ weiße Flecken in der dortigen Gedenkausstellung nachgedacht wird. Zu den Bedingungen der NS-Diktatur zählte der heutige Leiter der Gedenkstätte Deutscher Widerstand im Jahre 1987 neben der breiten Zustimmung weiter Bevölkerungskreise den „Wunsch der meisten Zeitgenossen, in Ruhe gelassen zu werden, Bequemlichkeit und mangelnde Zivilcourage“⁵⁷. Warum aber entdeckten einige westdeutsche Widerstandsforscher erst nach dem „Zusammenbruch“ der zweiten Diktatur den Diktaturenvergleich?

Wer schreibt die DDR-Geschichte?

Es sollte eigentlich selbstverständlich sein, daß auch für die Geschichtsschreibung der DDR-Zeit ein Pluralismus historischer Forschungsperspektiven gilt. Mit dem Ausbruch der „friedlichen Revolution“ gründete sich in der DDR der Unabhängige Historikerverband, der sich radikal gegen die bis dato herrschende DDR-Geschichtswissenschaft wandte und dem Vollzugspersonal der ideologischen Sinnstiftung im Dienste des Regimes die Legitimation zu weiterer Lehrtätigkeit an den Universitäten absprach⁵⁸. Mitten im Aufbruch begriffen, landeten die Unabhängigen Historiker aus der DDR ebenso wie ihre SED-treuen Widersacher im weiten Feld des wiedervereinigten Deutschland und sahen sich dort mit einer ganz anders gearteten Streitkultur konfrontiert.

Zwar folgte der Wiedervereinigung zügig die Demokratisierung des ostdeutschen Universitäts-systems. Die Geschichtswissenschaft erlebte ein noch größeres Lehrstuhlerücken als andere Wissenschaften. Zahlreiche regimenahne Professoren verloren ihre Stellung, West-Professoren und bewährte Kräfte aus den Warteschlangen des Wissenschaftsbetriebes der Bundesrepublik kamen zum Zuge. Viele der Unabhängigen Historiker saßen aber bald wieder zwischen allen Stühlen. In ihrem oben erwähnten Artikel in dieser Zeitschrift reichen Christoph Kleßmann und Martin Sabrow

54 Ebd., S. 6.

55 Bezeichnend ist hierbei, daß von den in der Zeit des Moskauer Exils von diesen KPD-Führern mitverantworteten Verfolgungsmaßnahmen anderer Gegner des Nationalsozialismus in dem erläuternden Text der Ausstellung nicht die Rede ist. Ulbricht und Pieck hatten die Inhaftierung und den Tod tausender Exilanten in der UdSSR mitzuverantworten. Im sowjetischen Exil fielen mehr ehemalige Führungsmglieder der KPD dem stalinistischen Terror zum Opfer als dem nationalsozialistischen in Deutschland. Vgl. Siegfried Bahne, Die Verfolgung deutscher Kommunisten im sowjetischen Exil, in: Kommunisten verfolgen Kommunisten. Stalinistischer Terror und „Säuberungen“ in den kommunistischen Parteien Europas seit den dreißiger Jahren, Berlin 1993, S. 236 ff.

56 Vgl. Manfred Wilke (Hrsg.), Robert Havemann. Ein deutscher Kommunist. Rückblicke und Perspektiven aus der Isolation, Reinbek 1978, S. 52 f. Die Veröffentlichung dieses Buches beantwortete die Hauptabteilung XX/5 des MfS mit einem „Maßnahmeplan zur weiteren Zersetzung der DDR-feindlichen Aktivitäten des ‚Schutzkomitees Freiheit und Sozialismus‘ in der Hauptsache gegen die Person des jetzigen Vorsitzenden des ‚Schutzkomitees Freiheit und Sozialismus‘ Dr. Manfred Wilke“.

57 Johannes Tuchel/Reinhold Schattenfroh, Zentrale des Terrors. Prinz-Albrecht-Straße 8: Hauptquartier der Gestapo, Berlin 1987, S. 12.

58 Vgl. Rainer Eckert/Ilko-Sascha Kowalczyk/Isolde Stark (Hrsg.), Hure oder Muse? Klio in der DDR. Dokumente und Materialien des Unabhängigen Historiker-Verbandes, Berlin 1994.

ihre Erklärung dafür nach. Zum einen wird ein „politisch-moralischer Grundzug“ und „– damit einhergehend –“ die Neigung zu „starker Personalisierung“ bemängelt, die die Unabhängigen Historiker in ihrer Auseinandersetzung mit der politischen Vergangenheit früherer DDR-Historiker an den Tag legten. „In moralischer Absicht“ seien sie Forscherbiographien zu nahe getreten und hätten gar die Frage gestellt, ob ehemalige Spitzel des Staatssicherheitsdienstes bzw. „Historiker, die mit dem DDR-Regime kollaborierten“, die „wissenschaftliche und moralische Qualifikation“ besäßen, „die Geschichte dieses Staates zu erforschen“. Zum anderen diagnostizieren Kleßmann und Sabrow anhand von Äußerungen eines Unabhängigen Historikers einen „erstaunlich naiven Wahrheitsbegriff“, den sie auf den „Glauben an eine eindeutige historische Wahrheit“ zurückführen. Hierin und in der „Vorstellung von einem ‚verbindlichen Moralkodex‘ für Wissenschaftler“, so vermuten Kleßmann und Sabrow, wirke „eine spezifische Diktaturerfahrung“ nach, die offenbar bei ihnen nicht gut ankommt⁵⁹.

Über die Frage der historischen Wahrheit ließe sich viel und trefflich streiten – die Absage an die Moral jedenfalls halten die beiden in Potsdam tätigen Wissenschaftler nicht einmal bis zum Ende ihres eigenen Artikels durch. Die DDR habe sich, heißt es nur acht Seiten nach der kritischen Auseinandersetzung mit dem politisch-moralischen Grundzug der Unabhängigen Historiker, durch eine „amoralische Basis der Herrschaft“ ausgezeichnet⁶⁰. Warum, so bleibt zu fragen, soll Zeitgeschichte nicht die Moral der Funktionsträger einer auf amoralischer Basis beruhenden Herrschaft in ihr kritisches Blickfeld nehmen? Unbenommen mag sich das Potsdamer Institutsprofil auf eine entpersonalisierte und von politisch-moralischen Grundzügen freie Historisierung der DDR ausrichten. Die Auseinandersetzung zwischen den konkurrierenden Richtungen und Einrichtungen sollte allerdings auf der Grundlage der jeweiligen Forschungsergebnisse erfolgen.

Die Darstellung über „Zeitgeschichte in Deutschland nach 1989“, die im vergangenen September in dieser Zeitschrift erschienen ist, belegt, wie man eine Diskussion jedenfalls nicht führen kann. Kleßmann und Sabrow referieren in ihrem Aufsatz einleitend ihre Sicht der „Standards der Zeitgeschichte“ sowie der „begrenzten Aussagekraft von Quellen“, der „Standortgebundenheit der Inter-

preten“ etc.⁶¹. Der oberflächlichen Abfertigung des Unabhängigen Historikerverbandes folgt eine Würdigung des Münchner Instituts für Zeitgeschichte (IfZ), dem sich eine ausführliche Selbstdarstellung des eigenen Potsdamer Forschungszentrums anschließt; kurz und neutral vorgestellt werden das Dresdner Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung, die Abteilung Bildung und Forschung des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes und einige „Interessengruppen“ (sic!) wie die Historische Kommission beim Parteivorstand der PDS, die Robert-Havemann-Gesellschaft und das Bürgerkomitee „15. Januar“. Der Forschungsverbund SED-Staat der FU wird hingegen einer ‚Sonderbehandlung‘ unterzogen, in der eine geradezu überschießende „Standortgebundenheit der Interpretationen“ zutage tritt.

So wird eine „massive fachliche und öffentliche Kritik“ am Forschungsverbund SED-Staat behauptet, ohne dies konkret zu belegen, sowie von einer „an journalistische Enthüllungshistorie erinnernde Arbeitsweise“ gesprochen⁶². Die „öffentliche Kritik“ am Forschungsverbund wird in diesem Zusammenhang mit einem Begriff illustriert, dessen Herkunft im dunkeln bleibt⁶³.

61 Ebd., S. 3 f.

62 Ebd., S. 9. Die Autoren kritisieren in diesem Zusammenhang auch eine „begriffliche Unschärfe“, welche die „Identifizierung von Anspruch und Realität der diktatorischen Herrschaft“ der SED ermögliche. Sie zitieren dabei als Beleg in ihrem Manuskript korrekt – aber logisch völlig inkorrekt – aus dem Beitrag von Klaus Schroeder: Die DDR als politische Gesellschaft, in: ders. (Hrsg.), Geschichte und Transformation des SED-Staates. Beiträge und Analysen, Berlin 1944: Die DDR war „zuallererst eine politische Gesellschaft, in der eine weitgehende Identität von privater und öffentlicher Sphäre herrschen, und in der es nahezu keine staatsfreien Raum geben sollte“. Aufgrund eines technischen Versehens der Redaktion dieser Zeitschrift wurde aus dem Wort „herrschen“ „herrscht“.

63 Der auf uns gemünzte und in Anführungszeichen gesetzte Begriff „Kampfgelehrte“ ist ein unausgewiesenes Eigenzitat von Martin Sabrow (in: Comparativ, Leipziger Beiträge zur Universalgeschichte und vergleichenden Gesellschaftsforschung, (1995) 2, S. 154. Ein ohne Nennung des Zusammenhangs und des Autors als Beleg dargebotenes Zitat – J. Staat sei als „Stichwortgeber für politisch motivierte Verdächtigungen und Unterstellungen“ kritisiert worden – stammt aus einem Schreiben von Wolfgang Clement, der seinerzeit mit dieser Begründung im Auftrag von Johannes Rau eine Anfrage von J. Staat auf eine Zeitzeugenbefragung ablehnte. Rau hatte indes zuvor öffentlich beklagt, daß er zu der 1986 von der SED als Wahlkampfhilfe für ihn als SPD-Kanzlerkandidaten arrangierten Drosselung des Asylbewerberzustroms via Ost-Berlin/Schönefeld nicht als Zeitzeuge befragt wurde. Vgl. Jochen Staat, Versuche der Einflußnahme der SED auf die politischen Parteien der Bundesrepublik nach dem Mauerbau. Expertise für die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages, in: Deutschlandpolitik, Bd. V/3, Frankfurt am Main 1995, S. 2407 ff.

59 C. Kleßmann/M. Sabrow (Anm. 7), S. 5.

60 Ebd., S. 13.

Oder es werden aus einem Zeitungsartikel über eine Veranstaltung weitreichende Schlußfolgerungen gezogen, obwohl die dort vorgetragenen Thesen als autorisierte Veröffentlichung detailliert vorliegen⁶⁴. Es mag sein, daß gegenwärtige oder vergangene politische Präferenzen der beiden Kritiker durch Veröffentlichungen des Forschungsverbundes SED-Staat empfindlich berührt wurden. Deswegen müssen aber doch nicht gleich hergebrachte Standards des wissenschaftlichen Meinungstreits über Bord geworfen und unqualifizierte und/oder denunziatorische Äußerungen zur Regel werden, wie dies nun mehrfach von seiten der Leitung des Potsdamer Zentrums für Zeitgeschichtliche Forschung geschehen ist⁶⁵.

Zwei Monate, nachdem diese Auseinandersetzung von C. Kleßmann/M. Sabrow mit dem Forschungsverbund SED-Staat der FU erschienen war, lobte Kurt Finker in einem unter der Überschrift „Die Verklärung der ‚Aufklärer‘“ im „Neuen Deutschland“ erschienenen Artikel das Potsdamer Zentrum für Zeithistorische Forschung als „um wissenschaftliche Untersuchung bemüht“. Den Historiker Heinrich August Winkler (Humboldt-Universität) beschimpfte der frühere „Informelle Mitarbeiter“ der Staatssicherheit und SED-Kader in diesem Artikel als „Polit-Historiker“; den Unabhängigen Historikerverband qualifizierte er als eine der angeblich einem „hauseigenen Wahrheits- und Interpretationsanspruch“ verpflichteten Institutionen, „die weniger durch wissenschaftliche Leistungen als vielmehr durch Verbalinjurien, Denunziationen und Enthüllungen in Erscheinung traten“. Einen „ähnlichen Zuschnitt“ weist Finkers Auffassung nach auch der Forschungsverbund SED-Staat auf, dessen Forschungsansatz er – gestützt auf den oben erwähnten Artikel von Kleß-

mann und Sabrow in dieser Zeitschrift – kritisiert⁶⁶. Finker beklagte in seinem Artikel auch, daß er und andere nicht mehr – wie vor 1989 – „zu Konferenzen, zu Gastvorlesungen, zur Mitarbeit in Gemeinschaftsprojekten und in Kommissionen des Historikerverbandes“ eingeladen würden. Früher hätten doch die seriösen westlichen Historiker die DDR-Geschichtswissenschaft kritisch, „aber durchaus objektiv, vorurteilsfrei und differenziert“ analysiert. Man darf gespannt sein, wie „die seriösen westlichen Historiker“ auf derartige Anklagen bzw. Anbiederungen reagieren werden.

Albert Camus hatte, als er sich in den fünfziger Jahren mit der linken Einäugigkeit fortschrittlicher Intellektueller auseinandersetzte, treffend darüber gespottet, wie „sie die Maschen der von den Tatsachen zerrissenen Überlegungen wieder“ aufnehmen und sich eine neue Dialektik stricken⁶⁷. Heute nehmen sich als politisch links verstehende Sozialgeschichtsschreiber gemeinsam mit früheren sozialistischen Geschichtsschreibern „die Maschen der von den Tatsachen zerrissenen Überlegungen“ der systemimmanenten DDR-Forschung aus der Zeit vor 1989 wieder auf und stricken an der Legende eines kritischen Diskurses in den Wissenschaftsinstitutionen des SED-Staates⁶⁸.

Nach dem Ende der DDR setzte über die archivarische Hinterlassenschaft des SED-Regimes eine eigentümliche Diskussion ein. Eine Rangordnung der Verlässlichkeit von Akten wird behauptet und mit ihrer Stellung in der Hierarchie des SED-Regimes gekoppelt⁶⁹. Es wurde angeregt, Historiker sollten aus den Akten vor allem etwas herausfinden, „was nicht mit dem identisch ist, was in den Akten zu lesen ist. Zu vielen Problemen sagen die Akten fast nichts, zum Beispiel über die wichtigsten politischen Entscheidungsprozesse.“⁷⁰ Beteiligte des vorrevolutionären west-östlichen Beziehungsgeflechts beurteilen die DDR-Archivalien

64 Über die Kontroverse, welche Reichweite Maßnahmen von SED, FDJ und MfS gegen Einrichtungen der Freien Universität hatten, wird zur Charakterisierung der Thesen von Jochen Staadt ein Bericht des Tagesspiegels vom 13. Januar 1995 über einen Vortrag beim Berliner Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen zitiert, nicht jedoch aus dem dokumentierten Vortrag. Vgl. Jochen Staadt, Im Umkreis der Antiautoritären hatte die Stasi keinen Agenten. Aus den DDR-Unterlagen über Infiltrationsmaßnahmen von SED, FDJ und MfS an der Freien Universität Berlin, dokumentiert in: Frankfurter Rundschau vom 30. März 1995.

65 Vor dem jetzigen Zentrumsleiter Christoph Kleßmann hatte auch dessen kommissarischer Amtsvorgänger versucht, die Arbeit des Forschungsverbundes SED-Staat als unseriös zu desavouieren; vgl. Frankfurter Rundschau vom 4. Mai 1994. Jürgen Kocka behauptete dort pauschalierend, der Forschungsverbund SED-Staat der FU veröffentliche „Quellenfunde in politischer Absicht“, und im Magazin Focus, Nr. 20/96, verkündete er sogar: „Staadt und Schroeder sind Meister der politischen Demagogie, Wissenschaftler ohne Glaubwürdigkeit und Seriosität.“

66 Kurt Finker, Die Verklärung der „Aufklärer“. Wie die DDR delegitimiert wird, so auch deren Geschichtsschreibung, in: Neues Deutschland vom 16./17. November 1996, S. 11.

67 Albert Camus, Tagebuch 1951–1959, Reinbek 1991, S. 251.

68 Vgl. Martin Sabrow, Der „ehrliche Meinungsstreit“ und die Grenzen der Kritik, sowie Wolfgang Küttler, Probleme des Geschichtsdiskurses im vereinigten Deutschland. Historisches Denken und Geschichtswissenschaft im Übergang, beide in: Gustavo Corni/Martin Sabrow, Die Mauern der Geschichte. Historiographie in Europa zwischen Diktatur und Demokratie, Leipzig 1996.

69 Vgl. Heinrich Potthoff, Die „Koalition der Vernunft“. Deutschlandpolitik in den 80er Jahren, München 1995, S. 88.

70 Mary Fulbrook, Methodologische Überlegungen zu einer Gesellschaftsgeschichte der DDR, in: Richard Bessel/Ralph Jessen (Hrsg.), Die Grenzen der Diktatur. Staat und Gesellschaft in der DDR, Göttingen 1996, S. 280.

gar als Akten einer „wirklichkeitsfremden Bürokratie“, aus denen sich nicht „ohne Umstände eine intelligible Sicht der historischen Wirklichkeit nachzeichnen“ lasse⁷¹. Nun sind in der Tat Akten nicht identisch mit der Wirklichkeit – aber man vergegenwärtige sich, daß derartig Verharmlosendes bzw. Pauschalierendes über die Aussagefähigkeit der Archivalien des nationalsozialistischen Deutschland geschrieben würde.

Die einschlägige Forschung hat bereits hinsichtlich der nationalsozialistischen Bürokratie untersucht, wie in totalitären Apparaten nicht nur regelkonforme Prozesse ablaufen, sondern auch ein kompliziertes Geflecht informeller Beziehungen wirkt. Auch für den bürokratischen Apparat der SED kann nicht ohne weiteres davon ausgegangen werden, daß Effizienz und Rationalisierung stets höchste Priorität genossen. Nicht selten wurden diese Momente auch von Kompetenzstreitigkeiten überlagert. Die Beschreibung der DDR als Gesellschaftsgeschichte muß selbstredend neben den politischen Strukturen und Handlungen wirtschaftliche, soziale und kulturelle Aspekte miteinbeziehen. Aber anders als bei westlichen Gesellschaften handelte es sich bei realsozialistischen Gesellschaften nicht um eine einfache Interdependenz zwischen den verschiedenen Sphären, sondern um eine hierarchische Anordnung. Die Politik steht hierbei im Zentrum, nur unter Berücksichtigung dieser Sachlage kann die Geschichte der SBZ/DDR angemessen beschrieben und gewürdigt werden.

Zeitgeschichtliche Forschung darf bei der Darstellung der Ergebnisse und der daraus folgenden Charakterisierung des Untersuchungsgegenstandes keine besondere Rücksicht auf die Befindlichkeiten der Mitlebenden nehmen⁷². Die Kennzeichnung der DDR als totalitäre Diktatur beispielsweise mag vor allem bei ehemaligen Funktionsträgern oder Intellektuellen der DDR „eher Blockade und Ablehnung als Einsicht und Zustimmung“⁷³ hervorrufen – und sie hat dennoch ihre Berechtigung, wenn sie sich wissenschaftlich begründen läßt. Dieser Zusammenhang verweist ebenso wie die bei dem genannten Personenkreis häufig anzutreffende nostalgische Verklärung der DDR-Geschichte darauf, daß dort System- und Lebenswelt in viel stärkerem Maße als in westlichen Gesellschaften miteinander verflochten

waren. Die durch den Einbezug in das totalitäre Regelwerk erfolgte politisch-moralische Korruption vieler ließe sich auch mit wissenschaftlicher Rücksichtnahme weder aufheben noch vergessen machen. Nur die offene und kritische Konfrontation mit der Vergangenheit führt zum notwendigen Nachdenken, das den kritischen Dialog über diese diktatorische Vergangenheit eröffnen kann.

Die Frage, ob die DDR-Geschichte vornehmlich als Politik- oder als Sozialgeschichte zu untersuchen sei, wird unseres Erachtens dem Untersuchungsgegenstand nicht gerecht. Weitgehend unbestritten dürfte sein, daß die DDR in erster Linie eine „politische Gesellschaft“ war⁷⁴, dominiert von einer Monopolpartei, die den Anspruch erhob, Staat und Gesellschaft zu gestalten, zu beherrschen und zu kontrollieren. Unabhängig davon, ob die DDR als „durchherrschte Gesellschaft“⁷⁵ oder als „bürokratisch-totalitäres Regime“⁷⁶ gekennzeichnet wird, steht die Analyse der Durchsetzung des totalitären Herrschaftsanspruchs, sein Realisierungsgrad, im Vordergrund der aktuellen Forschungsarbeit. Dabei scheint es uns eher hemmend zu sein, schon vorab relativierend vor allem auf die Grenzen der Diktatur zu verweisen⁷⁷, wie auch der methodische Zugang, die Gesellschaft der DDR „als eigenständige und nicht ableitbare Größe“⁷⁸ zu betrachten, zumindest voreilig, wenn nicht sogar unter den Bedingungen einer Diktatur nicht sinnvoll zu sein scheint. Vor entsprechenden Schlußfolgerungen sollte als dringendste Forschungsaufgabe die detaillierte Rekonstruktion der SBZ/DDR-Geschichte auf der Grundlage der überlieferten Archivalien und der Zeitzeugenberichte stehen, wobei der Analyse der totalitären Staatspartei und ihrer staatlichen wie gesellschaftlichen Machtapparate und Ressourcen Priorität eingeräumt wer-

74 Vgl. Agnes Heller/Ferenc Féher/György Markus, *Der sowjetische Weg. Bedürfnisdiktatur und entfremdeter Alltag*, Hamburg 1983, und Klaus Schroeder, *Einleitung: Die DDR als politische Gesellschaft*, in: ders. (Hrsg.), *Geschichte und Transformation des SED-Staates. Beiträge und Analysen*, Berlin 1994, S. 11 ff.

75 Jürgen Kocka, *Eine durchherrschte Gesellschaft*, in: Hartmut Kaelble u. a. (Anm. 71), S. 547 ff.

76 Wolfgang-Uwe Friedrich, *Bürokratischer Totalitarismus – zur Typologie des SED-Regimes*, in: *German Studies Review, Special Issue: Totalitäre Herrschaft – totalitäres Erbe*, Fall 1994, S. 1 ff., und Eckhard Jesse, *War die DDR totalitär?*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 40/94, S. 12 ff.

77 Vgl. Richard Bessel/Ralph Jessen (Hrsg.), *Die Grenzen der Diktatur. Staat und Gesellschaft in der DDR*, Göttingen 1996.

78 Ralph Jessen, *Die Gesellschaft im Staatssozialismus. Probleme einer Sozialgeschichte der DDR*, in: *Geschichte und Gesellschaft*, (1995) 1, S. 99.

71 Lutz Niethammer, *Prolegomena zu einer Geschichte der Gesellschaft der DDR*, in: Hartmut Kaelble/Jürgen Kocka/Hartmut Zwahr (Hrsg.), *Sozialgeschichte der DDR*, Stuttgart 1994, S. 96 f.

72 Vgl. Hans Günter Hockerts, *Zeitgeschichte in Deutschland*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 29–30/93, S. 9.

73 C. Kleßmann/M. Sabrow (Anm. 7), S. 4.

den sollte. Erst vor diesem Hintergrund können die Grenzen der Diktatur und vor allem die Gründe hierfür angemessen beurteilt werden.

Der Forschungsverbund SED-Staat

Der im Jahre 1992 von Politikwissenschaftlern, Historikern, Soziologen und Ökonomen gegründete Forschungsverbund SED-Staat an der Freien Universität Berlin hat sich die Untersuchung von Vorgeschichte, Geschichte und Folgen des SED-Regimes zur Aufgabe gestellt. Dabei beansprucht der Forschungsverbund, durch die Analyse wichtiger, bisher eher vernachlässigter oder der einschlägigen Forschung bis zum Ende der DDR nicht zugänglicher Zusammenhänge, die äußeren und inneren Voraussetzungen der vierzigjährigen Existenz einer zweiten deutschen Diktatur in diesem Jahrhundert zu untersuchen. Forschungsstrategisch stehen dabei die sowjetische Deutschland- und DDR-Politik, der Aufbau und die Entwicklung der totalitären Staatspartei SED sowie die innerdeutschen Bezüge und Wechselwirkungen im Vordergrund. Die bisher durchgeführten und geplanten Projekte konzentrieren sich auf ausgewählte Schwerpunkte der DDR-Geschichte. Erste Ergebnisse verdeutlichen frühzeitig den inneren Zusammenhang von Geschichte und Gegenwart. Der Vereinigungs- und Transformationsprozeß läßt sich ohne Bezug auf Strukturen und Entwicklungslinien der DDR ebenso wenig analysieren, geschweige denn verstehen, wie die Vor- und Gründungsgeschichte der DDR ohne die Berücksichtigung der vorausgegangenen nationalsozialistischen Diktatur und ihrer Zerschlagung durch die Alliierten.

Die Projekte des Forschungsverbundes SED-Staat können systematisch in sieben Themenfeldern zusammengefaßt werden:

- Errichtung und Aufrechterhaltung der Diktatur in der DDR durch die SED-Führung und ihren zentralen Parteiapparat⁷⁹;
- Deutschlandpolitik der SED⁸⁰;
- SED-Kirchenpolitik gegenüber den evangelischen Kirchen⁸¹;

79 Vgl. Peter Erler/Horst Laude/Manfred Wilke (Hrsg.), „Nach Hitler kommen wir“. Dokumente zur Programmatik der Moskauer KPD-Führung 1944/45 für Nachkriegsdeutschland, Berlin 1994; Klaus Schroeder (Hrsg.), Geschichte und Transformation des SED-Staates, Berlin 1994.

80 Vgl. Jochen Staadt, Die geheime Westpolitik der SED 1960–1970. Von der gesamtdeutschen Orientierung zur sozialistischen Nation, Berlin 1993.

81 Vgl. Martin Georg Goerner, Die Kirche als Problem der

- SED und die Systemkrisen des sowjetischen Imperiums⁸²;
- Wissenschafts- und Kulturpolitik der SED;
- widerständiges Verhalten und Opposition im SED-Staat⁸³ sowie
- die Vereinigungs- und Transformationsforschung⁸⁴.

Es sollte, wie gesagt, in einer pluralen Gesellschaft nur selbstverständlich sein, daß von verschiedenen fachlichen und methodischen Zugängen ausgehend Zeitgeschichte geschrieben und über Zeitgeschichte gestritten wird. Das ist sowohl ein Streit wissenschaftlicher Schulen und Lehrmeinungen als auch einer, der sich aus unterschiedlichen normativen Voraussetzungen im Rahmen der Interpretation historischer Überlieferungen ergibt. Die Geschichte der DDR ist nun Vorgeschichte des wiedervereinigten Deutschland. Man kann es ablehnen, sie „umstandslos in eine gesamtdeutsche Geschichte einzugliedern“⁸⁵, man kann sie aber auch in erster Linie als Geschichte einer gewaltsamen Zwangsteilung des historisch gewachsenen politischen und kulturellen Raums in der Mitte Europas verstehen; als eine zwar selbstverschuldete, aber auch ungewollte Spaltung einer Nation, deren Beharrungskräfte sich dann doch als wesentlich stärker erwiesen, als viele Politiker, Publizisten und Wissenschaftler es vor 1989 wahrhaben wollten. Die gemeinsame Geschichte der Bundesrepublik und der DDR jedenfalls – und daran wird man sich nicht nur in Potsdam offenbar erst noch gewöhnen müssen – kann nicht nur aus den Sichtachsen des „Bielefelder Weges“⁸⁶ aufgezeichnet werden.

SED. Strukturen kommunistischer Herrschaftsausübung gegenüber der evangelischen Kirche 1945–1958, Berlin 1996.

82 Vgl. Michael Kubina/Manfred Wilke (Hrsg.), Hart und kompromißlos durchgreifen. Die SED-Führung kontra Polen 1980/81. Geheimakten der SED-Führung über die Unterdrückung der polnischen Demokratiebewegung, Berlin 1995; Lutz Prieß/Václav Kural/Manfred Wilke, Die SED und der Prager Frühling 1968, Berlin 1996.

83 Vgl. Martin Jander, Formierung und Krise der DDR-Opposition. Die „Initiative für unabhängige Gewerkschaften“. Dissidenten zwischen Demokratie und Romantik, Berlin 1996.

84 Vgl. Walter Heering/Klaus Schroeder, Transformationsprozesse in ostdeutschen Unternehmen. Akteursbezogene Studien zur ökonomischen und sozialen Entwicklung in den neuen Bundesländern, Berlin 1995; Hans-Peter Müller/Manfred Wilke, Braunkohlepolitik der Steinkohlegewerkschaft. Industriepolitik der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie im Vereinigungsprozeß 1990 bis 1994, Berlin 1996.

85 C. Kleßmann/M. Sabrow (Anm. 7), S. 13.

86 Vgl. Armin Mitter/Stefan Wolle, Der Bielefelder Weg. Die Vergangenheitsbewältigung der Historiker und die Vereinigung der Funktionäre, in: R. Eckert/I.-S. Kowalczyk/I. Stark (Anm. 58), S. 260 ff.

Stefan Wolle

Herrschaft und Alltag

Die Zeitgeschichtsforschung auf der Suche nach der wahren DDR

I. Der Bundestag in Eisenhüttenstadt

„Wir waren glücklich in der DDR“, rief während der öffentlichen Sitzung der Enquete-Kommission zur Aufarbeitung der SED-Diktatur eine ältere Frau mit vor Erregung zitternder Stimme in den überfüllten Versammlungssaal des Rathauses von Eisenhüttenstadt. Hierher hatte sich im April 1997 die Kommission des Deutschen Bundestages begeben, um Fachleute anzuhören und das Gespräch mit Zeitzeugen zu suchen. Der Ort der Veranstaltung hätte kaum besser gewählt sein können. Auf der holzgetäfelten Stirnwand des Saales ist noch immer ein kreisrunder Schatten zu sehen, der nur notdürftig von dem etwas zu klein geratenen rechteckigen Stadtwappen von Eisenhüttenstadt überdeckt wird. Hier zierten bis zur Wende Hammer und Zirkel im Ährenkranz die Wand. An der Rückseite des Rathaussaales sind die Umrisse der abgehängten Porträts der führenden Persönlichkeiten der DDR zu sehen: in der Mitte Honecker, rechts Stoph, links Sindermann – so war es Brauch an offiziellen Örtlichkeiten des untergegangenen Arbeiter- und Bauernstaates.

Die Schatten der Vergangenheit sind noch allgegenwärtig in dieser „ersten sozialistischen Stadt“ der DDR, die Anfang der fünfziger Jahre am Reißbrett entstanden war. Die nach sowjetischem Vorbild errichteten pseudo-klassizistischen Bauten der Stalin-Zeit prägen das Stadtzentrum, dahinter stehen baukastenartig aufgereiht die Plattenbauten aus den siebziger und achtziger Jahren. Die Kulisse wird von den Schornsteinen des Stahlwerks gebildet, das der Stadt seit 1961 den Namen gibt. Die Auslagen der Geschäfte sind auch hier inzwischen so voll wie überall in der ehemaligen DDR; ein italienisches Restaurant hat sich angesiedelt, und vor den Wohnblocks stehen statt der Trabis und Wartburgs ansehnliche Westkarossen, ansonsten bröckelt allenthalben der Putz. Die realsozialistische Schabigkeit ist notdürftig von den bunten Tupfern der schönen neuen Warenwelt

überkleckert worden, im übrigen scheint die Zeit stehengeblieben zu sein. Hier also waren die Menschen glücklich. In diesen Wohnbezirken hatten sie irgendwann – meist nach jahrelangem Warten – die begehrten Vollkomfort-Wohnungen mit Fernheizung und fließendem Wasser bekommen, haben sie ihre Kinder in den „kombinierten Kindereinrichtungen“ abgeliefert, um morgens zur Schicht zu fahren, haben – um das kleine Glück vollkommen zu machen – nach zehn- oder fünfzehnjähriger Anmeldefrist ein Auto bekommen, den Urlaub in einer Einrichtung des FDGB-Feriedienstes geplant, abends vor dem Fernseher gesessen und wenn der „Blaue Bock“ oder Millowitsch kamen, heimlich den Westkanal eingestellt; und mehr an Freiheit haben sie sich eigentlich nie gewünscht. Es gehört nicht viel Phantasie dazu, sich so ein Leben vorzustellen, und jede Ironie verbietet sich angesichts der simplen Ehrbarkeit derer, die gerne stolz auf diese Art der Existenz sein möchten.

Der Ausschußvorsitzende Rainer Eppelmann versuchte die aufgebrachten Diskussionsteilnehmer zu beruhigen: „Niemand will Ihnen den Stolz auf ihr Leben nehmen“, beschwichtigte der ehemalige Pfarrer und Bürgerrechtler die Anwesenden. „Nicht Sie als Arbeiter oder Lehrerin waren schuld an der Misere, sondern die damalige Parteiführung.“ Doch jedes Wort, jede Geste, selbst der Tonfall bestätigte die vorgefaßte Meinung, daß die Kommission des Deutschen Bundestages angereist sei, den Menschen im Osten ihre Biographie zu rauben. Es war nicht so, daß die Damen und Herren auf dem Podium um eine Antwort verlegen gewesen wären. Das Problem lag darin, daß die Betroffenen die Antworten nicht hören mochten. Ein Mann mittleren Alters trat ans Mikrofon und sagte: „Sie können hier soviel analysieren, wie Sie wollen, aber wir lassen uns unsere Identität nicht nehmen. Sagen Sie das Ihrem Bundestag, Herr Eppelmann.“ Wer es noch nicht wußte, konnte es im April 1997 in Eisenhüttenstadt erleben: Die Aufarbeitung der DDR-Geschichte steht auch noch sieben Jahre nach der Vereinigung vor großen Problemen.

II. „Erichs Rache“

Längst schon haben sich kommerzielle Interessenten des DDR-Themas bemächtigt. Denn wer sollte besser die geheimen Wünsche und Sehnsüchte der Menschen kennen als die Werbefachleute und Marktstrategen? So wird eine schon in DDR-Zeiten beliebte Zigarettensorte mit Sprüchen und Plakaten angepriesen, die dem Käufer solche angeblich DDR-typischen Werte suggeriert wie menschliche Wärme im Berufsalltag und Kollektivität. „Ostprodukte“ verspricht inzwischen fast jeder Supermarkt in seinem Angebot, und es gibt sogar spezielle Abteilungen oder Läden für aus der DDR-Zeit noch bekannte Waren wie Spreewaldgurken, Radeberger Bier oder Halberstädter Würstchen. Angesichts der Freude der Wiedererkennung wird von den alten und neuen Freunden dieser kulinarischen Köstlichkeiten allerdings oft vergessen, daß die genannten Produkte im Sortiment des volkseigenen Einzelhandels damals durchaus Seltenheitswert besaßen und eigentlich nur in den überkauften Delikat-Geschäften zu bekommen waren.

Der Eulenspiegel-Verlag hat unter dem Titel „Kost the Ost“ ein Ostprodukte-Quartettspiel auf den Markt geworfen. Das Spiel mit dem „weltweit höchsten Geschmacksaufkommen“, wie es im Begleittext launig heißt, besteht darin, jeweils vier zusammengehörige Etiketten bekannter DDR-Produkte auszulegen. Die Palette reicht vom Bautzener Speisesenf bis zum Wodka Lunikoff. Der Wiedererkennungseffekt und die damit verbundene gute Laune sind also garantiert.

Doch auch Produzenten aus der „ehemaligen BRD“ haben die Marktlücke längst erkannt und versuchen sie zu füllen. Seit dem vergangenen Jahr wirbt beispielsweise eine bayerische Firma mit einem Faltblatt für eine „einzigartige Feinsilber-Edition zur Geschichte der DDR“; gemeint sind Münzen mit DDR-Motiven. Der Radsportler Tave Schur – das DDR-Sportidol der fünfziger und sechziger Jahre – stellt sein lachendes Konterfei und einen kleinen Werbetext zur Verfügung. Dort heißt es: „Darauf habe ich schon lange persönlich gewartet: ein Streifzug durch die Geschichte der DDR in hochwertiger Silberanfertigung. Die Edition ist . . . für jeden, der sich die Erinnerung an die DDR bewahren will. Ich selbst bin Eigentümer einer solchen einmaligen Kollektion und kann Ihnen heute schon versichern, daß die verschiedenen Motive Sie hinreißen werden.“ Die Münzen zeigen eine „ostdeutsche Kinderkrippe“, das Sandmännchen, die

Weltzeituhr am Alexanderplatz, den Kosmonauten Sigmund Jähn, den Palast der Republik und Junge Pioniere vor dem „Haus des Kindes“ in der Berliner Karl-Marx-Allee. Zur letzten Prägung kann man in dem Begleitheftchen lesen: „Fast alle Schüler waren Mitglied der Pionierorganisation ‚Ernst Thälmann‘, um so gemeinsam zu lernen, zu helfen und Spaß zu haben – ganz einfach nach dem Motto ‚Seid bereit – Immer bereit‘.“

Auch Erich Honecker feiert seine Wiederkehr als Geist aus der Flasche – genauer geagt: aus der Schnapsflasche. „Erich's Rache“ steht in nicht ganz korrektem Deutsch auf den Flaschenetiketten, die ein Spirituosenhändler aus dem westfälischen Ahlen vorzugsweise in den neuen Bundesländern auf den Markt bringt. Die Beschwörung des sozialistischen Flaschengeistes scheint sich zu lohnen. Nach Presseberichten hat der Hersteller seit Mai vergangenen Jahres fünf Millionen Flaschen des „Rachenputzers“ abgesetzt. Die „sehnsuchtsvolle Erinnerung vieler Ostdeutscher an die alten DDR-Zeiten haben das Getränk zu einem Verkaufsschlager gemacht“, wird der Hersteller zitiert¹. Vor allem in Sachsen und Thüringen sei das Produkt besonders beliebt. Da wird den Angaben der Firma zufolge „Erich's Rache“ in einigen Läden schon gehortet und dann stilgerecht als „Bückware“ unter dem Ladentisch abgegeben. Man mag solche Erscheinungen ernst nehmen oder nicht – Symptom für den Zeitgeist, der in den fünf neuen Bundesländern herrscht, sind sie allemal.

III. Die gespaltene Erinnerung

Als die DDR starb, wurde die DDR-Identität geboren. Ohne Wehmut von den verklungenen Tagen des Realsozialismus zu reden gilt in weiten Kreisen der deutschen Öffentlichkeit längst als Sakrileg. Dabei fehlte es in den Jahren seit 1989 nicht an zeitgeschichtlicher Forschung, an Aufklärung und Aufarbeitung. In den Medien nahmen und nehmen die DDR-Themen einen breiten Raum ein. Neben Sachverhalten, die zwar bekannt, aber seit Jahren auch im Westen kaum noch öffentlich zu hören waren, wurden viele neue und erschreckende Tatsachen über die DDR bekannt. Dies betraf den Repressionsapparat ebenso wie die wirtschaftliche und ökologische Situation des Landes. Doch viele ehemalige DDR-Bürger fühlen sich durch den Umgang mit der Geschichte – mit ihrer Geschichte – tief verletzt.

1 Märkische Oderzeitung vom 12. März 1997.

Durch die radikale Kritik an der DDR-Realität sehen sie auch ihre eigene Biographie in Frage gestellt. Jahre oder sogar Jahrzehnte haben sie für diesen Staat gearbeitet, ohne dafür Privilegien in Anspruch zu nehmen. Manche von ihnen haben ehrlichen Herzens an eine Verbesserung des Sozialismus geglaubt. Heute fühlen sie sich betroffen und sind enttäuscht. Ihre Verbitterung richtet sich oft gegen jene, die deutlich auf die Verantwortlichkeiten hinweisen. Strukturell funktioniert immer noch der Verdrängungsmechanismus aus den Zeiten der DDR – nicht die Partei und die Regierung sind schuld an den Mißständen, sondern diejenigen, die kritisch darauf hinweisen. Manche sehen in der „Aufarbeitung der Geschichte“ und der „Vergangenheitsbewältigung“ nichts als das Bestreben der neuen Herren, die DDR pauschal zu diskreditieren, um die eigenen Machtpositionen zu festigen. Insbesondere durch die angeblich von den westlichen Medien entfachte „Stasi-Debatte“ sollen die ehemaligen DDR-Bürger diskriminiert und gedemütigt werden.

„Die ideologische Strategie der politischen Klasse in der Bundesrepublik konzentrierte sich seit 1990 darauf, die DDR mit der Doktrin vom ‚Unrechtsstaat‘ und der These von der reinen Mißwirtschaft zu verteufeln“, schrieb einer der ehemals führenden SED-Historiker in einer der PDS nahestehenden Schriftenreihe. „Damit aber wurde die in sich widersprüchliche Gesamtheit der DDR-Gesellschaft mit ihren positiven und negativen Zügen, von den verschiedenen Bevölkerungsgruppen gewiß unterschiedlich, aber im ganzen eben in dieser Differenziertheit erlebt und auch verarbeitet, auf ein der gegenwärtigen Politik genehmes, rein negatives, ja verabscheuungswürdiges Klischee zurechtgestutzt . . .“² Der Sinn dieser gewundenen Sätze ist nur allzu klar. Die Ideologen und seinerzeitigen Machthaber des SED-Staates, die ihre neue Heimat in der PDS gefunden haben, verstecken sich heute gern hinter jener großen Zahl von Menschen, die unverschuldet in das Desaster hineingezogen wurden. Doch es soll nicht bestritten werden: Gelegentlich stellt sich zwischen den früheren Stützen und Nutznießern des Regimes und den notgedrungen Angepaßten eine Eintracht her, wie es sie zu DDR-Zeiten nie gegeben hat.

Bei aller Skepsis gegenüber Meinungsumfragen zu derartig komplexen Themen sind doch die Resultate einer Befragung des „Sozialwissenschaftlichen

Forschungszentrums Berlin-Brandenburg e. V.“ bemerkenswert. Einleitend heißt es zu den Ergebnissen der Umfrage: „Die jüngste Erhebung bestätigte erneut, daß die Ostdeutschen mehrheitlich einer differenzierten Betrachtung der DDR-Vergangenheit den Vorzug geben. Pauschale Negativurteile und Negativ-Klischees, wie z. B. die Kennzeichnung als Unrechtsstaat, sind nicht mehrheitsfähig . . . Für die überwiegende Mehrheit gilt die DDR nach wie vor als ‚Versuch, eine gerechtere Gesellschaft zu gestalten‘. Nachdem in der 95er Befragung die in den Vorjahren in der Antwortvorgabe verwandte einschränkende Kennzeichnung als ‚gescheiterter Versuch‘ entfiel, wuchs die Zustimmung zur zitierten Meinungsvorgabe an (1990 = 63 Prozent, 1992 = 60 Prozent, 1993 = 65 Prozent, 1995 = 75 Prozent völlige Zustimmung).“³

In der Zahlenübersicht wird ausgewiesen, daß auf die Meinungsvorgabe „Die DDR war vor allem der Versuch, eine gerechtere Gesellschaft zu gestalten“ 74,8 Prozent mit „ja“, 14,9 Prozent mit „teilweise“ und nur 6,6 Prozent mit „nein“ reagierten, 3,6 Prozent gaben „keine Antwort“. Der Meinung, die „DDR war ein Unrechtsstaat“, stimmten nur 18,2 Prozent vorbehaltlos zu; 33,9 antworteten „teilweise“ und 42,8 Prozent meinten „nein“; 4,9 Prozent wollten keine Antwort geben.

Selbst wenn man die offenbar beabsichtigte Unschärfe der Fragestellung berücksichtigt und auch wenn man weiß, daß an der Spitze des Institutes ehemals führende SED-Wissenschaftler stehen, sind die Ergebnisse eindeutig und stimmen im übrigen mit der allgemeinen Wahrnehmung überein. Auch das Institut für Demoskopie in Allensbach stellte in seinen Umfragen ähnliche Befindlichkeiten fest: „In Ostdeutschland wird die DDR-Zeit schöner in der Erinnerung“, kommentierte Elisabeth Noelle-Neumann eine Umfrage aus dem Jahre 1995. „Das zeigt sich bei einer Frage, die 1992 und unverändert 1996 gestellt wurde . . . 1992 sagten 42 Prozent: ‚In dieser Zeit hat man oft das Gefühl gehabt, einer großen Gemeinschaft anzugehören, das war sehr schön!‘ Ende 1996 war diese Zustimmung auf 50 Prozent gestiegen. Zugleich fiel die Aussage: ‚Die SED hat uns alle betrogen‘ von 70 Prozent auf 48 Prozent. ‚Man fühlte sich in der DDR unfrei und gefangen‘ erinnerten sich 1992 54 Prozent, 1996 dagegen nur noch 41 Prozent. ‚Man hat sich bespitzelt gefühlt, konnte kaum jemandem trauen‘, berichteten 43 Prozent 1992, 1996 nur noch 30 Prozent . . . ‚Die

2 Walter Schmidt, Das Zwei-Nationen-Konzept der SED und sein Scheitern. Nationendiskussion in der DDR in den 70er und 80er Jahren (= hefte zur ddr-geschichte, 38), Berlin 1996, S. 46.

3 Sozialreport Neue Bundesländer, 1. Quartal 1995, hrsg. vom Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrum Berlin Brandenburg e. V., Berlin 1995, S. 9.

Bevölkerung fühlte eine richtige Befreiung, als das SED-Regime gestürzt war“, erinnerten sich 1992 60, 1996 47 Prozent.“⁴

Die Faktizität der Mauer oder des gigantischen Spitzelsystems wird zwar nicht bestritten, aber es wird darauf verwiesen, daß diese Dinge nicht ihr persönliches Leben bestimmt hätten. „Es verwundert nicht“, heißt es in der zitierten PDS-Broschüre, „daß die totale Abqualifizierung der DDR-Vergangenheit als Mißachtung und Verleugnung jahrzehntelanger harter eigener Arbeit, als Entwürdigung der eigenen Biographie empfunden und verstanden wird, als überhebliche Demütigung von millionenfach gelebtem Leben.“⁵ Das Dasein in der DDR wäre behüteter, menschlicher, irgendwie schöner gewesen als das Leben in der vereinigten Bundesrepublik. Diese Bewußtseinslage manifestiert sich in dem so oder ähnlich oft zu hörenden Diktum, heute hätten die Menschen vor der Arbeitslosigkeit mehr Angst als früher in der DDR vor der Stasi. Die Diskussionen verweisen auf ein elementares Defizit des bisherigen Diskurses. Es ist bisher nicht gelungen, die Lücke zwischen individueller, komplexer Lebenserfahrung und verallgemeinernder, detailorientierter Forschungsarbeit zu schließen. In diese Lücke dringen politisch oder kommerziell motivierte Legendenbildungen ein und feiern fröhliche Urständ – sozusagen eine permanente Ostalgie-Party.

IV. Die Dialektik der Unterdrückung

Die DDR läßt sich nur in Paradoxa beschreiben. *Coincidentia oppositorum* heißt seit Nikolaus von Kues die Formel dialektischer Welterklärung. Und genau dieses *Zusammenfallen der Gegensätze* beschreibt das Wesen jenes seltsamen Zwittergebildes, in dem alles irgendwie nur halb war. Dies beginnt mit der staatlichen Existenz der DDR. Das Staatswesen war ohne Zweifel ein „Homunculus sovieticus“, wie es der in der deutschen Literatur bewanderte vormalige sowjetische Botschafter Pjotr Abrassimow ausgedrückt hat, und dennoch war die DDR ein Stück deutscher Geschichte und Identität. Sie wurde von vielen Beobachtern sogar als der „deutschere“ der beiden deutschen Staaten empfunden. Sie war das Land der sauber geharkten Vorgärten, der vielfältigen Verbotsschilder und Dienstvorschriften. Ununterbrochen wurden seine Bürger belehrt und

erzogen. Von der Kinderkrippe bis zur Universität gab es das einheitliche sozialistische Erziehungssystem. Ein „neuer Mensch“ wurde proklamiert, geprägt durch die „zehn Gebote der sozialistischen Moral“. Und diese ethischen Normen wurden durchaus ernst genommen: Ehrlichkeit, Aufrichtigkeit, Mut zur Kritik und Selbstkritik waren nicht nur bei den Jungen Pionieren häufig gebrauchte Vokabeln. Dennoch produzierte der Alltag gewissenlose Opportunisten. Die ständige Notwendigkeit grundsätzlicher Entscheidungen führte zu einer seltsamen Präsenz der „großen Fragen“ im Alltag. Die Menschen aus dem Osten wirkten auf die mit allen Wassern gewaschenen Westler oft starrsinnig und verbohrte, wenn es um Grundsatzüberzeugungen ging. Die Ursachen für diese seltsam altmodische Lebenshaltung liegt auf der Hand: Wahrheit und Lüge, Freiheit und Unterdrückung waren in der DDR keine leeren Worte, sondern Alltagsprobleme.

Die allgemeine Lebensform des Sozialismus war ein alptraumartig changierender Dualismus zwischen Wirklichkeit und Simulation. Es gab eine doppelte Meinung, eine doppelte Sprache, eine doppelte Öffentlichkeit, eine doppelte Gesetzmäßigkeit in diesem gespaltenen Land mit seiner geteilten Hauptstadt. Und jede dieser Bewußtseinsspaltungen setzte sich ins Unendliche fort. Doch gerade diese überall präsente Schizophrenie vermochte es, in sich geschlossene, selbstgewisse Persönlichkeiten zu schaffen. Es gab ein unsichtbares Netz von Andersdenkenden und Andersfühlenden. Sie erkannten sich mit dem ausgeprägten Instinkt gejagter Tiere an winzigen Gesten, an der Wortwahl, an der Art zu lächeln. Es hat keine Nischen in der DDR gegeben. Die Gesellschaft war bis in den letzten Winkel ausgeleuchtet. Aber es hat die Gemeinschaft der Einzelgänger gegeben, das Kollektiv der Individualisten, einen Schutzbund der Wehrlosen. Und doch bot dieses Netzwerk keinen wirklichen Schutz. Die Stasi hatte sie alle aufgespießt wie zappelnde kleine Insekten, fein säuberlich auf Karteikarten aufgenommen und in endlosen Schubkästen und Aktenregalen rubriziert. Das Spitzelunwesen des MfS dürfte in Ausmaß und Perfektion wohl einmalig in der Weltgeschichte gewesen sein. Trotzdem darf man die DDR nicht auf das Stasi-System reduzieren. Seit der Wende ist bezüglich der Stasi häufig von einer Sicherheitsparanoia der SED-Führung gesprochen worden. Dies ist richtig und falsch zugleich. Paranoid waren die politischen Vorgaben und die Ideologie – das MfS als Apparat war ein vollkommen rational organisiertes und hochprofessionelles Instrument zur Aufrechterhaltung des Systems. Ohne den Sicherheitsappa-

4 Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 18. Dezember 1996.

5 W. Schmidt (Anm. 2), S. 47.

rat wäre die SED-Diktatur zu jedem Zeitpunkt ihrer Geschichte innerhalb weniger Tage zusammengebrochen.

Die Frage, ob die DDR eine Diktatur oder vielleicht vielmehr eine „durchherrschte Gesellschaft“ gewesen sei, wurde neuerlich vollkommen ernsthaft diskutiert⁶. Abgesehen davon, daß sich die DDR in seltener Ehrlichkeit selbst als Diktatur bezeichnet hat – nämlich als Diktatur des Proletariats – stellt sich die Frage, welchen Inhalt der Terminus ‚Diktatur‘ bezüglich der modernen Geschichte überhaupt hat, wenn er auf die DDR nicht anwendbar ist. Denn *angeordnet* oder *befohlen* – und so ist die lateinische Wurzel des Begriffs ja wohl zu verstehen – wurde in der DDR alles und jedes. Wieviel freilich von den Anweisungen befolgt wurde, ist eine andere Frage. Ähnliches gilt für den von Günter Grass geprägten Begriff der *kommoden Diktatur*. Der Terminus ist insofern falsch gewählt, als er *auch* richtig ist. Die Diktatur ist *auch* die Gesellschaft der Bequemlichkeit, der Freiheit von Verantwortung und vor allem der Schuldlosigkeit. Bisher wurde noch nach jeder Diktatur festgestellt, daß eigentlich alle unschuldig waren. *Kommod* war die DDR allemal. Es war *kommod*, sich anzupassen, in Reih und Glied zu marschieren, die vorgegebenen Parolen rituell zu wiederholen. Die DDR war geradezu *fürchterlich kommod*.

In Schutz nehmen muß man die DDR allerdings gegen den Vorwurf des Bürokratismus. Einige Kritiker wie Robert Havemann benutzten den Terminus des *bürokratischen Sozialismus* oder der *Politbürokratie*. Es gab ohne Zweifel eine Bürokratie von lähmender Langsamkeit. Doch das System der Doppelstruktur von Partei- und Staatsapparat bot auch die Möglichkeit schneller und unbürokratischer Entscheidungen. Es gab eine Flut von Gesetzen und Bestimmungen, deren Einhaltung den Staat binnen kurzem zum Einsturz gebracht hätte, und es gab ungeschriebene Gesetze, die in Frage zu stellen niemand auf den Gedanken gekommen wäre. Die DDR hatte durchaus orientalische Züge. Die obersten Herrscher liebten es, gelegentlich wie Harun-al-Raschid Schicksal zu spielen. Im Konfliktfall aber hatte die Berufung auf das „formale Recht“ kaum Aussicht auf Erfolg. Sich den Herrschern mit Demutsgesten „zu Füßen“ zu werfen konnte dagegen erfolgreich sei. Wenn es der Führung paßte, konnten so Zeichen und Wunder geschehen. Die DDR war der institutionalisierte Verfassungsbruch. Trotzdem wurde das geschrie-

bene Wort ungeheuer ernst genommen. Das galt für die Gesetzesbücher, die Reden der Parteioberen und selbst für die Zeitungen.

Der „real existierende Sozialismus“ – wie das Gesellschaftssystem seltsam defensiv, fast entschuldigend, aber durchaus nicht selbstironisch, seit den späten sechziger Jahren oft genannt wurde – trug seltsam irrealer Züge. Doch gerade der verzweifelte Verweis auf die Realität der Existenz war immer auch ein Hinweis auf das Spannungsverhältnis zwischen Realität und Anspruch. Denn ständig wurde die Realität mit ihrem eigenen utopischen Anspruch konfrontiert. Auch die Kritiker der SED-Diktatur beriefen sich nur selten auf die freiheitlich-demokratische Ordnung des Westens oder gar auf die Segnungen der freien Marktwirtschaft, immer wieder dagegen auf den wahren, menschlichen, demokratischen Sozialismus. Die Faszination der Utopie wurde nicht schwächer, sondern merkwürdigerweise stärker durch die Tatsache, daß sie täglich mit Füßen getreten wurde – wahrscheinlich gehört dies zum Wesen einer Utopie. Die Staatsideologie sah sich vor allem von den Theorien ihrer Gründerväter selbst in Frage gestellt. Hierauf reagierte sie böse und inaugurierte ein ewiges Dogma, das ständig geändert wurde. Und doch waren die Lehren von Marx, Engels und Lenin das Alpha und das Omega jeder politischen Entscheidung. Die Motive der Herrschenden blieben vollkommen unverständlich, wollte man ihre in letzter Konsequenz ideologische Intention übersehen. An der Spitze der SED standen vierzig Jahre lang zynische Pragmatiker der Machtausübung, deren Äußerungen an Verlogenheit kaum zu überbieten sind. Dennoch blieben sie sich auf ihre Art stets treu. Niemals vermochten diese angeblichen Hohenpriester der reinen Lehre über ihren ideologischen Schatten zu springen. Die Ideologie war frei nach Marx das Opium der Herrschenden. Die Rattenfänger berauschten sich an den eigenen Melodien und zogen an der Spitze ihrer Anhängerschaft dem Untergang entgegen.

Die Frage, ob die Menschen dies alles geglaubt haben, läßt sich wiederum nur durch Paradoxa beantworten. Der Arbeitsalltag der DDR war durch eine Art heimlichen Gesellschaftsvertrag bestimmt: „Wir tun so, als ob wir arbeiten. Und ihr tut so, als ob ihr uns bezahlt.“ Man hatte oft den Eindruck, in der DDR herrsche ein permanenter Bummelstreik. Das stimmte und stimmte auch wieder nicht. Der Alltag in der DDR war eine ständige Jagd nach Mangelwaren, knappen Dienstleistungen und Terminen. Ein Dschungel von Beziehungen, kleinen und großen Bevorzugungen

⁶ Vgl. Jürgen Kocka, Eine durchherrschte Gesellschaft, in: Hartmut Kaelble u. a., Sozialgeschichte der DDR, Stuttgart 1994, S. 547–553.

prägte das Land. Dies führte zur Verlagerung der wirtschaftlichen Aktivitäten in den privaten Bereich. Am Ende dieser DDR-typischen Art der Vergesellschaftung der Produktion stand eine gewaltige Aufwertung der wirtschaftlichen Privatinitiative. Überall herrschte Mangel. Und die Folge des Mangels war keine Not, sondern Verschwendung im individuellen wie im volkswirtschaftlichen Bereich.

So wurde die DDR allmählich, aber gründlich ruiniert. Das Ende aber bot eine neue Überraschung. Vierzig Jahre lang hatten sich die beiden deutschen Staaten voneinander entfernt. In der DDR war die sozialistische Nation proklamiert worden, und im Westen waren die Bekenntnisse zur Wiedervereinigung längst zur lästigen Pflichtübung erstarrt. Als das Werk der Teilung vollendet war, kam die Einheit. Niemand hat diese Entwicklung politisch gewollt – und niemand hat sie prognostiziert, weder die Kabinette, noch die allwissenden Nachrichtendienste in Ost und West und schon gar nicht die DDR-Forschung in der Bundesrepublik. Denn auch im Osten schien niemand mehr die deutsche Einheit zu erstreben. Weder in den Oppositionszirkeln, noch an den Stammtischen in der DDR wurde die Teilung des Vaterlandes beklagt. Und doch war die Einheit der Nation immer erhalten geblieben.

Als die Deutschen wieder zusammenkamen, waren die Unterschiede im Grunde geringfügig. Die Verwandten aus dem Westen, ihre Päckchen mit abgelegten Kleidern, die Sehnsucht nach der wohlriechenden Westseife, vor allem aber die Intershops und das Werbefernsehen haben letztlich die geistige Einheit der deutschen Nation gerettet. Die größte Massenbewegung der Wendezeit war die nach dem 9. November 1989 einsetzende Völkerwanderung zur nächsten Sparkasse im Westen und anschließend in die Discountgeschäfte. Dieser Massenandrang versetzte allen Vorstellungen von einer erneuer- und reformierbaren DDR den Todesstoß. Der Untergang des Sozialismus vollzog sich durch den Sieg der materialistischen Weltanschauung über den Idealismus – wenn auch nicht ganz in dem Sinne, wie es die Marxismus-Leninismus-Dozenten immer gepredigt hatten. Doch auch die Helden der Opposition wurden durch ihren Erfolg heimatlos. Der gloriose Sieg der Herbstrevolution war gleichzeitig eine klägliche Niederlage. So stand auch am Ende der DDR eine *Coincidentia oppositorum*, ein Zusammentreffen von Gegensätzen.

Insofern ist die Fröhlichkeit im Umgang mit der Vergangenheit kein Zufall. Den Außenstehenden

mag das Bekenntnis verwundern – es wurde viel gelacht in der DDR. Dieses Leben war die Reaktion auf einen absurden und grotesken Alltag. Das Wesen der Dinge besteht in der Einheit der Gegensätze. Darauf aber beruht auch die Technik des Witzes gerade in Diktaturen. Am Schnittpunkt zweier Denkebenen entsteht die Pointe. Es ist also nicht verwunderlich, daß sich die DDR-Geschichte am besten in ihren Witzen erzählen läßt. Sie war selbst eine Art materialisierter Witz. Die grotesken und lächerlichen Züge des Realsozialismus waren nicht zu übersehen und wurden auch niemals übersehen. Milan Kundera läßt den Helden seines Romans „Abschiedswalzer“, kurze Zeit ehe dieser seine Heimat verläßt, sagen: „... das Land entwickelt sich nicht zum Besseren oder Schlechteren, sondern immer nur zum Lächerlicheren“⁷. Das traf für die Tschechoslowakei jener grauen Jahre der „Normalisierung“ nach dem Ende des Prager Frühlings ebenso zu wie für die DDR. So ist es auch kein Zufall, daß sich die literarische „Bewältigung“ der DDR häufig auch in der Form der Groteske oder Satire vollzog.

Doch nicht allein darum geht es. Es gibt eine verborgene strukturelle Ähnlichkeit zwischen der Karikatur bzw. der Satire und der Geschichtsdarstellung. Genau wie der Karikaturist mit seinem Zeichenstift und der Humorist mit den Mitteln des Textes die charakteristischen Züge einer Person oder einer Situation pointiert darstellt und dadurch den gewünschten Effekt erzielt, wählt der Historiker aus der Materialfülle diejenigen Beispiele aus, die ihm typisch, bezeichnend oder relevant erscheinen. Denn dem Wesenskern der Dinge – so wie er ihn sieht – nähert er sich nicht durch den statistischen Mittelwert. Ausgewogenheit und Proporz sind nicht das Ziel der Darstellung. Erst der Brennspiegel der Groteske verzerrt die Dinge zur Kenntlichkeit. Die Anekdote, die Metapher, die Imagination, selbst die individuelle Erfahrung sind keineswegs nur das Sahnehäubchen auf der sonst allzu ungenießbaren geschichtlichen Darstellung, sondern im gelungenen Fall der Schlüssel zum Verständnis eines komplexen Zusammenhangs.

V. „Im Mittelpunkt steht der Mensch“

Verfügt die zeitgeschichtliche Forschung über das notwendige Werkzeug, in diesen Dschungel von

⁷ Milan Kundera, *Abschiedswalzer*, München – Wien 1989, S. 134.

Widersprüchen übersichtliche Schneisen zu schlagen? Die systemimmanente Betrachtungsweise früherer Jahre ist offensichtlich ebenso gescheitert wie die einseitige Orientierung der DDR-Forschung auf Unterdrückung und Widerstand. Das Problem besteht darin, das Phänomen DDR als in sich widersprüchlich, zumindest als ambivalent zu begreifen. „Im Mittelpunkt steht der Mensch“ war eine der oft gebrauchten Floskeln in der DDR. Die Forschung sollte diese Forderung aufgreifen und den Menschen zum Gegenstand seiner Betrachtung machen.

„Die Geschichtsschreibung ist mit der Geschichte der Gesellschaft, nicht mit der Geschichte des Menschen befaßt“, schrieb der tschechische Romancier Milan Kundera in seinem Essay „Die Kunst des Romans“. „Deshalb werden die historischen Ereignisse, die in meinen Romanen vorkommen, von den Geschichtsschreibern oft übersehen.“⁸ Der Aufschwung der Wissenschaften führte nach Ansicht Kunderas seit Beginn der Neuzeit zu einer Zerstörung der Einheit des Wissens. Je mehr Wissen der Mensch sich aneignete, „desto mehr verlor er die Ganzheit der Welt und auch sich selbst aus den Augen ...“.

Ganz offensichtlich geht Kundera von einem tiefgreifenden Versagen der Sozialwissenschaften aus. Nimmt man seinen Befund ernst, so ergibt sich die Frage nach den Möglichkeiten einer Synthese, zumindest aber die Frage, was Geschichtsschreibung und Literatur voneinander lernen können. „Der Weg des Romans ist eine Art parallel zur Neuzeit verlaufende Geschichte“, meint Kundera⁹. Er läßt diesen Weg mit Cervantes' „Don Quijote“ beginnen. Der stolze Hidalgo trat in die Welt hinaus und konnte sie nicht mehr wiedererkennen. Die bisherige einzige göttliche Wahrheit war plötzlich in Hunderte von relativen Wahrheiten zerfallen. Der Aufschwung der Wissenschaften, schreibt Kundera, trieb den Menschen in die Enge spezialisierter Disziplinen. „Je mehr Wissen er sich aneignete, desto mehr verlor er die Ganzheit der Welt und auch sich selbst aus den Augen und versank auf diese Weise in dem, was Heidegger ... mit einer schönen, fast magischen Formel ‚Seinsvergessenheit‘ genannt hat.“¹⁰

„Die ‚Leidenschaft des Erkenntnisstrebens‘, die Husserl zufolge das eigentliche Wesen der europäischen Geistigkeit ausmacht, hat sich des Romans bemächtigt, damit er das konkrete Leben des Men-

schen erforscht und vor der ‚Seinsvergessenheit‘ schützt; damit die ‚Lebenswelt‘ immer wieder ins Licht rückt ... Erkenntnis ist die einzige Moral des Romans.“¹¹ Besser ließe sich auch der Sinn der Geschichtsschreibung kaum formulieren.

Doch der Blick zurück ist nicht ohne Subjektivität möglich; ein Beispiel mag dies illustrieren: Oft hört man die Meinung, die DDR wäre in den Augen vieler Menschen eine echte Alternative zur kapitalistischen und restaurativen Bundesrepublik gewesen. Allen evidenten Mängeln zum Trotz bot das Gemeineigentum an Produktionsmitteln die Chance für die Verwirklichung der sozialistischen Utopie auf deutschem Boden. Dies war eine permanente Herausforderung an die Gesellschaft der Bundesrepublik. Aber auch im Inneren gab es immer wieder Hoffnung auf eine demokratische und sogleich sozialistische Entwicklung. Ohne diese Hoffnung sei die lange Stabilität der DDR nicht erklärbar. Es war also nicht allein Anpassung und Opportunismus gewesen, wenn sich viele Bürger mit ihrem Staat identifiziert haben.

Die Gegenthese lautet: Für jeden Zeitgenossen mit nur halbwegs klarem Verstand war die DDR als Diktatur von Moskaus Gnaden erkennbar. Vom ersten bis zum letzten Tag ruhte ihre Existenz auf russischen Bajonetten. Das sozialistische Wirtschaftssystem war schon von den theoretischen Grundlagen her verfehlt. Notwendige Folgen waren der permanente Mangel an Versorgungsgütern und Dienstleistungen, ein nicht mehr aufzuholender technologischer Rückstand gegenüber dem Westen, der Raubbau an der Natur und der Verfall aller Kulturgüter. Der Mehrheit der DDR-Bürger erschien zu jedem Zeitpunkt der vierzigjährigen Geschichte das westliche Gesellschaftsmodell als erstrebenswert. Jede konsequent demokratische Reform mußte deswegen notwendigerweise zur Auflösung des Staatswesens und zur Wiedervereinigung Deutschlands führen.

Für beide Thesen lassen sich zahllose weitere Argumente anführen. Obwohl sie sich diametral widersprechen, sind sie beide auf ihre Weise wahr. Und beide Aussagen sind in dieser absoluten Formulierung gleichzeitig falsch. Mehr noch – beide Thesen eliminieren in ihrer Absolutheit die Geschichte als dialektischen Prozeß. Doch vom Historiker werden klare Aussagen erwartet.

„Genossen, das müßt ihr dialektisch sehen!“, möchte man ausrufen. Mit diesen bedeutungsschweren Worten leiteten die von der SED bestellten Dozenten und Seminarleiter oft ihre Diskussi-

8 Milan Kundera, Die Kunst des Romans, Frankfurt am Main 1990, S. 45.

9 Ebd., S. 17.

10 Ebd., S. 11.

11 Ebd., S. 13.

onsbeiträge ein. Wenn es zu erklären galt, warum gerade wegen der Entspannungspolitik die revolutionäre Wachsamkeit zu erhöhen sei oder warum es auch in der Erntezeit kein frisches Gemüse im Konsum gab, waren die Künste der dialektischen Betrachtungsweise gefragt. Der Begriff der Dialektik kam damit in jenen Jahren in Verruf. Trotzdem kann eine Darstellung der Geschichte gar nicht anders als dialektisch sein. Damit ist nicht der scholastische Hokusfokus der ruhmlos untergegangenen Staatsideologie gemeint, sondern eine „dialogische“ Methode.

Milan Kundera schreibt in seinem zitierten Essay über die Kunst des Romans: „Der Mensch wünscht sich eine Welt, in der Gut und Böse klar geschieden sind . . . Auf diesem Verlangen beruhen Religionen und Ideologien . . . Dieses ‚Entweder-Oder‘ zeugt von der Unfähigkeit, der essentiellen Relativität der menschlichen Dinge ins Auge zu sehen, zeugt von der Unfähigkeit, die Abwesenheit des höchsten Richters hinzunehmen. Auf Grund dieser Unfähigkeit ist es schwierig, die Weisheit des Romans zu akzeptieren und zu begreifen.“¹² Die Geschichtsschreibung – auch diejenige über die DDR – könnte aus diesen Einsichten lernen.

VI. Fazit

Die innere Auseinandersetzung mit kollektiv erlebten historischen Ereignissen oder Epochen – man mag dies Aufarbeitung oder anders nennen – besitzt offenbar eine spezifische Eigendynamik. Die akademische Fachwissenschaft hat die Erfahrung zu akzeptieren, daß sie diesen Prozeß kaum beeinflussen und schon gar nicht bestimmen kann. Es wäre reizvoll, eine Art Phasenmodell solcher Aufarbeitungsprozesse der Vergangenheit zu entwerfen. Als Beispiel ließe sich das Fronterlebnis des Ersten Weltkrieges oder der für viele Menschen schwer begreifliche militärische Zusammenbruch im Jahr 1918 denken. Naheliegend wäre bei aller Unterschiedlichkeit auch der Vergleich mit den Auseinandersetzungen um Nationalsozialismus und Krieg, die bis zum heutigen Tag Überraschungen bieten. Bei aller Skepsis gegenüber derartigen Analogien fallen doch einige Ähnlichkeiten ins Auge: Der Phase einer intensiven und stark emotionalisierten Debatte über Schuld und individuelle Verantwortung folgt ein Pendelschlag in die andere Richtung. Es gibt Versuche einer

wissenschaftlichen, parlamentarischen oder juristischen Aufklärung der Hintergründe der Geschehnisse – etwa der Kriegsschuldfrage. Dies führt fast zwangsläufig zu einer politischen Instrumentalisierung der Debatte. Gleichzeitig geraten die Ereignisse selbst zunehmend aus dem Blickfeld. Die Menschen haben das Gefühl, eher zuviel als zuwenig über die Dinge gehört zu haben. Schließlich wächst eine neue Generation heran, die sich auf neue Weise mit der Geschichte der Elterngeneration auseinandersetzen muß. Gleichzeitig ist die Distanz groß genug, damit die Ereignisse durch Werke der Literatur, Filme oder wissenschaftliche Darstellungen in einen größeren Zusammenhang gestellt werden können. Neuerlich setzen Debatten ein, in denen sich die Standpunkte noch unveröhnlicher gegenüberstehen. Dasselbe Phänomen kann sich im Intervall von fünfzehn bis zwanzig Jahren wiederholen und sich mit anderen öffentlichen Debatten vermischen.

Nach der Analogie der genannten Beispiele befänden wir uns heute rein rechnerisch im Jahre 1925 bzw. 1952, also eher in der Phase der inhaltlichen Verflachung der Diskussion, die aus dem Zentrum gesellschaftlicher Debatten zum Betätigungsfeld politisch motivierter Interessen und kleiner Gruppen wird. Nach dem Ersten Weltkrieg vergingen zehn Jahre, bis nach der ersten Welle expressionistischer Literatur wieder eine Reihe wichtiger Bücher über den Weltkrieg – wie etwa Erich Maria Remarques „Im Westen nichts Neues“ oder Ludwig Renns „Krieg“ und Ernst Glaesers „Jahrgang 1902“ – erschienen und für Unruhe sorgten. Auch nach dem Zweiten Weltkrieg vergingen zehn Jahre, bis mit dem „Tagebuch der Anne Frank“ ein Buch über die Judenverfolgung das breite Lesepublikum erreichte.

Eine Versachlichung der Diskussion oder eine Historisierung ist also kaum zu erwarten. Eher ist es wahrscheinlich, daß die Grundsatzfragen unseres Jahrhunderts mit größerer Tiefe, aber auch mit dem hohen moralischen Anspruch der Wahrheitsuche neu gestellt werden. Eine Verharmlosung der DDR wünschen sich zwar viele Zeitgenossen – nicht zuletzt, um ihr individuelles Versagen gewissermaßen zu objektivieren. Doch wären die Forschung und auch die Politik schlecht beraten, diese aktuelle Zeitströmung bedienen zu wollen. Dagegen ist es angebracht, über methodische und konzeptionelle Fragen der Behandlung der DDR in der Forschung nachzudenken. Es mangelt nicht an Publikationen und schon gar nicht an Forschungsprojekten. Doch gibt es bisher nur wenig Bücher, in denen sich die „Menschen wiederfinden“.

¹² Ebd., S. 15.

Die Erforschung des Alltags und der Lebenskultur der DDR sollte deswegen einen zentralen Platz innerhalb der künftigen Forschung einnehmen. Dabei dürfen die Einzelphänomene nicht isoliert von den sozialen und mentalen Bedingungsgefügen betrachtet werden. Allein über die Alltagserfahrung lassen sich die oben geschilderten Fragen nach der Funktionsweise der Diktatur, nach der Akzeptanz der Herrschaft durch die Betroffenen, nach den nach wie vor schwer erklärbaren rasanten Veränderungen seit dem Sommer 1989 allerdings nicht beantworten. Die Aktenberge der Parteien und Massenorganisationen, des Staatsapparates und des MfS bieten einen gigantischen kulturgeschichtlichen Fundus. Ein hervorragendes Beispiel hierfür hat neuerdings Jochen Staadt in der leider viel zu wenig bekannten Schriftenreihe des Forschungsverbundes SED-Staat an der FU Berlin geliefert. Anhand von Eingaben entwirft er das Bild einer „institutionalisierten Meckerkultur“ und bietet dadurch Alltagsleben der DDR sozusagen „live“¹³. Das geschilderte Abbild wirkt lächerlich und zugleich bedrückend. Die Funktionsweise der Diktatur wird konkret und präzise gezeigt, und dies eben auch in ihrer Schwäche und Unsicherheit. Ein anderes Beispiel für eine gelungene Synthese brachte der Micado-Verlag aus dem anhaltinischen Köthen auf den Markt. Ein „Kleines Lexikon Großer Ostprodukte“ mit Texten von Reinhard Ulbrich und Fotos von Andreas Kämper liefert einen reizvollen Spaziergang durch den Alltag der DDR und bietet zudem einen buchgestalterischen Genuß in Zeiten der Standardisierung.

13 Vgl. Jochen Staadt, Eingaben. Die institutionalisierte Meckerkultur in der DDR. Goldbrokat, Kaffee-Mix, Büttensreden, Ausreiseanträge und andere Schwierigkeiten mit den Untertanen (Arbeitspapiere des Forschungsverbundes SED-Staat, 24/1996).

Die Zeitgeschichte verbleibt derzeit also in einer merkwürdigen Ambivalenz zwischen Politik, biographischer Erfahrung und objektiver Forschung. Dies muß der Forschung nicht abträglich sein. Ein subjektiver Standort schadet der Wissenschaftlichkeit nicht; er muß nur deutlich definiert werden. Es sollte hier keine künstliche Trennung von „objektiver Wissenschaft“ und „subjektiver Erfahrung“ stattfinden. Es geht nicht allein darum, das rechte Maß zwischen Dämonisierung und Verharmlosung der SED-Diktatur zu finden. Es geht um die Darstellung des Zusammenhangs von Repression im Alltag – also um die dämonische Dimension der Harmlosigkeit und um die harmlos-alltägliche Seite der Dämonie. Es hat beides gegeben: die biedermeierliche Gartenzwergidylle des DDR-Alltags und das Repressionssystem. Sie haben aber – auch wenn es vielen so schien oder heute so scheint – nicht unabhängig nebeneinander existiert. Das eine war die Bedingung des anderen. Zwischen dem sauber geharkten Todesstreifen an der Mauer und den gepflegten Vorgärten der Datschenkolonien bestand eine *dialektische Einheit der Gegensätze*. Dieser Zusammenhang wurde von westlicher Seite oft bewußt übersehen. Da die Menschen hinter der Mauer offenbar ganz gut zurechtkamen, schienen die Teilung und die SED-Diktatur als Preis für die politische Stabilität und den „Frieden“ erträglich. Auch in der DDR selbst wurde dieser Zusammenhang gern verdrängt. So hat auch das kleine Glück der Diktatur nicht losgelöst von den gesellschaftlichen Umständen existiert. Der englische Schriftsteller Aldous Huxley schrieb hierzu: „Das Problem des Glücks“ bestehe darin, „wie man die Menschen dazu bringt, ihr Sklaventum zu lieben“¹⁴.

14 Aldous Huxley, *Schöne neue Welt*. Ein Roman der Zukunft, Frankfurt a. M. 1981, S. 17.

Hermann Weber: „Asymmetrie“ bei der Erforschung des Kommunismus und der DDR-Geschichte? Probleme mit Archivalien, dem Forschungsstand und bei den Wertungen

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 26/97, S. 3–14

Die Aufarbeitung des Kommunismus, in Deutschland speziell der SED-Diktatur, wird durch viele Probleme belastet. Aus den Erfahrungen nach 1945 ist indes zu lernen: Es ist keine Verdrängung der Vergangenheit hinzunehmen; anderenfalls müßte wiederum mit negativen politischen und gesellschaftlichen Folgen gerechnet werden. Grundlage der politischen Aufarbeitung ist die wissenschaftliche Erforschung, soll die Auseinandersetzung nicht ins Emotionale abgleiten oder gar zum politischen Instrument verkommen. Günstige Voraussetzungen erleichtern heute die Erforschung der DDR-Geschichte: Die Akteneinsicht ist allgemein möglich, und es existiert bereits ein beachtlicher Forschungsstand.

Allerdings besteht beim Archivzugang weiterhin eine „Schieflage“, da zwar die relevanten DDR-Akten zur Verfügung stehen, aber für die westlichen Archivalien die 30-Jahre-Sperrfrist gilt und die Einsicht in die russischen Akten nach wie vor erschwert ist. Hinzu kommt, daß der Wert der Archivalien manchmal überschätzt wird. Bei blinder Aktengläubigkeit „vergessen“ Forscher die Quellenkritik, „Schnellschüsse“ zur Profilierung zeigen fehlende Professionalität. Die Manie, aus Archivalien überraschende und „neue“ Thesen zu konstruieren, negiert bisherige Arbeiten, und so fallen manche „Quellen“-Untersuchungen hinter den bereits erreichten Forschungsstand zurück. Es kommt mitunter sogar zur Instrumentalisierung von Akten. Andererseits bereitet die Forschungsförderung in Zeiten „leerer Kassen“ Probleme.

Doch trotz der hier vorgetragenen Kritik bleibt festzuhalten, daß die historische Erforschung des Kommunismus insgesamt vorankommt; gerade im Prozeß der Aufarbeitung der DDR-Geschichte kann die Wissenschaft ihre Forschungsaufgabe erfolgreich erfüllen.

Klaus Schroeder/Jochen Stadt: Zeitgeschichte in Deutschland vor und nach 1989

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 26/97, S. 15–29

Das Jahr 1989 war ebensowenig wie das Jahr 1945 eine „Stunde Null“. Beide deutsche Diktaturen dieses Jahrhunderts haben ihre spezifische Geschichte, Vorgeschichte und die entsprechenden Folgen. In der Auseinandersetzung um diese Zusammenhänge begibt sich zeitgeschichtliche Forschung, ob sie es will oder nicht, auf ein politisch brisantes Feld. In den letzten Jahren hat sich gezeigt, daß eine Reihe westdeutscher Politiker, Wissenschaftler und Publizisten, die sich schon vor 1989 mit der DDR befaßt hatten, einer kritischen Aufarbeitung dieses Aspekts der Zeitgeschichte – wie auch ihrer eigenen Haltung gegenüber dem SED-Regime bzw. dem Staatssozialismus – ablehnend gegenüberstehen. Vor allem werden frühere Kontakte und Absprachen mit SED-Funktionären und -Historikern heute in einen anderen Bewertungszusammenhang gerückt als seinerzeit.

In dem Beitrag geht es darüber hinaus um die unterschiedlichen Zugänge zur Erforschung der SBZ/DDR. Nach Auffassung der Autoren ist das geteilte Deutschland Vorgeschichte des wiedervereinigten Deutschland. Die unterschiedlichen Positionen in bzw. gegenüber diesem geteilten Deutschland sollten sowohl von ihrer Motivation her wie hinsichtlich ihrer Zielsetzungen heute klar benannt werden. Dabei sollte es nicht allein um Schuldzuweisungen gehen, sondern vielmehr um eine Verständigung über die Beweggründe, die zu diesen unterschiedlichen, ja oft gegensätzlichen Haltungen in der doch eigentlichen gemeinsamen Zukunftsfrage der eigenen Nation geführt haben.

Stefan Wolle: Herrschaft und Alltag. Die Zeitgeschichtsforschung auf der Suche nach der wahren DDR

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 26/97, S. 30–38

Gegenwärtig ist in der öffentlichen Debatte über die Geschichte der DDR in den neuen Bundesländern eine immer stärker werdende Abwehr gegenüber jeder (westdeutschen) Kritik zu konstatieren. Während der Sitzung der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages zur Aufarbeitung der SED-Diktatur in Eisenhüttenstadt im April 1997 wurde dies neuerlich deutlich. Ein offenbar nicht unerheblicher Teil der ehemaligen DDR-Bürger unterstellt, die gesamte Debatte ziele auf ihre im Osten gewachsene Identität und sei insofern Teil einer westlichen Unterwerfungsstrategie.

Die Zeitgeschichtsforschung sieht sich angesichts der Tatsache, daß ihre Resultate offenbar derzeit vor allem im Osten politisch kontraproduktiv wirken, vor die Notwendigkeit einer neuen Selbstbestimmung gestellt. Notwendig wäre es, zwischen einer Verharmlosung und einer Dämonisierung der DDR den rechten Weg zu finden. Dies ist jedoch keine Frage des Ausgleichs oder der Ausgewogenheit, sondern eher der Fähigkeit, ambivalente Erscheinungen auf den Begriff zu bringen. Eine neue Form komplexer kulturgeschichtlicher Betrachtung erweist sich als notwendig, deren Methode weniger eine stärkere Objektivierung oder Historisierung der Betrachtungsweise sein sollte, sondern die auch den Mut zu einer subjektiven, persönlichen und unkonventionellen Form der Geschichtsschreibung haben müßte. Rücksicht auf die Zeitstimmung im Sinne einer Verharmlosung der SED-Diktatur wäre falsch. Eine komplexe kulturgeschichtliche Darstellung auf der Basis eines umfangreichen Aktenmaterials bietet die Möglichkeit, die dialektische Einheit von Repression und scheinbar unpolitischem Alltagsleben herzustellen.